

**Uwe Hartmann / Claus von Rosen (Hrsg.)
Jahrbuch Innere Führung 2019
Bundeswehr im Aufbruch. Hindernisse von den
verteidigungspolitischen Vorstellungen der AfD bis zu
den sicherheitspolitischen Meinungen in der Zivilgesellschaft**

**Jahrbuch
Innere Führung 2019**

Bundeswehr im Aufbruch.

**Hindernisse von den
verteidigungspolitischen Vorstellungen
der AfD bis zu den sicherheitspolitischen
Meinungen in der Zivilgesellschaft**

Uwe Hartmann / Claus von Rosen (Hrsg.)

2019

Carola Hartmann Miles-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© Carola Hartmann Miles-Verlag, Berlin
email: miles-verlag@t-online.de
www.miles-verlag.jimdo.com

Titelbild: Bundeswehr
Herstellung: Books on Demand, Norderstedt

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

ISBN 978-3-945861-98-1

Inhaltsverzeichnis

I Einleitung

Uwe Hartmann & Claus von Rosen 9

II Bundeswehr im Aufbruch – Analysen aus dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld

Klaus Naumann

Eine „Armee der Deutschen“ als Staat im Staate? Die AfD will Bundeswehr, parlamentarische Ordnung und Europa umkrempeln 35

Donald Avenheim

Bundeswehr and Alternative für Deutschland (AfD): Die „Soldatenpartei“? 48

Timo Graf

Die Bundeswehr als Mittel deutscher Außenpolitik aus Sicht der Bevölkerung: „Brunnenbohrer“ oder „Kampftruppe“? 80

Kai Lütsch

Zur veränderten Rolle des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – Wächter der Grundsätze der Inneren Führung, Stimme der Soldaten, Lobbyist? 101

Klaus Beckmann

Bildung, Ausbildung, Beratung: Rolle und Selbstverständnis der Universitäten der Bundeswehr 115

Jens Warburg
Habitus und Krieg. Überlegungen zum Habitus im Spannungsfeld von Zivilität und Krieg 127

III Bundeswehr im Aufbruch – Analysen aus dem militärischen Umfeld

Michael Seyda
Die Reformen der Bundeswehr – Ursachen, Folgen und Handlungsempfehlungen für eine neue Reformkultur 141

Martin Sebaldt
Fortschritt oder Stagnation? Die neue „Strategie der Reserve“ der Bundeswehr in der militärpolitischen Evaluation 160

Uwe Hartmann
Die Krise der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte – Anregungen zu einer Bildungsreform 178

Hartwig von Schubert
Ethische Bildung und Seelsorge in der Bundeswehr – ein Relikt aus Kaisers Zeiten oder die Verpflichtung eines säkularen Rechtsstaats gegenüber seinen Soldaten? Überlegungen anlässlich einer neuen Dienstvorschrift 189

Dirk Freudenberg
„Haltung“ – ein Begriff soldatischen Dienens innerhalb und jenseits von Werten des Grundgesetzes 202

Angelika Dörfler-Dierken
**Frauen in den Streitkräften.
Problemfeld: sexuelle Belästigung** 224

Dominik Wullers
**Falsches Zeichen zur falschen Zeit? Vielfalt in
der Bundeswehr** 249

Uwe Hartmann
Innere Führung als Treiber der Digitalisierung 263

Rafaela Kraus & Sönke Marabrens
Künstliche Intelligenz und Innere Führung 276

Andreas Wolfrum
**Digital Natives als Herausforderung und Chance für die
politische Bildung in der Bundeswehr** 295

Marcel Bohnert & Lena Pütz
**Innere Führung im Zeitalter von Social Media. Gedanken
zum Status Quo und ein Aufruf zur Forschung** 317

IV Zur Diskussion gestellt

Peter Buchner
**Nachdenken statt Vorbilder.
Die Traditionsfrage der Bundeswehr aus einer
wissenssoziologischen Perspektive** 327

Björn Schreiber
**Der Veteranenbegriff – Definitionen und deren Bedeutung
für das Traditionsverständnis** 346

V Dokumentation

Peter Tauber

**Innere Führung und deutsches Soldatentum
im 21. Jahrhundert** 356

Klaus Wittmann

**Offener Brief an den neuen Hoffnungsträger der AfD,
Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak, 9. August 2019** 363

VI Rezensionen

**Wolfgang Peischel (Hrsg.), Wiener Strategie-Konferenz
2018. Strategie neu denken. (Claus von Rosen)** 369

**Donald Abenheim, Uwe Hartmann, Einführung in die
Tradition der Bundeswehr. Das soldatische Erbe in dem
besten Deutschland, das es je gab. (Dagmar Bussiek)** 379

Autorenverzeichnis 382

Personenregister 384

Sachregister 386

Einleitung

Uwe Hartmann & Claus von Rosen

Es geht voran mit der Bundeswehr. Die materiellen und personellen Trendwenden zeigen Wirkungen. Viel ist noch zu tun, und zu Recht mahnt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Schnelligkeit an. Insgesamt ist jedoch einiges auf den Weg gebracht worden, damit Deutschland im Jahre 2032 über einsatzbereite Streitkräfte verfügt, die ihre Aufgaben in NATO und EU sowie zur Heimatverteidigung vollumfänglich wahrnehmen können.

Auf die Frage, warum die Anpassung der Bundeswehr an veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen so lange dauert, gibt es eine schnelle Antwort. Was könne man anderes erwarten, wenn eine Armee über 30 Jahre kaputtgespart wurde, so heißt es aus berufenem Munde. Diese Erklärung erscheint stichhaltig: Tatsächlich ist der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt seit 1990 dramatisch geschrumpft; die Anzahl der aktiven Soldaten und Reservisten nahm genauso ab wie die der Waffensysteme. Sondersparprogramme führten dazu, dass Ersatzteilbevorratung und Munitionsbeschaffung zurechtgestutzt wurden. Ganze Waffensysteme fielen dem Sparzwang zum Opfer und wurden komplett abgeschafft.

Mit dieser Erklärung wollen wir es allerdings nicht bewenden lassen. In diesem Jahrbuch *Innere Führung* stellen wir die (selbst-)kritische Frage, wie es überhaupt so weit kommen konnte, dass die Bundeswehr in die kritische Lage der Jahre von 2014 bis 2018 geriet. Nur so wird es uns gelingen, Hindernisse für den Aufbruch der Bundeswehr zu erkennen.

Aus Sicht der Herausgeber erwachsen Hindernisse vor allem aus

- (1) dem weitverbreiteten Schweigen vor allem der militärischen Führung in sicherheits- und gesellschaftspolitischen Fragen. Gefahren, die aus der Selbstetikettierung der Alternative für Deutschland (AfD) als „Soldatenpartei“ und ihren rückwärtsgewandten verteidigungspolitischen Positionen erwachsen, werden weithin nicht erkannt oder bewusst verdrängt. Die zivil-militärischen Beziehungen leiden darunter genauso wie der innere Zusammenhalt der Truppe. Gleichzeitig werden Chancen, die für die sicherheitspolitische Meinungsbildung in der Zivilbevölkerung bestehen, zu wenig genutzt.

- (2) der bereits seit den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts bestehenden Bürokratisierung der Bundeswehr¹, die durch ihre zahlreichen Reorganisationen seit den 1990er Jahren nochmals verstärkt wurde. Auch die Einführung moderner Managementmethoden aus der zivilen Arbeitswelt trug dazu bei, dass den tradierten Führungsgrundsätzen in den Streitkräften kaum Raum zur Entfaltung blieb.
- (3) der fehlenden Akzeptanz der Inneren Führung bei den Angehörigen der Bundeswehr, die selbst bei dem höheren Führungspersonal zu oft auf Unkenntnis oder Vorurteilen beruht. Wie bei der Einführung von Managementmethoden im Zuge der letzten Reorganisation, so droht die Innere Führung auch angesichts der Digitalisierung an den Rand gedrängt und irrelevant zu werden. Dabei war sie ursprünglich konzipiert worden, um die „größtmögliche Schlagkraft“² der Streitkräfte sicherzustellen. Ohne eine Bildungsreform wird es wohl kaum gelingen, bestehende und teilweise auch eingeräumte Defizite in den Bereichen von guter Führung bis zur Strategiefähigkeit zu beheben.

Diese Analyse beruht auf einer grundlegenden Irritation: Wie kann es sein, dass sich nichts Grundsätzliches in der Bundeswehr ändert? Es geht zwar voran, aber es bleibt irgendwie doch bei einem „Weiter so“, nur mit mehr Geld, Personal, Waffensystemen und Munition. Von einem Mentalitätswandel ist weit und breit keine Spur. Wie geringfügig in diesem Bereich die Fortschritte sind, erkennt man allzu deutlich an dem, was bisher über das Projekt „Innere Führung heute“ bekanntgeworden ist: Die Schere zwischen Auftrag und Mitteln soll geschlossen werden (als wenn dies eine neue Erkenntnis wäre und es diese Schere nicht schon immer gegeben hätte), die Wehrdisziplinarordnung wird angepasst (als ob dies ein drängendes Problem wäre) und es gibt mehr Geld (die sehr geringen Beträge des Handgelds für Kommandeure werden ein wenig angehoben). Ist das alles? Die wirklich wichtigen Fragen (Wie gehen wir mit der schleichenden, umfassenden Vertrauenskrise innerhalb der Bundeswehr um? Wie verhindern wir, dass die Schere zwischen Auftrag und Mitteln im Zuge der Trendwenden und der Digitalisierung erneut zu groß wird? Wie erziehen und bilden wir so, dass Soldaten nicht in der gesellschaftspolitischen Polarisie-

¹ Siehe BMVg (Hrsg.), Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften, Bonn 1981 (Bericht der de Maizièrè-Kommission).

² Siehe BMVg, Handbuch Innere Führung, Bonn 1957 (1972), S. 17.

rung aufgegeben werden? Und wie erhöhen wir die Handlungsfreiheit von Vorgesetzten?) werden so gar nicht berührt.

Schauen wir uns zum Vergleich die preußischen Heeresreformen von 1807 bis 1814 an. Da sie zum Traditionsgut der Bundeswehr zählen, sind wir gut beraten, uns daran zu orientieren und uns selbst an diesem Beispiel zu vergewissern, ob wir den Weg richtig einschlagen. Sicherlich, der Einwand, dass dieser historische Vergleich hinkt, ist berechtigt. Deutschland profitiert noch immer von dem militärischen Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika für die Sicherheit Europas. Zudem gab es für die Bundeswehr keine vernichtende Niederlage, wie sie die preußische Armee in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt 1806 hinnehmen musste. Auch die Reformer um Scharnhorst mussten sich um Waffen und Personal kümmern. In den Vordergrund ihrer Reformen rückten sie jedoch die Auswahl des Führungspersonals, die Bildung, Ausbildung und Erziehung des Führungsnachwuchses, ein neues Selbst- und Führungsverständnis und ein anderes Verhältnis des Soldaten zum Bürger. Denn die tieferen Ursachen für die Niederlage, da waren sich die Reformer einig, lagen im geistigen und gesellschaftspolitischen Bereich. Der US-amerikanische Historiker Peter Paret brachte es in seiner Rückschau auf den Punkt: Die preußischen Generale waren nicht auf der Höhe der Kriegführung ihrer Zeit. Sie hatten kognitiv versagt.³

Wie geht die Bundeswehr mit der Krise ihrer Einsatzbereitschaft um? Eine Zurechenbarkeit dafür findet nicht statt – weder auf politischer noch auf militärischer Ebene. Zwar wurde die Ausbildung der General- und Admiralstabsoffiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr modernisiert. Und künftig sind auch Generale und Admirale verpflichtet, Lehrgänge an dieser Bildungsstätte zu besuchen. Eine umfassende Bildungsreform, die versucht, der gestiegenen Komplexität sicherheitspolitischer Herausforderungen gerecht zu werden, zeichnet sich jedoch nicht ab. Das gleiche Personal, das die Bürokratisierung der Bundeswehr in den letzten Jahrzehnten optimiert hat, kann weitermachen wie bisher. Die Innere Führung, die ursprünglich als Bollwerk gegen Bürokratisierung, Gängelung und Absicherungsdenken sowie als Katalysator für Verantwortungsfreude, Eigeninitiative und politisches Mitdenken konzipiert war, findet weiterhin kaum Akzeptanz in den Streitkräften. Ironischerweise sehen manche darin sogar eine Ursache für die Defizite in der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Das Wort des „Versagens“ macht die Runde, wie be-

³ Peter Paret, *The Cognitive Challenge of War. Prussia 1806*, Princeton University Press 2018.

reits 1991, als es Probleme in der Luftwaffe mit der Verlegung von Flugzeugen in die Türkei zum Schutz der Südflanke der NATO während des Irakkrieges gab. Damals hieß es sarkastisch, „Baudissins Saat sei aufgegangen“. Vorurteile statt Wissen scheinen das Denken über die Innere Führung bis in höchste Führungskreise zu bestimmen.

Es geht auch anders. In den USA wurde massiv Kritik geäußert an den Strategien für die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie an der Führungsleistung der Generalität und Admiralität. Dies geschah in der Öffentlichkeit, aber auch in den zahlreichen Zeitschriften der Streitkräfte selbst. In der Folge wurde die Ausbildung von Stabsoffizieren an den *War Colleges* der Teilstreitkräfte deutlich verbessert (*rigorous education*) und mit großem Aufwand die Auftragstaktik (*mission command as disciplined disobedience*) eingeführt. Ein Blick in die strategischen Dokumente und militärischen Vorschriften zeigt, dass nicht mehr wie während der *Revolution in Military Affairs* (RMA) das Technologische im Vordergrund steht, sondern die *human dimensions*.

Dieses Jahrbuch geht davon aus, dass es Hindernisse für die Bundeswehr im Aufbruch gibt, die überwunden werden müssen: in den politischen und gesellschaftspolitischen Umfeldern, aber auch in der Tiefenstruktur der Bundeswehr selbst, also bei ihren grundlegenden Anschauungen und Werten. Diese schränken ihre Agilität und Flexibilität ein. Sie stehen ihr im Weg, verzögern Entscheidungen und manchmal auch die schnelle Umsetzung richtiger Maßnahmen. Vielleicht lenken sie die Bundeswehr sogar in falsche Richtungen. Leider kann dieses Jahrbuch nicht alle Hindernisse darstellen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass wir für besonders heikle Themen wie beispielsweise der Rüstung keine Autoren ausfindig machen konnten.⁴

In dem Kapitel „Bundeswehr im Aufbruch – Analysen aus dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld“ schauen wir uns an, inwieweit Politik und Gesellschaft den Aufbruch der Bundeswehr zu mehr Einsatzbereitschaft behindern oder auch befördern und was die Soldaten selbst dafür tun könnten, schneller voranzukommen. Hier geht es um ihre Rolle in der sicherheitspolitischen Debatte, um ihr Verhältnis zu Parlament und Wissenschaft, um ihr Selbstverständnis als Bürger und Soldat und vor allem um die Auseinandersetzung mit den verteidigungspolitischen Positionen der AfD.

⁴ Siehe dazu Kommando Heer, Thesenpapier III. Rüstung digitalisierter Landstreitkräfte, Strausberg.

Im nächsten Kapitel „Bundeswehr im Aufbruch – Analysen aus dem militärischen Umfeld“ geht es um Organisationsentwicklung, Strategiefähigkeit, Digitalisierung, Bildung und Diversität. Was wurde bisher erreicht und wie können diese Themen genutzt werden, um die wünschenswerte geistige Wende in der Bundeswehr voranzubringen? Wo müssen wir aufpassen, damit vermeintliche Fortschritte nicht zu noch mehr Bürokratisierung, Gängelung und Absicherungsdenken führen?

Wie in den Jahrbüchern zuvor haben wir Beiträge zur Diskussion gestellt. Diesmal geht es um das Thema der soldatischen Tradition. Wir hoffen, dass es darauf Repliken gibt, die wir im nächsten Jahrbuch veröffentlichen können.

Neu ist die Rubrik „Dokumentation“. Hier haben wir eine Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Peter Tauber, aufgenommen, die er im November 2018 anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Beirats für Fragen der Inneren Führung hielt. Wie kaum eine Rede in den Jahrzehnten zuvor gelingt es Staatssekretär Dr. Peter Tauber, den Kern der Inneren Führung zu erfassen. Aufgenommen haben wir auch den offenen Brief des Brigadegenerals a.D. Dr. Klaus Wittmann an den Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak. Dieser Brief setzt sich mit dessen Mitgliedschaft in der AfD auseinander und greift dabei auch auf Gedanken der Inneren Führung zurück.

Zu den Beiträgen im Einzelnen:

Das Jahrbuch Innere Führung 2019 beginnt mit der wohl wichtigsten geistigen Herausforderung für die Bundeswehr: Es geht um die verteidigungspolitischen Positionen der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Diese Partei proklamiert, als einzige die Interessen der Soldaten zu vertreten. Tatsächlich lesen sich viele Vorschläge, als kämen sie direkt von dem Wunschzettel der Angehörigen der Bundeswehr.

In seinem Beitrag „Eine ‚Armee der Deutschen‘ als Staat im Staate? Die AfD will Bundeswehr, parlamentarische Ordnung und Europa umkrempeln“ analysiert *Klaus Naumann* deren verteidigungspolitisches Konzept. Seine Erkenntnisse sind alarmierend. Die AfD inszeniere sich als Soldatenpartei bürgerlichen Typs. Ihre rechtspopulistische Aufmerksamkeitsstrategie zielt darauf ab, sich als seriöse Alternative zu präsentieren, die endlich die Schere zwischen Auftrag und Mitteln schließen und den Soldaten die ihnen gebührende Anerkennung verschaffen will. Dabei kaschiere sie ihren Doppelcharakter als Partei und als nationalistische Bewegung. Insgesamt sei das verteidigungspolitische Programm eine radikale Absage an die geltende Wehrverfassung des Grundgesetz-

zes, den bisherigen Konsens über den Einsatz der Streitkräfte sowie ihre multilaterale Einbindung in den Westen. Unklar bliebe dabei, ob die Veränderungen tatsächlich geeignet seien, die Probleme der Bundeswehr zu lösen und welche Risiken damit verbunden sind.

Die von der AfD angestrebte Verfassungsrevision impliziert, so schlussfolgert Klaus Naumann, einen Machtverzicht von Exekutive und Legislative, während dem Militär weitaus mehr Autonomie zugestanden würde. Die Aufhebung der Trennung von Zivilverwaltung und Militär solle dazu genauso beitragen wie die Einrichtung eines Generalstabes. Die Einsatzoptionen im Inneren würden deutlich ausgeweitet werden, genauso wie die militärischen Maßnahmen zum Schutz von deutschen Staatsbürgern im Ausland. Die Innere Führung würde verkürzt auf „Auftragstaktik“, also die Art und Weise der Führung im Einsatz und im Grundbetrieb. Die politisch-strategische Dimension dieser Führungsphilosophie ginge damit verloren. Stattdessen dominierten traditionelle soldatische Tugenden, die zum „unerbittlichen Kampf“ befähigen sollten. Charakterqualitäten stünden im Vordergrund und verdrängten die bisher gewünschte reflektierende Denkungsart, die sich nicht zuletzt auch mit der Nützlichkeit der Anwendung militärischer Gewalt im Allgemeinen und in besonderen Einsatzszenaren auseinandersetzt. Insgesamt, so Klaus Naumann, atme das Programm den Geist des ewigen Soldatentums und bedeute Abkehr von den bundeswehreigen Traditionen, die durch den Traditionserlass von 2018 gestärkt werden sollen.

Klaus Naumann kritisiert, dass diese Vorschläge der AfD bar jeder historischen Kenntnis sind. Dies gilt in besonderer Weise für die Idee einer deutschen militärpolitischen Autonomie jenseits von NATO und EU. Das historische Dilemma, das aus Deutschlands geographischer Position in der Mitte Europas erwächst, würde als Risiko ignoriert. Insgesamt ginge es der AfD weniger um eine realistische Verteidigungspolitik als vielmehr um eine vereinfachte Weltansicht. Damit sollen Menschen eingefangen werden, deren primäres Ziel es ist, der Regierung Strafzettel auszustellen. Daher zielt das Programm nicht zuletzt auf die Enttäuschten und Verdrossenen unter den Angehörigen der Bundeswehr. Hier entsteht Handlungsbedarf – für die Bundeswehr, ihr Selbstverständnis und ihre innere Kohäsion, aber auch für die zivil-militärischen Beziehungen. Klaus Naumann mahnt daher an, die bisherige „Schweigekultur des Wegschauens, Verharmlosens oder Leugnens“ zu beenden. Vor allem der schleichenden Vertrauenskrise in der Bundeswehr müsse die politische Leitung und militärische Führung begegnen.

Deutlich wird an dieser Analyse, dass die Vernachlässigung der Inneren Führung für den rechtsnationalen Populismus das Tor zur Bundeswehr weit aufgemacht hat. Die AfD besetzt Themen, bei denen die Bundeswehr aufgrund von Technokratisierung, Bürokratisierung und Einsatzorientierung auf Lücke setzte oder einfach deren Relevanz nicht erkannte. Die Defizite der Vergangenheit holen die Bundeswehr nun ein. Und es ist fraglich, ob die Führung, die dies zu verantworten hat, die Kraft aufbringt, das weit aufgerissene Tor wieder zu schließen.

Donald Abenheim stellt in seinem englischsprachigen Beitrag „Bundeswehr and Alternative für Deutschland (AfD): Die ‚Soldatenpartei?‘“ die Frage, warum Soldaten nicht eine bestimmte Partei als ihre politische Heimat haben sollten, die ihre Interessen in einer postheroischen Gesellschaft vertritt. In seiner umfassenden Antwort darauf greift er zum einen auf seine historischen Forschungsergebnisse über die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland zurück. Zum anderen betrachtet er die verteidigungspolitischen Positionen der AfD vor dem Hintergrund der Kriege und Auslandseinsätze der letzten 30 Jahre sowie globaler Trends wie beispielsweise der internationalen Systemkonkurrenz (*Great Power Competition*) und der Re-Nationalisierung.

In den Mittelpunkt seiner Analyse stellt Donald Abenheim das AfD-Dokument „Streitmacht Bundeswehr“. Die darin enthaltenen Positionen unterschieden sich nicht nur signifikant von dem Weißbuch 2016 der Bundesregierung, sondern stellten auch einen radikalen Bruch mit der gesamten Geschichte der Bundeswehr und ihren Traditionen dar. Alarmierend seien die Ähnlichkeiten mit den Programmen der NPD in den 1960er Jahren. Auch in der Verteidigungspolitik suche die AfD den Tabubruch, nicht zuletzt durch eine Sprache, die unverblümt militärische Begriffe in den Vordergrund rücke und deren politische Wirkungen auf Verbündete und Partner genauso wenig berücksichtige wie die Lektionen aus den schwierigen zivil-militärischen Beziehungen in der deutschen Geschichte vor 1945.

Besonderes Augenmerk legt Donald Abenheim auf die Verteidigungspolitiker der AfD, die oftmals Offiziere und Unteroffiziere in der Bundeswehr waren. Dass auffällig viele ehemalige Soldaten sich in der AfD engagieren und politische Ämter wahrnehmen, habe auch mit der Vermengung ziviler und militärischer Verantwortungsbereiche zu tun (*civil-military fusion*). Eine Ursache dafür seien die in den Auslandseinsätzen gemachten Erfahrungen mit der Aufstandsbekämpfung (*counter insurgency*), in deren Rahmen vor allem die Offiziere lernten, Einfluss auf die Politik in dem jeweiligen Einsatzland zu nehmen. Da-

zu käme das Gefühl vieler Soldaten, in den Auslandseinsätzen „vergessen“ zu werden (*lost column*) und in eine Gesellschaft zurückzukehren, die ihren Einsatz nicht würdigt und ihren Werten und Tugenden indifferent gegenüber steht. All dies verleitete sie zu einem politischen Engagement, das weder der demokratischen Verfasstheit von Staaten noch der Kontrolle des Militärs durch die Politik förderlich sei.

Ausführlich rekonstruiert Donald Abenheim die „Generalsdebatte“, d.h. die Stellungnahmen der Generale Zudrop und Wittmann zur AfD im Allgemeinen und zur AfD-Mitgliedschaft des Generals Wundrak im Besonderen. Beide Generale sind für Donald Abenheim leuchtende Vorbilder für die notwendige geistige Auseinandersetzung mit der AfD und ihren verteidigungspolitischen Positionen. Ihr Beispiel sollte auch die Soldaten der Bundeswehr anregen, über ihren Beruf und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft nachzudenken. Blicke es bei dem bisherigen Schweigen, könnte dies als allgemeine Zustimmung zur AfD einschließlich ihres völkisch-nationalistischen Flügels missverstanden werden. Zudem könnte die AfD sich weiterhin ungehindert als *das* Sprachrohr der Soldaten präsentieren und weiterhin mit soldatischen Tugenden kokettieren. Verstärkte sich in Politik und Gesellschaft der Eindruck, die AfD sei *die* Soldatenpartei, könnten die über Jahrzehnte gewachsenen vertrauensvollen zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland stark belastet werden. Dadurch dürfte neben der Demokratie auch die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in Mitleidenschaft gezogen werden.

In seinem Beitrag „Die Bundeswehr als Mittel deutscher Außenpolitik aus Sicht der Bevölkerung: ‚Brunnenbohrer‘ oder ‚Kampftruppe?‘“ setzt sich *Timo Graf* mit der strategischen Kultur der deutschen Bürgerinnen und Bürger auseinander. Bereits das Weißbuch 2016 hatte die Bevölkerung als einen wichtigen strategischen Akteur benannt, weil deren Einstellungen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen – selbst dann, wenn die verantwortlichen Politiker versuchen, die Bevölkerung möglichst nicht mit sicherheitspolitischen Herausforderungen zu konfrontieren. Mit Hilfe der Daten der Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zeigt Timo Graf Widersprüche in den sicherheitspolitisch relevanten Einstellungen auf: Einerseits habe seit der Annektion der Krim durch Russland die Bereitschaft zugenommen, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Andererseits steht die Bevölkerung Bundeswehr-Kampfeinsätzen als Mittel der deutschen Außenpolitik unverändert ablehnend gegenüber. In einem sicherheitspolitischen Umfeld, in dem staatliche und nicht-staatliche Akteure ver-

stärkt auf den Einsatz von Gewaltmitteln zur Erreichung ihrer politischen Ziele setzen, bedeute dies eine Schwächung der Handlungsfähigkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Vor allem die Verbündeten in der NATO bemängelten die deutsche Zurückhaltung und stellten die kritische Frage, ob Deutschland ein verlässlicher Partner sei und seine Aufgaben als Rahmennation wahrnehmen könne. Die Daten, die Timo Graf nutzt, weisen allerdings auch auf einen Ausweg aus diesem Dilemma hin. „Wissen schafft Verständnis“, d.h. die Zustimmung zu den Einsätzen der Bundeswehr steigt mit den Kenntnissen darüber. Jedoch fühlt sich die Mehrheit der Deutschen inzwischen schlecht über das internationale militärische Engagement Deutschlands informiert. Damit lenkt der Autor nun den Blick auf diejenigen, die für Informationsarbeit zuständig sind: Politiker, dabei vor allem die Mitglieder der Bundesregierung, aber eben auch die Angehörigen der Bundeswehr selbst. Es käme also auf eine, so ließe sich folgern, konzertierte Aktion von Politik und Bundeswehr an, um eine strategische Debatte anzuregen und so aus der „Kontinuitätsfalle“ auszubrechen. Dabei wünschten sich die Deutschen besonders, dass Soldaten sich mit ihren Erfahrungen an der Debatte beteiligten. Timo Grafs Beitrag liefert wichtige empirische Belege für die Notwendigkeit und Möglichkeit eines erfolgreichen Aus- bzw. Aufbruchs.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Hans-Peter Bartels, ist eine gewichtige Stimme in der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte. Angesichts der Defizite in der Menschenführung sowie der geringen materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr verschaffte er sich mit klaren und kritischen Stellungnahmen Gehör. Manchmal hat man den Eindruck, dass der Wehrbeauftragte die Lücke, die durch das Schweigen der Generale entstanden ist, zu füllen versucht. In seinem Beitrag „Zur veränderten Rolle des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – Wächter der Grundsätze der Inneren Führung, Stimme der Soldaten, Lobbyist?“ rekonstruiert *Kai Lütsch*, wie die Wehrbeauftragten seit Gründung ihres Amtes im Jahr 1958 ihre Aufgaben verstanden und ausgefüllt haben. Er stellt dar, wie die Amtsinhaber ihre eigenen Akzente setzten und ihre Aufgaben neu interpretierten und veränderten. Insgesamt differenziert er fünf verschiedene Rollenverständnisse: als „Hüter der Inneren Führung“, als Petitionsinstanz, als Anwalt der Soldaten, als Militärlobbyist und schließlich als Informationsorgan. In seiner historischen Rekonstruktion stellt er einen Trend fest, der überaus wichtig ist für die Zukunft der Inneren Führung: Die Wehrbeauftragten nach Heye and Berkhan hätten, so Kai Lütsch, ihre ursprüngliche Aufgabe als „Hüter der Grundsätze der Inneren Führung“

sukzessive vernachlässigt. In der Folge sei auch das Wissen über die Innere Führung in Politik, Gesellschaft und Bundeswehr zurückgegangen. Stattdessen traten die anderen oben genannten Aufgaben in den Vordergrund, vor allem die des Anwalts der Soldaten. Damit tragen die Wehrbeauftragten einen Teil der Verantwortung für den empirisch belegbaren Niedergang der Inneren Führung. Erst seit 2017, dem Jahr, in dem die Bundeswehr erneut unter Skandalen und ihrer problematischen Aufarbeitung zu leiden hatte, kümmere sich der Wehrbeauftragte wieder verstärkt um die Innere Führung. Hans-Peter Bartels gehe dabei allerdings kaum über die Beschreibung altbekannter Defizite hinaus (u.a. Vernachlässigung der politischen und historischen Bildung); ein klares Bild davon, was Innere Führung heute bedeutet und wie Defizite überwunden werden, vermittele auch er nicht. Dabei wäre es in der heutigen Zeit, in der Frieden und Freiheit als Selbstverständlichkeit gesehen werden und rechtsradikale Positionen wieder auftauchen, so wichtig, die Bedeutung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die mehr sei als die Ablehnung des Nationalsozialismus, auch für Soldaten herauszustellen. Um seiner ursprünglichen Aufgabe gerecht zu werden, schlägt Kai Lütsch u.a. vor, dem Wehrbeauftragten eine eigene Kapazität für die unabhängige wissenschaftliche Analyse der Inneren Führung und ihrer praktischen Umsetzung an die Hand zu geben. Diese solle es ihm ermöglichen, die Leitbilder, Grundsätze und Zielsetzungen der Inneren Führung öffentlich zu vertreten und so erzieherisch auch auf die Angehörigen der Bundeswehr einzuwirken. Aus Sicht der Herausgeber des Jahrbuchs ist der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages wichtig für eine „geistige Trendwende“ in der Bundeswehr, d.h. für einen Aufbruch der Inneren Führung. Lütschs Vorschläge zeigen einen Weg dafür auf.

Klaus Beckmann unterstreicht in seinem Beitrag „Bildung, Ausbildung, Beratung: Rolle und Selbstverständnis der Universitäten der Bundeswehr“ die Wichtigkeit der akademischen Bildung für den Offizierberuf. Fast 50 Jahre nach ihrer Gründung seien die Universitäten der Bundeswehr weiterhin unverzichtbar für Personalgewinnung, -entwicklung und -bindung. Neben der Attraktivität des Offizierberufs trügen sie auch zu seiner gesellschaftlichen Akzeptanz bei. Angesichts des allgemeinen Trends zur Akademisierung sei der Bachelor-Abschluss heute das frühere Abitur. Nur mit einem zivil anerkannten Studium könne der Offizier auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft seinen Dienst verrichten. Damit wird deutlich, dass das Angebot eines Masterabschlusses als integraler Bestandteil der Offizierausbildung einen wichtigen komparativen Vorteil für die Bundeswehr auf einem umkämpften Arbeitsmarkt bietet.

Klaus Beckmann betrachtet auch die dienstliche Verwendbarkeit des Studiums. Aufgrund der Komplexität des militärischen Berufsumfeldes sei die Bewältigung des Unbekannten eine wichtige Aufgabe für Offiziere. Eine akademische Ausbildung bereite darauf immer noch am besten vor. Der Autor führt hierzu das sog. „De Maiziére-Dreieck“ an, das fachliche Kompetenz, tiefe Bildung und Charakter umfasse. Er verhehlt nicht, dass Unterschiede zwischen der militärischen und der wissenschaftlichen Welt bestehen. Ihre Logiken seien eben verschieden. Gleichwohl ginge es darum, Ähnlichkeiten zu erkennen, Unterschiede zu versöhnen und auf diese Weise Brücken zu bauen und gemeinsam zu begehen. Als Beispiele dafür führt er die akademischen Angebote der „Militärwissenschaften“ bzw. der *strategic studies* sowie – als Angebot der HSU/UniBwH – den Masterstudiengang „Militärische Führung und Internationale Sicherheit“ (MFIS) für Offiziere im General- und Admiralstabsdienst an. Letzterer biete ein „Element der Tiefe“, das manchmal durchaus schmerzen könne. Insgesamt sieht Klaus Beckmann die Universitäten der Bundeswehr für die Zukunft gut aufgestellt. Im Unterschied zu öffentlichen Universitäten seien diese keine Massenuniversitäten. Sie könnten weiterhin einen Schwerpunkt auf Bildung als geistige Reflexionskultur legen. Äußere Rahmenbedingungen wie das Wachstum des Sicherheitssektors oder die Berateraffäre, aber auch ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit hätten das Interesse des BMVg an der Forschungs- und Beratungsleistung der Bundeswehruniversitäten erhöht. Mit der finanziellen Trendwende gebe es zudem mehr Raum für freies Denken und Innovationen innerhalb der Bundeswehr. Die Universitäten der Bundeswehr sind also wichtige Bildungseinrichtungen, um einige der in diesem Jahrbuch beschriebenen Hindernisse beim Aufbruch der Bundeswehr zu überwinden.⁵

Jens Warburg stellt den französischen Philosophen Pierre Bourdieu und sein Konzept des Habitus vor. In seinem Beitrag „Habitus und Krieg. Überlegungen zum Habitus im Spannungsfeld von Zivilität und Krieg“ wendet er Bourdieus Konzept auf die Bundeswehr an und zieht daraus Schlussfolgerungen für das Selbstverständnis der Bundeswehr und ihrer Angehörigen. Mit dem Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ habe die Bundeswehr von Anfang an versucht, einen spezifischen militärischen Habitus, wie er in heroischen Gemeinschaften gepflegt wird, zu verhindern. Die Angehörigen der Bundeswehr soll-

⁵ Siehe hierzu auch den Beitrag von Uwe Hartmann über „Die Krise der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte – Anregungen zu einer Bildungsreform“.

ten sich als Teil der Zivilgesellschaft verstehen; ihr Soldatsein war nur eine Rolle unter vielen weiteren. Jens Warburg warnt nun davor, dass durch die Ausbildung soldatischer Milieus Soldaten der Bundeswehr Dispositionen erwürben, die sich langfristig in einem Habitus niederschlagen könnten.

Das verbreitete Argument, ein soldatischer Habitus sei für die Professionalität von Streitkräften förderlich, widerlegt der Autor mit einem historischen Beispiel. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die preußischen Soldaten, deren Offiziere dafür als Idealtypen galten, von den französischen Revolutionstruppen besiegt. Ein Habitus sei zudem hinderlich für die geistige Agilität von Soldaten, die angesichts des breiten Spektrums militärischer Einsätze und der enormen Dynamik technologischer Innovationen immer wichtiger werde. Auch die Reintegration von Soldaten nach einem Einsatz könne dadurch erschwert werden. Dies gelte sowohl für deren Eingliederung in den Grundbetrieb der Bundeswehr als auch in die Zivilgesellschaft. Zwar könnte ein soldatischer Habitus ihre Anpassung an die Bedingungen in den Einsatzgebieten erleichtern, erschwert wäre jedoch ihr Einfinden in das normale zivile Leben danach. Somit läge eine fundamentale Richtungsentscheidung vor, die letztlich politisch zu treffen sei. „Soldaten/innen sind keine Werkzeuge der Außenpolitik, die man (ungestraft) nach Gebrauch innenpolitisch vergessen kann.“ An diesem Beispiel zeigt sich sehr anschaulich, dass Innere Führung keine bloße Anleitung zur Menschenführung ist, sondern Teil der Verantwortung auch von Politik und Gesellschaft. Wenn es darum geht, Innere Führung den neuen Rahmenbedingungen anzupassen, müssen Alternativen klar benannt und offen diskutiert werden. Sonst wachsen diese zu formidablen, aber weithin nicht wahrgenommenen Hindernissen auf.

Michael Seyda liefert in seinem Beitrag „Die Reformen der Bundeswehr – Ursachen, Folgen und Handlungsempfehlungen für eine neue Reformkultur“ einen pointierten Abriss der Reformen der Bundeswehr seit der Wiedervereinigung Deutschlands vor 30 Jahren. Dass Streitkräfte immer wieder neuen Herausforderungen angepasst werden müssen, liegt in der Natur des Krieges und ihrem politischen Zweck. Dass Deutschland dies zuletzt übertrieben hat, liegt, so kann Michael Seyda eindrucksvoll nachweisen, vor allem an den der Bundeswehr auferlegten Sparzwängen und der politischen Faszination für umfassende Reorganisationen. In der Folge wurde, so der Autor, die Friedensdividende spätestens nach 2014 zur „Friedenshypothek“.

Wichtige Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zieht Michael Seyda aus seiner Analyse des Transformationsbegriffs sowie der „Neuausrichtung der

Bundeswehr“ (2013 bis 2017). Der Transformationsbegriff habe bereits das Ende der großen, allumfassenden, mit einem Zieldatum zur Einnahme versehenen Reformen nahegelegt. Er fand jedoch nicht zuletzt bei den Soldaten wenig Anklang. Die Neuausrichtung 2013 war zwar nicht so umfassend wie frühere Reformen; ihr stand jedoch keine Anschubfinanzierung zur Verfügung. Ganz im Gegenteil: Schnell sollte Geld eingespart werden. Zudem wurden in ihrem Gefolge Managementmethoden in die Bundeswehr eingeführt, die gewaltige Disruptionen zum Schaden ihrer Einsatzbereitschaft verursacht hätten. Die Angehörigen der Bundeswehr hielten sie insgesamt für gescheitert.

In Folge der aggressiven Außenpolitik Russlands und der NATO-Beschlüsse von Wales im Jahre 2014 sprach die damalige Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, nicht von Reformen, sondern von Trendwenden. Eine „Reform der Reform“ sollte explizit vermieden werden. Dabei, so stellt Michael Seyda fest, hätten die mit den Trendwenden einhergehenden Veränderungen alle Reformen zuvor weit übertroffen. Kritik daran kam nur auf, weil es Politik, Öffentlichkeit und Soldaten nicht schnell genug mit dem personellen und materiellen Aufwuchs ging.

Michael Seyda resümiert, dass allumfassende Reformen einer Hybris gleichkämen und politisch innerhalb einer Legislaturperiode auch nicht mehr umsetzbar seien. Zudem würden sie der aus der Komplexität des sicherheitspolitischen Umfeldes erwachsenden Ungewissheit nicht mehr gerecht. Um ihre Agilität zu erhöhen, sollte die Bundeswehr einen evolutionären Ansatz verfolgen und Organisation als eine eigene, zielbildende Perspektive im Planungsprozess etablieren. Dafür identifiziert er gleich eine Baustelle: die nationale Führungsstruktur sowie die Interoperabilität der Organisationsbereiche und ihrer Kommandos.

Mit der Rückkehr der Landes- und Bündnisverteidigung seit 2014 stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit die Frage nach dem Personalsatz. Das Weißbuch von 2016 hatte diesem Thema keine größere Aufmerksamkeit gewidmet. Nun veröffentlichte das BMVg ein Dokument, das den Titel „Strategie der Reserve“ trägt. Es verspricht also, Ziele der Reservistenarbeit mit den heute und in Zukunft zur Verfügung stehenden Mitteln und Wegen auszubalancieren und dabei auch auf Risiken hinzuweisen.

In seinem Beitrag „Fortschritt oder Stagnation? Die neue ‚Strategie der Reserve‘ in der militärpolitischen Evaluation“ zeigt *Martin Sebaldt* auf, dass dieser Anspruch nur teilweise erfüllt wird. Zwar sei die Ausplanung des militärischen Aufwuchses im Spannungsfall klar als Schwerpunkt definiert; und auch die

bisherige Vernachlässigung der Reserve sei nun zu Ende. Insgesamt weise das Dokument allerdings viele Blindstellen auf. Eine kurzfristige Vergrößerung der Bundeswehr sei so nicht möglich. Erforderlich wären dafür klare und nachvollziehbare Ableitungen über Größe, Organisation, Ausrüstung, Bewirtschaftung und Zusammenarbeit mit aktiven Truppenteilen, ggf. auch in Großverbänden, sowie mit externen Partnern vor allem im Heimatschutz. Dafür fehle eine Analyse des Kriegsbildes mit seinen unterschiedlichen Einsatzszenarien und den daraus erwachsenden Profilen und Aufgaben der Reserve. Insofern leide die „Strategie der Reserve“ an einer Erblast; denn sowohl das letzte Weißbuch als auch die neue Konzeption der Bundeswehr, die Martin Sebaldt in den beiden vorangegangenen Jahrbüchern *Innere Führung* evaluiert hatte, zeigten hier Blindstellen. Wichtig ist Martin Sebaldts Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Digitalisierung⁶ und Reserve: „Je komplexer Waffen- und Führungssysteme werden, desto schwieriger wird ihr Einsatz in nichtaktiven Truppenteilen, da dafür eben eine regelmäßige intensive Ausbildung nötig ist.“ Die „Strategie der Reserve“ ist ein öffentliches Dokument. Es soll die Bürger Deutschlands ansprechen und für den Reservedienst motivieren. Dafür seien, so Martin Sebaldt, einige gute Voraussetzungen geschaffen. Besonders betont er die Grundbeordnung mit dem Prinzip der Freiwilligkeit und die Maßnahmen zur gesellschaftlichen Verankerung sowie zur regionalen und internationalen Vernetzung. Es sei jedoch fraglich, ob damit tatsächlich der Schwerpunkt, nämlich die kurzfristige Vergrößerung der Bundeswehr auf Kriegsstärke, erreicht werden könne. Das Dokument leide daher ebenfalls unter einem Strategiedefizit oder, wie Martin Sebaldt es nennt, unter „militärstrategischer Gedankenarmut“. Zudem sei die Kommunikation in die Gesellschaft hinein nicht ausreichend. Wirklicher Aufbruch setzt voraus, dass diese Defizite schnell behoben werden.

Uwe Hartmann setzt sich in seinem Beitrag „Die Krise der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte – Anregungen zu einer Bildungsreform“ mit einem Phänomen auseinander, das überrascht: das Bildungswesen der Bundeswehr wurde trotz ihrer krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre keiner grundlegenden Analyse unterzogen geschweige denn neuen Herausforderungen umfassend angepasst. Sieht man von kleineren Modifikationen ab, so gleicht es institutionell und von den Bildungsgängen her noch weitgehend dem Bildungswesen im Kalten Krieg. Uwe Hartmann vertritt die These, dass die Krise der Einsatzbe-

⁶ Der sich vier weitere Autoren dieses Jahrbuchs widmen.

reitschaft der Bundeswehr auch damit zu tun hat, dass ihr Bildungssystem für das (künftige) Spitzenpersonal nach dem Ende des Kalten Krieges kaum angepasst wurde. Die Ausbildung vom Offizieranwärter bis zum General wird weiterhin dominiert durch zivilberufsbildende Inhalte während des Studiums an den Universitäten der Bundeswehr und durch taktisch-operative Aufgabenstellungen in den Offizierlehrgängen sowie in der General-/Admiralstabsausbildung. Er unterbreitet mehrere Vorschläge, um dieses Defizit zu beheben. Dazu gehört das stärkere Engagement des BMVg als Bedarfsträger für die Ausgestaltung der allgemeinbildenden Studieninhalte (*studium generale*) an den Universitäten der Bundeswehr sowie der militärischen Weiterbildungsprogramme in deren Studentenbereichen. Darüberhinaus schlägt er einen neuen Masterstudiengang vor, der sich akademisch mit den beruflichen Aufgaben von Offizieren beschäftigt. Detailliert legt er die Vorteile eines solchen Studiums dar. Für die Weiterbildung des künftigen Spitzenpersonals reiche die General- und Admiralstabsausbildung nicht mehr aus. Er führt das Beispiel der *war colleges* in den US-amerikanischen Streitkräften an und schlägt vor, etwas Ähnliches auch für Deutschland aufzubauen.

Abschließend antizipiert Uwe Hartmann Vorbehalte gegen seine Vorschläge. Vorsorglich weist er darauf hin, dass Kritik daran nicht vorschnell geleistet werden sollte. Denn Denkfehler kommen hier leicht zum Tragen, die damit zu tun haben, dass das heutige Spitzenpersonal der Bundeswehr überaus erfolgreiche Produkte des bestehenden Bildungssystems sind und viele sich als Ausbilder darin nach Kräften engagierten und weiterhin engagieren.

In seinem Beitrag „Ethische Bildung und Seelsorge in der Bundeswehr – ein Relikt aus Kaisers Zeiten oder die Verpflichtung eines säkularen Rechtsstaats gegenüber seinen Soldaten?“ geht *Hartwig von Schubert* einer überaus praktischen Frage nach: Welche Rolle spielt die Militärseelsorge für Streitkräfte in einer säkularisierten Gesellschaft und angesichts einer enormen Vielfalt von Militärseelsorgetypen in den Armeen westlicher Staaten? Die Antwort auf diese Frage hat zweifellos Auswirkungen auf die Bildungsvorschriften in der Bundeswehr, die künftig in einem Dachdokument zur Persönlichkeitsbildung des Soldaten aufgehoben werden sollen.

Zunächst weist Hartwig von Schubert auf Besonderheiten der Militärseelsorge in der Bundeswehr hin. In Deutschland sei diese nicht in die militärische Befehlshierarchie eingebunden, was nur in wenigen weiteren Staaten der Fall ist. Die vom Staatskirchenwesen befreiten Kirchen könnten eine „kritische Korrekturfunktion“ wahrnehmen: Statt Diener eines Staates und seiner Legitimi-

tätsbeschaffung zu sein, konnten sich Religionen und Konfessionen „als Hüterinnen und Kritikerinnen kultureller Gedächtnisse“ profilieren und für die Bürgerinnen und Bürger einen Raum schaffen, in dem über Sinn verhandelt wird. Schon an dieser Stelle werden die Gemeinsamkeiten mit der Inneren Führung, wie sie von Wolf Graf von Baudissin in enger Zusammenarbeit mit dem damaligen evangelischen Militärbischof Hermann Kunst konzipiert wurde, deutlich.

In Zukunft dürfte, so Hartwig von Schubert, Religion vor allem für die Kontingenzbewältigung eine größere Rolle spielen. Kontingenz meint das Einverständnis, „dass etwas auch immer völlig anders kommen kann und hätte kommen können“. Von diesem Gedanken herkommend, entwickelt er Bezüge zum Militär und dabei insbesondere zur Menschenführung im Krieg. Clausewitz hatte ja bereits betont, dass der Krieg das Gebiet der Ungewissheit ist und sich in seinen diesbezüglichen Ausführungen in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ einer religiösen Sprache bedient. Religion und Glauben seien also aufgrund der Natur des Krieges für den Truppenführer eine unerlässliche, frühzeitig anzueignende Kompetenz, um seine (Selbst-)Führungsfähigkeit im Krieg zu erhalten. Im Kern hieße dies: Der Truppenführer könne politisch, historisch und ethisch nur überzeugen mit Religion. Dazu führt der Autor Szenen aus bekannten Filmen an, in denen militärische Führer ihre Soldaten durch „kleine Kampfgespräche“ emotional berührten und als moralisches Vorbild dienten. Aus der zentralen Aufgabe der Kontingenzbewältigung erwachse eine neue Aufgabe für die Militärpfarrer: Sie seien Tutoren für die Truppenführer in der Wahrnehmung ihrer religiösen Funktionen gegenüber ihren Soldaten. Dabei ginge es nicht um Konfessionalität, die nur noch bei einer Minderheit der Soldaten vorhanden ist, sondern um ihre Professionalität. Diese betreffe alle und stelle die Führungskräfte in eine besondere Verantwortung. Hartwig von Schubert glaubt, dass noch einiges an Überzeugungsarbeit notwendig sei, um diesen Neuansatz umzusetzen. In die bald erscheinende Dienstvorschrift „Ethische Bildung“ sei „religiöse Kompetenz“ jedenfalls noch nicht aufgenommen.⁷ Dabei ergibt sie sich sehr überzeugend aus den geistigen Traditionen des deutschen Militärs, die in die Innere Führung und unser Verständnis von Truppenführung Eingang gefunden haben. Hier ist ein weites Feld für den

⁷ Siehe Hartwig von Schubert, *Integrative Militäretik. Ethische Urteilsbildung in der militärischen Führung*, Berlin 2015.

Aufbruch der Bundeswehr gegeben. Hartwig von Schubert hat das Tor dazu weit aufgemacht.

Vor dem Hintergrund der Skandale um den Oberleutnant Franco A. und menschenunwürdige Ausbildungspraktiken im Jahre 2017 sagte die damalige Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen: „Die Bundeswehr hat ein Haltungsproblem und sie hat offensichtlich eine Führungsschwäche auf verschiedenen Ebenen“. Dirk Freudenberg untersucht in seinem Beitrag „Haltung‘ – ein Begriff soldatischen Dienens innerhalb und jenseits von Werten des Grundgesetzes“, was Haltung eigentlich im politischen und militärischen Kontext meint. Zwar verlangt das Soldatengesetz vom Vorgesetzten, ein Beispiel an Haltung und Pflichterfüllung zu geben (§10 Abs. 1); wie beim Begriff des Anstands scheint allerdings auch die Bedeutung von Haltung vielen Menschen heute kaum mehr bewusst zu sein. Auch in der gültigen Vorschrift zur Inneren Führung taucht dieser Begriff nicht auf.

Dirk Freudenberg unterscheidet eine innere Dimension von Haltung (Disziplin und Zusammenhalt der Truppe) und eine äußere (Ansehen in der Öffentlichkeit). Im Kern ginge es beiden Dimensionen um sittliche Einstellungen und innere Geisteshaltungen, die auch im Erscheinungsbild des Soldaten zum Ausdruck kämen. Da Innere Führung häufig auch als Umsetzung der Werte des Grundgesetzes in den Streitkräften definiert wird, diskutiert Dirk Freudenberg den Haltungsbegriff vor dem Hintergrund der Kontroverse, ob das Grundgesetz eine moralisch aufgeladene Werteordnung ist, die eine Identifikation ermögliche („Verfassungspatriotismus“) oder ob das Grundgesetz dadurch überfordert werde, weil es ihm primär doch darum ginge, dass Menschen mit unterschiedlichen Wertevorstellungen in einem gemeinsamen Staat zusammenleben könnten. Innerhalb dieser Kontroverse muss sich auch die Innere Führung verorten. Auch sie zielt darauf ab, eine Innere Ordnung in den Streitkräften zu schaffen, die es den Soldaten ermöglicht, einen Konsens über gemeinsame Werte zu erreichen. Die Innere Führung ist keine „Tyrannei der Werte“ und sie überträgt den Vorgesetzten auch keine „Deutungshoheit“. An dieser Stelle sei den Herausgebern der Hinweis gestattet, dass der ursprüngliche Erziehungsbegriff der Inneren Führung genau in diese Richtung weist: Soldatische Erziehung ist nicht eine direkte Beeinflussung der Persönlichkeitsentwicklung durch pädagogische Eingriffe, sondern die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Dienstes, damit diese sich positiv auf die Tugenden und Einstellungen der Soldaten auswirken. Erziehung im Sinne der Inneren Führung meint *indi-*

rekte Erziehung. Sie ist an den Dienstgrad gebunden, weil damit die Macht über die Gestaltung der äußeren Rahmenbedingungen des Dienstes gegeben ist.

Dirk Freudenberg weist nun darauf hin, dass moderne Demokratien sich ihrer selbst unsicher geworden sind und daher Verfassungen eher als Werteordnung verstehen. Dadurch entstünde ein „Zwiespalt zwischen der verfassungsmäßigen Verbürgung politischer Freiheiten auf der einen, der energischen Sicherung der Demokratie und damit der Beschränkung dieser Gewährleistungen auf der anderen Seite.“ Davon sei auch die Bundeswehr betroffen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der moralisch aufgeladene Haltungsbegriff an Bedeutung gewinnt.

Sexuelle Belästigung von Frauen in Streitkräften ist ein Thema mit größter strategischer Relevanz. Unterschätzt die militärische Führung dessen Bedeutung, geraten Streitkräfte in eine bedrohliche Schieflage: Das Vertrauen von Politik und Öffentlichkeit in diese schwindet, und damit nimmt auch die Bereitschaft zu deren Finanzierung sowie zur Wertschätzung des soldatischen Dienstes ab. Die Folgen für Personalgewinnung und -bindung könnten dramatisch sein. Die US-amerikanischen Streitkräfte in den Jahren 2013 und 2014 sind ein Beispiel dafür, welche Kraftanstrengungen erforderlich sind, um aus einer solchen Schieflage herauszukommen. In ihrem Beitrag „Frauen in den Streitkräften. Problemfeld: sexuelle Belästigung“ liefert *Angelika Dörfler-Dierken* eine Bestandsaufnahme für die Bundeswehr. Wie weit ist sie bei der Integration von Frauen gekommen? Wo bestehen weiterhin Probleme? Welche sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse liegen über deren Ursachen vor? Dazu geht Angelika Dörfler-Dierken auf tradierte romantische Vorstellungen ein, wonach Frauen diejenigen wären, die Leben geben, während Männer es im Kriege nähmen. Vorbilder, die diese Prägungen aufbrechen könnten, fehlten noch. Die Bundeswehr habe eine männerdominierte Organisationskultur ausgebildet, was nicht zuletzt daran läge, dass Frauen eine kleine Minderheit darstellten. In der Altersgruppe der 17- bis 25-Jährigen, die knapp 30 % des Personalumfangs der Bundeswehr ausmachten, seien nur 4 % Frauen. Ausführlich geht die Autorin darauf ein, wie Frauen die Organisationskultur der Bundeswehr erlebten. Grundsätzlich seien ihre Erfahrungen mit dem Dienst in der Bundeswehr anders als die in der Außenwerbung dargestellten.

Für unser Verständnis von Sexismus in der Bundeswehr ist eine altersspezifische Differenzierung hilfreich. Angelika Dörfler-Dierken stellt uns dabei Frauen unterschiedlicher Altersbänder idealtypisch vor. Dabei wird deutlich, dass sie sich durch spezifische Erfahrungen im Umgang mit Männern sowie durch

bestimmte Phasen, in denen Kinderwünsche dringlich werden oder die Übernahme zum Berufssoldaten anstehen, unterscheiden. Bei Frauen aus dem jüngsten Altersband, die den Generationen Y (Millenials) oder Z zugeordnet werden, seien die Sinnfrage sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig. Männer verfügten nur über eine geringe Sensibilisierung, was auch an fehlender Kenntnis und Akzeptanz der Inneren Führung läge. Verbale Sexismus und Hypermaskulinität dienten vor allem der Inszenierung eigener Macht. „Wer ist der stärkste von uns?“ Insgesamt sei das Verhältnis zwischen Männern und Frauen eher als ein „latenter Geschlechterkampf“ zu bezeichnen und beruhe nicht auf Wertschätzung, wie es Grundgesetz und Innere Führung forderten.

In ihrem Ausblick geht Angelika Dörfler-Dierken davon aus, dass sexuelle Belästigungen abnehmen werden, wenn die Anzahl der Frauen in den Streitkräften zunähme und diese nicht mehr als „Exoten in einer männlich dominierten Welt wahrgenommen“ würden. Die Voraussetzungen dafür seien vielversprechend: Bewerberzahlen gerade bei den Offizieranwärtern stiegen, und Frauen würden individuell für Führungsverwendungen gefördert. Weiterhin sei jedoch Geduld erforderlich, weil der Dienst von Frauen in Streitkräften aufgrund historischer Prägungen keineswegs selbstverständlich ist. Hilfreich wäre, wenn Männer sich für das Thema sensibilisierten und untereinander dafür sorgten, dass verbale Belästigungen unterblieben. Angelika Dörfler-Dierkens idealtypische Bilder von Frauen unterschiedlichen Alters sind überaus hilfreich, um die aus historischen Prägungen erwachsenen mentalen Stolpersteine zu überwinden.

Das Thema der Diversität in der Bundeswehr wird in der Reihe „Jahrbuch Innere Führung“ zum wiederholten Mal aufgerufen. Wer nur einen kurzen Blick in die Militärgeschichte wirft, muss erkennen, dass Vielfalt schon immer zum militärischen Alltag gehörte – vom „Mohr von Venedig“ bis zum „Vertrag von Tauroggen“. *Dominik Wullers* engagierter Beitrag „Die Bundeswehr ist voller Vielfalt“ zeigt daher auch, dass ohne viel Aufsehens Menschen unterschiedlichster Herkünfte, Glaubensrichtungen, sexueller Identitäten und Geschlechter ihren Dienst in der Bundeswehr leisten, sei es in Auslandseinsätzen, sei es in der Grundversorgung am Heimatstandort. Dabei kann Dominik Wullers zu Recht darauf hinweisen, dass die Bundeswehr dieses Aufgabenfeld ernsthaft angeht: „Die Bundeswehr ist ein Integrationsmotor“ und wird dafür auch international gelobt. Hängt das vielleicht mit einer glückhaften Inneren Führung in den Streitkräften zusammen, die nicht erst seit der Charta der Vielfalt von

2006, sondern aus gesellschaftspolitischen Gründen immer schon auf Integration in der Truppe und in der Gesellschaft gesetzt hat? Und dennoch wird Dominik Wullers nicht müde, noch mehr Integration zu fordern. Sein Ansatz gilt zunächst der Datenerhebung von Diversität in den Streitkräften. Sodann nimmt er das breite Spektrum von praktischen Möglichkeiten in den Blick: ein Integrationsmanagement als Führungsleistung, das Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten zum Umgang mit Diversität anbietet, bis zur offenen Gestaltung von Gemeinschaft oder Kameradschaft in Zeiten der vorrangigen Individualisierung, die auch die Gefahr zur Vereinzelung und Isolierung mit sich bringe. Der Autor plädiert dafür, die unterschiedlichen Verschiedenheiten als Chancen zu verstehen und zunächst für die Streitkräfte zu nutzen, dann aber auch als Grundlage für den friedlichen Wandel in der sich stets ändernden Gesellschaft aufzunehmen.

Digitalisierung ist auch in der Bundeswehr ein Mega-Thema. Gleich vier Beiträge beschäftigen sich in diesem Jahrbuch mit Voraussetzungen und Chancen der Digitalisierung.

Uwe Hartmann begründet in seinem Beitrag „Innere Führung als Treiber der Digitalisierung“, warum die Führungsphilosophie der Bundeswehr auch für die künftige Nutzung moderner Informationstechnologien eine unerlässliche Leitinstanz ist. Seine Kernthese lautet: Die Grundsätze der Inneren Führung sollten die weitere Ausgestaltung der Digitalisierung im Grundbetrieb der Bundeswehr genauso wie im Einsatz leiten. Damit möchte er einseitige Forderungen, wonach sich Innere Führung (wie auch die Truppenführung) der Digitalisierung anpassen müsse, aufheben. Was dies konkret bedeutet, zeigt Uwe Hartmann an drei Themen- und Handlungsfeldern der Inneren Führung: (1) Die Erarbeitung eines umfassenden Verständnisses künftiger Kriegsführung als Leitinstanz für die Digitalisierung. Innere Führung zeichne sich dadurch aus, dass sie die Analysen der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche der Bundeswehr in ein umfassendes Kriegsbild, das politische, gesellschaftliche und technologische Dimensionen mitberücksichtigt, integriert. Inklusive Diskurse darüber trügen zur Akzeptanz der Digitalisierung innerhalb und außerhalb der Bundeswehr bei. (2) Die Mittelpunktstellung des Menschen. Innere Führung nehme eine kritische Korrektivfunktion gegenüber unrealistischen Erwartungen an die Digitalisierung der Kriegsführung wahr und verhindere eine Überforderung des menschlichen Leistungsvermögens. Durch Automatisierung von Prozessen erhielten Vorgesetzte aller Ebenen wieder mehr Freiräume für ihre Arbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern der Inneren Führung. (3) Die

zunehmende Bedeutung von Bildung für den Einsatzwert von Soldaten in politischen Gefechtsfeldern. Innere Führung fordere und fördere neue Wege in der politischen, historischen und ethischen Bildung u.a. durch den Einsatz digitaler Medien. Sein Vorschlag zielt darauf ab, Einheiten und Verbände gewissermaßen als „digitale Bildungsräume“ zu verstehen. Voraussetzung für die von Uwe Hartmann unterbreiteten Vorschläge sei allerdings, dass die Innere Führung in die Offensive geht und ihren Mehrwert für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte unterstreicht. Die Digitalisierung böte dafür, so Uwe Hartmann, ein gutes und wichtiges Gestaltungsfeld.

Tief in die Herausforderungen durch die Digitalisierung steigen *Rafaela Kraus* und *Sönke Marahrens* in ihrem Beitrag „Künstliche Intelligenz und Innere Führung“ ein. Sie liefern hilfreiches Hintergrundwissen über Künstliche Intelligenz (KI) und stellen zahlreiche Fragen, die bei der Nutzung von KI beantwortet werden sollten. Zudem weisen sie auf mögliche Fehlerquellen des Einsatzes von KI hin. Denn diese beseitige kognitive Denkfehler des Menschen nicht automatisch und schreibe manchmal Fehlerquellen fort.

In den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen *Rafaela Kraus* und *Sönke Marahrens* die Anwendung von KI in den Streitkräften. Anhand von anschaulichen Beispielen zeigen sie auf, wie diese sowohl deren Effizienz als auch deren Effektivität erhöht. Sie unterscheiden verschiedene Strategien, die jeweils mit spezifischen Herausforderungen gerade auch für die Innere Führung verbunden sind. So könnten Streitkräfte KI zur Optimierung ihrer bürokratischen Prozesse oder auch zur digitalen Gefechtsführung einsetzen. Deren Nutzung könnte die Erscheinungsformen von Kriegen und Konflikten verändern und sogar ein völlig neues Kriegsbild nahelegen, in dem der Einsatz militärischer Gewaltmittel nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Die zahlreichen komparativen Vorteile, die KI modernen Streitkräften bietet, würden, so die Autoren, in der deutschen Öffentlichkeit kaum diskutiert. Hier stünden ethische Fragestellungen im Vordergrund, die besonders den Einsatz von „lethal autonomous weapons“ (LAWS) betreffen. Dabei liege das größere Risiko bei den nicht-militärischen Anwendungen von KI.

Detailliert zeigen *Rafaela Kraus* und *Sönke Marahrens* auf, wie KI die Innere Führung herausfordert. Es sei höchste Zeit, ein Rahmenkonzept für die Streitkräfte zu erarbeiten, das dem mit KI verbundenen Wandel in Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr Rechnung trägt. Mit ihren Analysen und Fragestellungen haben die Autoren dafür ein umfangreiches Denk- und Arbeitsprogramm geschaffen.

In seinem Beitrag „Digital Natives als Herausforderung und Chance für die politische Bildung in der Bundeswehr“ stellt *Andreas Wolfrum* die Möglichkeiten dar, welche die Digitalisierung für das Lernen in der Bundeswehr und dabei insbesondere für die politische Bildung heute bereits bieten und künftig anbieten werden. Damit greift er ein Defizit auf, das der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in seinen letzten Berichten angesprochen hat und das wichtig für die „geistige Trendwende“ innerhalb der Bundeswehr ist. Andreas Wolfrum analysiert dazu die unterschiedlichen Generationen mit ihren altersbedingt unterschiedlichen kognitiven Fähigkeiten. Ca. 80% der heute in der Bundeswehr dienenden Menschen seien *digital natives*. Dies biete Chancen, gleichzeitig aber auch Herausforderungen für die Organisation von Lernprozessen, insbesondere in der politischen Bildung. Dazu gehörten, dass es in der *network society* keine Hierarchien gäbe, dass Themen sich in Sekundenbruchteilen änderten, dass *digital natives* nicht alleine lernten, sondern Gruppen oder Foren suchten, und dass sie besonders über Bilder beeinflusst würden. *Digital natives* seien offen für elektronische Lernumfelder, sie wünschten eine medienzentrierte Umgebung, deren Inhalte sich beliebig wiederholen ließen. Künstliche Intelligenz könne bei der Analyse individueller Lernprozesse unterstützen, was für die Bundeswehr und ihre Einsatzbereitschaft sehr nützlich sei, da Soldaten sich stets für neue und variable Aufgaben ggf. selbst qualifizieren müssten.

Ausführlich geht Andreas Wolfrum auf die Frage ein, was die Digitalisierung für die politische Bildung bringt und veranschaulicht dies an Kernbegriffen der Inneren Führung wie beispielsweise der Menschenwürde oder der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er geht auf die Frage ein, inwieweit das Smartphone ein geeignetes Mittel dafür sei und diskutiert anschließend Chancen und Risiken. Es bliebe ein Unterschied zwischen einer Debatte via Smartphones und Gesprächen beispielsweise in Bildungsveranstaltungen oder den Kasinos; auch stellten die Überwachungs-, Steuerungs- und Manipulationsmöglichkeiten eine Gefahr dar. Wichtig sei daher die Erarbeitung einer „Digitalkompetenz“ als „fortwährender Prozess einer Selbstentfaltung und Persönlichkeitsbildung“. Dabei helfe auch das Zusammenwirken mit den klassischen Printmedien.

Den Herausgebern sei hier der Hinweis gestattet, dass hierbei durchaus unterschiedliche Signale für den Aufbruch in der Bundeswehr bestehen. Während die amtliche Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr sehr stark auf elektronische Medien setzt, erarbeitet beispielsweise das Kommando Heer eine Liste mit Bü-

chern, die Offiziere lesen und darüber ins Gespräch kommen sollen – in den sozialen Medien, im Pausengepräch oder auch im Kasino. Dies ist eine sehr löbliche Entwicklung, die die Idee einer allgemeinen Bildung wieder betont und ein Gegengewicht angesichts des Hypes um Informationen bildet.⁸

Wie die Digitalisierung in der soldatischen Alltagswelt bereits heute aussieht, stellen *Marcel Bohnert* und *Lena Pütz* in ihrem Beitrag „Innere Führung im Zeitalter von Social Media. Gedanken zum Status Quo und ein Aufruf zur Forschung“ dar. Ihre Zahlen zur gewachsenen Bedeutung der sozialen Medien in der Bundeswehr sind beeindruckend. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Angehörigen der Bundeswehr mehrheitlich junge Erwachsene sind, also den Generationen Y und Z angehören und damit *digital natives* sind. Viele ältere Leser dieses Beitrags dürften über die hohen Nutzungszahlen überrascht sein, die einzelne Soldaten mit ihren Postings auf Instagram erzielen. Marcel Bohnert und Lena Pütz zeigen nun auf, welche Chancen die intensive Nutzung der sozialen Medien für die Innere Führung bieten: für die öffentliche sicherheitspolitische Debatte, die Legitimation der Bundeswehr, die Integration in die Gesellschaft und auch für die Wertschätzung des soldatischen Dienstes. Vertrauensbildend sei die Art und Weise, wie Soldaten sich in ihren Postings präsentierten: nicht nur in Uniform, sondern auch in ihren unterschiedlichen privaten Rollen. Ganz im Sinne der Inneren Führung stellen sie sich als Mensch, Staatsbürger und Soldat dar. Marcel Bohnert und Lena Pütz weisen auch auf die Möglichkeiten der Nutzung der sozialen Medien für die politische Bildung und die Verbesserung der Diskussionskultur innerhalb der Bundeswehr hin. Die neuen *Social Media Guidelines*, die kürzlich erlassen wurden, stellten einen Paradigmenwechsel dar. Der einzelne Soldat bekomme nun mehr Freiheiten und damit auch mehr Verantwortung übertragen. Da der Trend zur Digitalisierung weiter anhalten werde, schlugen die Autoren eine wissenschaftliche Begleitforschung zur Wechselwirkung mit der Inneren Führung vor. Nun kommen wir zu den Beiträgen in der Rubrik „Zur Diskussion gestellt“.

Die Diskussionswellen um die Tradition der Bundeswehr haben sich wieder gelegt. Die Verwirrungen verschiedener Art auf unterschiedlichen Führungsebenen, die die Ministerin veranlasst hatten, einen neuen „Traditionserlass“ für die Bundeswehr zu erarbeiten, sind damit behoben. Daher könnte man sich nun wieder dem Tagesgeschäft hingeben. Nicht so, wenn es nach den

⁸ Siehe neuerdings Rolf Dobelli, *Die Kunst des digitalen Lebens. Wie Sie auf News verzichten und die Informationsflut meistern*, München 2019.

Gedanken von *Peter Buchner* in seinem Beitrag „Nachdenken statt Vorbilder“ geht. Tradition ist demnach ein Denkschema als Anleitung für das Handeln, das schlecht zu Innerer Führung passt. Peter Buchner geht es also nicht um das Wie und das Was von Tradition in der Bundeswehr, sondern um das Ob, womit er „radikal“ d.h. tief an die Wurzeln von Tradition überhaupt Hand anlegt.

Björn Schreiber dagegen diskutiert den Traditionserlass vor dem Hintergrund der Debatte über den Veteranenbegriff. Die nach kontroversen Diskussionen getroffene Entscheidung, die Gruppe der Veteranen möglichst weit zu fassen, führe dazu, dass den Soldaten mit Einsatz- und Kampferfahrung keine angemessene sinn- und traditionsstiftende Vorbildrolle eingeräumt werden könne. Dies stünde im Gegensatz zu ihren deutlich wahrnehmbaren Auswirkungen auf die Führungskultur in der Bundeswehr. Zudem werde dadurch der Suche nach Vorbildern in der Zeit vor 1945 wieder Tor und Tür geöffnet.

Die Herausgeber hoffen, mit diesem nunmehr 11. Jahrbuch Innere Führung einen Impuls für die dringend notwendige „geistige Wende“ in der Bundeswehr geben zu können.

Monterey/Hamburg, im Dezember 2019

II Bundeswehr im Aufbruch – Analysen aus dem politisch- gesellschaftlichen Umfeld

Eine „Armee der Deutschen“ als Staat im Staate? Die AfD will Bundeswehr, parlamentarische Ordnung und Europa umkrepeln

Klaus Naumann

„Wird die AfD die neue Soldaten-Partei?“ titelte die BILD-Zeitung kürzlich. Verweisen konnte sie auf den relativ hohen Prozentsatz von geschätzten 2.100 Soldaten unter den 35.000 Parteimitgliedern.¹ Unter den Mandatsträgern der Rechtspopulisten finden sich 11 Bundestagsabgeordnete, die Berufs- oder Zeitsoldaten waren.² Die Quote der Ex-Soldaten in der Bundestagsfraktion beläuft sich damit auf gut 12 Prozent. Sie als Hinterbänkler zu bezeichnen, wäre verfehlt, denn anders als in den übrigen Fraktionen findet die Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss unter den AfD-Abgeordneten lebhaften Zuspruch. Über 40 Anfragen an die Bundesregierung haben die Wehrpolitiker in der laufenden Legislaturperiode gestellt und markieren damit einen deutlichen Schwerpunkt der AfD-Parlamentsarbeit.³

Auch im außerparlamentarischen Raum machen AfDler mit militärischem Hintergrund von sich reden. Jüngster Fall ist die Kandidatur eines ehemaligen Generalleutnants für den Posten des Oberbürgermeisters in Hannover. Während seiner Dienstzeit hatte der Spitzenmilitär seine bereits langjährige Mitgliedschaft in der AfD verschwiegen, angeblich „um seine Mitarbeiter zu schützen.“⁴ Im Verteidigungsministerium und in der Bundeswehr bleiben diese und ähnliche Aktivitäten nicht unbemerkt, aber sie gehen unkommentiert durch: Bloß keine neuen Fronten neben den Beschaffungs- und Ausrüstungsproblemen oder dem „Gorch Fock“-Desaster aufreißen, scheint die Parole zu lauten. Zu einer offensiven Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten, deren Netzwerke bis tief nach Rechtsaußen reichen, hat man sich noch nicht ent-

¹ BILD, 24.9.2019.

² In der AfD haben drei Landesvorsitzende Bundeswehrkarrieren hinter sich.

³ Vgl. Maria Fiedler, Die AfD als selbsternannte Soldatenpartei, in: Matthias Meisner/Heike Kleffner (Hg.), Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg i.Br. 2019, S. 272-276.

⁴ Reinhard Bingener, Wie der General nach rechts abbog, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 15.9.2019, S. 7. Man kann sich nur wundern, dass der Ex-General in der Lehrgangsanalyse der Führungsakademie immer noch als „Senior Mentor“ auftaucht.

schließen können. Allein ehemalige Militärs wie der Brigadegeneral Klaus Wittmann, Generalleutnant Kersten Lahl oder der amtierende Kommandeur des Zentrums Innere Führung in Koblenz, Generalmajor Reinhardt Zudrop, oder der Unteroffizier Patrick J. haben die ihnen auferlegte Verantwortung als Staatsbürger in Uniform beherzt wahrgenommen und vor dem Gedankengut der AfD oder vor rechtsextremen Äußerungen in ihrem Umfeld gewarnt.⁵

Politische Aufklärung über die Rechtspopulisten ist dringend geboten. Hört man in die Truppe hinein, kann man deutlich feststellen, dass das Vertrauen in die politische und militärische Führung erschüttert ist. Geht es um die angestammte „Soldatenpartei“, wurde früher ohne Umschweife auf die Union verwiesen. Inzwischen ist das Urteil zögerlich; auf die „Altparteien“ möchte man sich nicht automatisch festlegen. Dadurch ist ein Vakuum entstanden. Das grassierende Gefühl, in Politik und Öffentlichkeit nicht genügend anerkannt zu werden und die Dauerklagen über Fehlstände in den Streitkräften und das Missverhältnis von Auftrag, Mitteln und Kräften suchen nach einem neuen Adressaten. Hier bietet sich die AfD an.⁶

Diese Konstellation ist brisant genug, ohne dass hier schon von militanten Verschwörern wie dem Oberleutnant Franco A. die Rede sein müsste – oder von „Preppern“, Netzwerken und Chatgruppen à la „Nordkreuz“, die sich in Bundeswehrkreisen eines gewissen Zuspruchs erfreuen.⁷ Die von der AfD ausgehende Herausforderung geht weit über eine klientelpolitische Problematik (Wer wählt wen?) hinaus. Die Wehrpolitiker der AfD-Fraktion haben inzwischen eine Programmschrift vorgelegt, die einen alarmierenden Eindruck von den militär- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Partei vermittelt.⁸ Dieses Dokument gewährt nicht nur einen Einblick, wie diese Partei tickt; es ist zugleich ein Zeugnis einer rechtspopulistischen Aufmerksamkeitsstrategie:

⁵ Klaus Wittmann, Offener Brief an den neuen Hoffnungsträger der AfD, Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak, Berlin 9.8.2019; zu Lahl und Zudrop vgl. tagesschau.de, 28.8.2019; zu Patrick J. vgl. Caroline Walter, Die Bundeswehr und ihr Umgang mit Rechtsextremismus, in: Heike Kleffner/ Matthias Meisner (Hg.), Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg i.Br. 2019, S. 260-271, hier S. 267f.

⁶ Analyse und empirisches Material vgl. Dierk Spreen, Rechtspopulismus und Bundeswehr. Eine Bestandaufnahme mit Risikoanalyse, in: Angelika Dörfler-Dierken (Hg.), Hinschauen! Geschlecht, Rechtspopulismus, Rituale. Systemische Probleme oder individuelles Fehlverhalten? Berlin 2019, S. 97-136.

⁷ Vgl. den Band von Meisner/ Kleffner (Hg.), Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg i.Br. 2019.

⁸ Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Fraktion, Streitkraft Bundeswehr, Berlin 2019.

Dabei geht es um Gehörtwerden, Themensetzung, Deutungshoheit und – nicht zuletzt – um die Verfestigung des Eindrucks, hier betrete ein neuer, alternativer und seriöser Wettbewerber den politischen Markt, um als Gleicher unter Gleichen anerkannt zu werden. Um diesen Suggestionen nicht aufzusitzen, ist es notwendig, den Doppelcharakter des populistischen Projekts im Auge zu behalten. Die Struktur des AfD-Komplexes changiert zwischen einer konventionellen Parteiorganisation mit bürgerlichem Anstrich und einer unkontrollierbaren („gärigen“) Bewegung. Die AfD tanzt daher immer auf zwei Hochzeiten zugleich. In der Programmschrift lässt sich dieser Tanz beobachten. Da gibt es die Grundschritte und -figuren, und es gibt die Kür. Neben den deutlich formulierten Zielbeschreibungen stößt man auf offene Enden des Undefinierten und Subkutanen. Eine Textlektüre hat also immer zweimal hinzuschauen. Was auf den ersten Blick als abweichende Meinung eines bürgerlichen Selbstverständnisses erscheint, rutscht im weiteren Textgefüge ins Bodenlose.⁹

„Nicht alles, was die AfD sagt, ist falsch“ – ein Lektüremodell

Wirkung erzielen Programmschriften wie „Streitkraft Bundeswehr“ vor allem auf Grund der affektgeladenen Glaubensbereitschaft ihrer Leser. Wie auf einem Wunschzettel addieren sie das Zustimmungsfähige; Kontext, Tendenz und Gesamtaussage werden hingegen übersehen oder bagatellisiert. Ein suggestives Lektüremodell bietet der Beitrag eines Oberst a.D. in „faz-online“.¹⁰ Schon der Vorspann des Artikels wählt mit der Fanfare „Nicht alles, was die AfD sagt, ist falsch“ eine klassische Stilfigur, die umso wirkungsvoller daherkommt, weil sich sofort eine Abgrenzung anschließt. Die AfD-Forderungen nach einer selbständigen Militärjustiz oder einer Führungsrolle der Bundeswehr auf dem Kontinent – das gehe natürlich zu weit! Nachdem diese Extreme („Unding“) erst einmal ausgesperrt sind, erscheint der Rest umso plausibler – die „Stärkung des Wehrwillens“, die Abschaffung der zivilen Bundeswehrverwaltung („Hyperbürokratie“) oder der Aufbau eines Generalstabs, der endlich eine nationale („autarke“) Planungsfähigkeit ermöglichen soll. Das alles, so das Resümee des Autors, verbleibe „ohne Einschränkung“ im konservativen Spektrum der AfD und damit „auf dem Boden der freiheitlich demokratischen

⁹ Zur Stilanalyse vgl. Heinrich Detering, Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Stuttgart 2019.

¹⁰ Wolf Poulet, Die Angst vor einer „AfD-Wehr“, faz-online, 4.9.2019.

Grundordnung.“ Ob dieser Blankoscheck gedeckt ist, bleibt freilich ungewiss. Der Autor möchte den Bundeswehrsoldaten zugutehalten, „in letzter Instanz“ wüssten sie, „wann und wo ihre Traditionsbindung an Oberst i.G. Graf Stauffenberg eine konkrete Verpflichtung mit sich bringt.“ In der tagespolitischen Polemik aus den Reihen der AfD scheint die Stunde der „letzten Instanz“ jedoch schon geschlagen zu haben – etwa wenn Uwe Junge, Oberstleutnant a.D., und Fraktions- und Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz, anlässlich des Amtsantritts der neuen Verteidigungsministerin zu einem „Aufstand der Generäle“ aufruft.

Die Programmschrift zur Bundeswehr vermeidet solche Töne, aber sie ist alles andere als ein konservatives Dokument. Die Rede ist von einem „Wiederaufbau“ und einer „Rekonstitution“ der Streitkräfte, aber damit ist kein Zurück gemeint, sondern eine grundlegende Absage an die geltende Wehrverfassung des Grundgesetzes.

Absage an die Wehrverfassung – eine Gegenlektüre

Der Dreh- und Angelpunkt der Wehrkonzeption der AfD, daran lässt das Programm auch für den flüchtigen Leser keinen Zweifel, ist die Änderung des Grundgesetzes. Das zu fordern, ist natürlich jedermanns politisches Recht. Doch die AfD folgt einer bestechenden, besser gesagt: korrumpierenden Logik, die sie mit Schwung an den Rand des Verfassungskonsenses und darüber hinaus katapultiert. Das Verfahren erinnert an die Vorstellungen in der sog. Schnez-Studie von 1969, in der der damalige Heeresinspekteur verlangte, Bundeswehr und Gesellschaft müssten einer „Reform an Haupt und Gliedern“ unterzogen werden, um wehrfähig zu werden.¹¹ Heute richtet sich die Aufmerksamkeit der AfD auf eine Verfassungsrevision, und das Argumentationsmuster ist das gleiche wie vor 50 Jahren. Angeprangert wird der „Verfassungsbruch“ der „Politik“, die die Streitkräfte „bis zur Unkenntlichkeit geschrumpft und entkernt“ habe. Dem will die AfD Einhalt gebieten. Dabei vertraut sie nicht der Parteienkonkurrenz, wechselnden politischen Mehrheiten und politischen Kompromissen, sondern sie will Garantien, Beträge und Automatismen festschreiben, die den Wehretat, die Ausrüstung, die Rüstungsexporte gegen politi-

¹¹ Tatsächlich wirkt die Studie in vielen Teilen wie eine Blaupause des aktuellen AfD-Wehrprogramms. Erstveröffentlichung der Schnez-Studie in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1969, S. 301ff.; dokumentiert in: Klaus Heßler (Hrsg.), Militär – Gehorsam – Meinung. Dokumente zur Diskussion der Bundeswehr, Berlin-New York 1971, S. 50-91.

sche Eingriffe absichern. Das ist atemberaubend, denn die Rechtspopulisten propagieren damit nichts weniger als eine Absage an die demokratische Wehrverfassung und an die Kernkompetenz des Parlaments. – Wie stellt die AfD sich das vor?

Zunächst einmal verheddert sie sich in Widersprüche, denn die Forderung „Die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands wird grundgesetzlich verankert“ bedeutet nichts anderes, als dass die beklagte Vernachlässigung der Bundeswehr zumindest bisher kein „Verfassungsbruch“ gewesen ist. Das soll sich ändern. Wenn jedoch die Budgetierung der Streitkräfte, Rüstungen und Beschaffungen grundgesetzlich festgeschrieben werden soll, so dass „eine Gefährdung der Einsatzbereitschaft ... zu jedem Zeitpunkt ausgeschlossen ist“, hat das die Beschneidung der parlamentarischen Budget- und Gestaltungshoheit (Art. 87a GG) sowie die Streichung der Vorlagepflicht für alle Beschaffungsaufträge ab 25 Mio. Euro beim Haushalts- und Verteidigungsausschuss zur Konsequenz. Diese Art einer überparlamentarischen Rüstungs- und Ausrüstungsgarantie hat weitere Implikationen. Um die Bundeswehr zu konsolidieren, ruft die AfD nach einer stabilen nationalen Rüstungsindustrie, und um diese lebensfähig zu machen, fordern die AfD-Wehrexperthen die Fixierung „gesicherter Exportquoten“. Ohne es auszusprechen, fordern sie damit einen Machtverzicht der Exekutive, denn die politische Kontrolle der Rüstungsexporte müsste dann ausgesetzt werden (Beschlussfassung im Bundessicherheitsrat; Bindung an Exportrichtlinien). Die Aufhebung der Trennung von Zivilverwaltung und Militär (Art. 87b GG), die die Wehrexperthen verlangen, fügt sich hier ein. Sie soll unter anderem dazu dienen, das Beschaffungswesen unter militärische Zuständigkeit zu bringen. Diese Absicht zeigt sich auch in der Forderung, die Planungs- und Beratungskompetenz im Ministerium einem noch einzurichtenden Generalstab zu überschreiben (und nicht einem – dringend notwendigen – politischen Planungsstab).

Viele der damit angesprochenen Fragen bedürfen dringend der Klärung. Ein konsequenter Primat der Politik, Ressortzusammenarbeit, qualifizierte Führung, strategische Kompetenz, Entbürokratisierung und eine funktionierende Fehlerkultur gehören ganz oben auf die Agenda von Ministerium und Bundeswehr.¹² Die AfD-Vorstellung, dies alles ließe sich mittels einer „Militarisie-

¹² Vgl. Klaus Naumann, Eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Determinanten des Wandels der deutschen Sicherheitspolitik seit 1990, in: Jochen Maurer/Martin Rink (Hg.), Einsatz ohne Krieg? Militär, Gesellschaft und Semantiken zur Geschichte der Bundeswehr nach 1990, München (im Erscheinen).

„Entpolitisierung“ des Militärs und einer „Entpolitisierung“ der Wehrverfassung leisten, grenzt an einen Wunderglauben. Immerhin wird eines erneut deutlich: Populistische Politik richtet sich zu allererst gegen die parlamentarische Demokratie. – Oder versprechen sich die AfD-Akteure etwas ganz anderes? Sie hantieren mit einem „Systemkonflikt“, der geeignet ist, das Publikum der Enttäuschten und Verdrossenen zu binden – und dies umso mehr, je aussichtsloser die Sache ist und man als verfolgte Unschuld und missverstandenes Opfer firmieren kann.

Mit dem Angriff auf die Grundlagen der Parlamentshoheit hat die AfD ein großes Rad gedreht. Man fragt sich unwillkürlich, ob die Verfasser dieser Programmschrift eigentlich wissen, dass sie den „neuralgischen Punkt“ (Hans Mommsen) des deutschen Parlamentarismus tangiert haben. Der Verfassungskonflikt um die politische Wehrhoheit reicht bis in die preußische Vergangenheit der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts zurück, als der preußische König Wilhelm I. im Verein mit Kanzler Bismarck dem Landtag das Budgetrecht über den Kriegshaushalt verwehrte. Noch in der Reichsverfassung von 1871 war dieses Recht nur rudimentär vorhanden, und erst in der Weimarer Verfassung wurde die parlamentarische Bewilligung des Wehrhaushalts geltendes Verfassungsrecht. Soll das deutsche Parlament hinter die Verfassungsposition von 1919 zurückfallen?¹³ Die neue AfD-Wehrverfassung und mit ihr die Bundeswehr wären dann nichts anderes als eine verschärfte Version des „Staats im Staate“.

„Erweiterter militärischer Einsatz“ im Inneren

Nimmt man die Tragweite der verfassungspolitischen Winkelzüge der AfD-Wehrexperthen ernst, wird niemand den weiteren „Anpassungen“ des Grundgesetzes allzu viel Vertrauen entgegenbringen. Im Zentrum der Überlegungen steht die Aufhebung der Trennung von äußerer und innerer Sicherheit. Die von der AfD anvisierten Maßnahmen sind dreifach. Zunächst soll die „Sperrwirkung des Grundgesetzes“ (Art. 35, 87a GG) an den neuen „Rahmen eines ‚erweiterten militärischen Einsatzes‘ im Inland“ angepasst werden: „Die Bundeswehr wird zum Einsatz im Inneren autorisiert.“ Alarmkräfte und Reservekorps üben regelmäßig die Bewältigung von „Großlagen“ in Kooperation mit den Zivilbehörden. Ein spezieller Schwerpunkt des „Heimatschutzes“ ist sodann der unterstützende Einsatz – vor allem des Reservekorps – beim Schutz

¹³ Vgl. Ulf von Krause, Die Bundeswehr als Instrument der deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2013, S. 50ff.

der deutschen Außengrenzen. Wer denkt da nicht an die Debatte um den „Schießbefehl“ an der Grenze, die Frauke Petry und Beatrix von Storch während der Flüchtlingskrise von 2016 provoziert hatten? Immerhin bekennt sich die AfD dazu, dass die Leitung bei der Bundespolizei verbleiben soll. Doch das Einsatzspektrum wird schließlich noch um eine brisante Komponente erweitert. Zum Schutz deutscher Bürger im Ausland und zur Abwehr terroristischer Bedrohungen möchte die Partei – „an jedem Ort der Erde“ – Bundeswehrkräfte einsetzen können. Sie wird „zur Gefahrenabwehr und zur Unterstützung der Strafverfolgung im Ausland befähigt und autorisiert“ und zwar auch „gegen den Willen anderer Staaten.“ Schluss mit der Kultur der Zurückhaltung, lautet die Devise: „Ein präzises und robustes Vorgehen deutscher Streitkräfte entfaltet durch seine abschreckende Wirkung auch einen präventiven Schutz für Deutsche im Ausland.“

Auffallend ist, dass die AfD einerseits schnell nach verfassungsrechtlichen Ermächtigungen ruft, andererseits aber nicht bereit ist, die Möglichkeiten der bestehenden deutschen Sicherheitsarchitektur auszdifferenzieren.¹⁴ Sie profitiert dabei von dem Umstand, dass die demokratischen Parteien ihrerseits wenig Ehrgeiz gezeigt haben, ein tragfähiges Konzept des Risikomanagements zu entwickeln, geschweige denn, es umzusetzen. Wollte man dem wirklich entgegenwirken, ist es umso irritierender, wenn die Rechtspopulisten vor allem das Loblied der soldatischen Tugenden, des „unerbittlichen Kampfes“ und des „robusten Vorgehens“ anstimmen, für die veränderten Unterstützungsleistungen der Streitkräfte bei den absehbaren Großfahrten aber keinerlei Sensorium entwickeln. Das Motiv ist leicht zu ergründen; die Partei appelliert damit vor allem an die Stimmungslage bei den Kampftruppen, speziell dem Kommando Spezialkräfte (KSK). Dieser Kontext ist beunruhigend genug, zumal dann, wenn eine Grundhaltung erkennbar wird, die außen- und sicherheitspolitische Erfahrungen der Bundesrepublik brechen will.

„Europäische Führungsrolle“

In den außen- und sicherheitspolitischen Äußerungen gibt sich das Wehrprogramm ebenfalls als „systemkritisch“ zu erkennen. Das System, das hier zur Disposition gestellt wird, ist die komplizierte europäische Staatenordnung sowie das sensible Nebeneinander von EU-Strukturen und europäischem

¹⁴ Vgl. zuletzt Helmut W. Ganser/Manfred Murck, Innere und äußere Sicherheit. Den Anspruch des „Comprehensive Approach“ einlösen, FES-Analyse, Berlin Juli 2019.

NATO-Pfeiler. Diesen gordischen Knoten will die AfD kurzerhand durchschlagen. Am Ende sieht sie Deutschland als militärische Führungsmacht auf dem Kontinent, die sich allein auf den Nordatlantikvertrag stützt. Weder eine „EU-Armee“ noch ein EU-Verteidigungsfonds oder weitere „Parallelstrukturen“ zur NATO kommen für die Rechtspopulisten in Frage. Der Schwerpunkt des Wehrauftrags wird weitestgehend auf die Landes- und Bündnisverteidigung zurückgefahren. Gerahmt werden diese Vorstellungen vom Streben nach militärpolitischer Autonomie in Umfang, Fähigkeiten und Planungskapazität. Dafür ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Steigerung des „Wehrwillens“ und die Garantie des Wehrhaushalts unabdingbare Voraussetzung. Nicht ausgeschlossen wird der Griff nach den Nuklearwaffen (auf die Deutschland im 2+4-Vertrag von 1990 verzichtet hatte), denn auf die entsprechenden NATO-Fähigkeiten will sich die AfD nur solange stützen, „bis gleichwertige Alternativen zur Verfügung stehen.“

Zweifellos reagieren die AfD-Wehrpolitiker mit diesen Forderungen auf den vorhandenen Überdruß an der Aufgabenvielfalt der Streitkräfte, die Enttäuschungen der bisherigen Auslandseinsätze, die Komplikationen zivilmilitärischer Kooperation und die Unentschiedenheit der deutschen Einsatzpolitik. Sie machen sich den Umstand zunutze, dass es die Führung des Verteidigungsministeriums selbst war, die mit der Abschaffung des Planungsstabes aus offenbar ressorttaktischen Erwägungen ein politisch-strategisches Instrument aus der Hand gab, das es – neben einem arbeitsfähigen Bundessicherheitsrat – ermöglicht hätte, Sicherheits- und Militärpolitik mit langem Atem zu betreiben. Für die AfD-Wehrpolitiker tut sich damit ein Vakuum auf, das sie gern füllen würden. Dabei kommt es ihnen auf die Details nicht so sehr an, wie auf die Effekte. Sie scheuen sich nicht, das multilaterale Tafelsilber durch ein nationalradikales Essgeschirr zu ersetzen und die alte versalzene Suppe wieder aufzutischen: Sie wollen „klare Verhältnisse“ mit einer deutschen Führungsmacht in Europa, die sich allein und nur insoweit notwendig auf das Atlantische Bündnis stützt. Das bekannte historische Dilemma einer „Macht in der Mitte“ (Herfried Münkler), die nicht mächtig genug ist, den Kontinent zu dominieren, aber stark genug, um als Störenfried wahrgenommen zu werden, interessiert die AfDler nicht.¹⁵ Die staatskluge Handhabung des komplizierten

¹⁵ Vgl. Herfried Münkler, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg 2015; ders., *Mehr Westen oder mehr Osten wagen? Europas Wahl zwischen Wertebindung und Geopolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2019, S. 59-68.

Spiels der verschiedenen – politischen, ökonomischen, kulturellen und auch militärischen – Machtsorten, der die deutsche Politik mit wechselndem Geschick versucht gerecht zu werden, erscheint in der Wahrnehmung der Rechtspopulisten offenbar als Spielerei. Man meint, darauf verzichten zu können – und würde damit die dringend notwendige europäische Handlungsfähigkeit verspielen.

Führt man sich diese Konsequenzen vor Augen, wird ein Hintergrundmotiv der AfD-Rhetorik deutlich, auf das Justus Bender hingewiesen hat.¹⁶ Die Rechtspopulisten spekulieren darauf, dass die desaströsen Folgen des vorgeschlagenen Kurses das Publikum wenig irritieren. Sie gehen davon aus, dass ihre Adressaten bereit sind, vieles aufs Spiel zu setzen, wenn sie den politisch Verantwortlichen nur einen kräftigen Strafbescheid ausstellen können. In der Projektion der Rechtspopulisten erscheint die Komplexität der multilateralen Welt als Zumutung „der Politik“; das unentschiedene, zögerliche und inkonsequente Manövrieren der „Eliten“ (beispielsweise in der Sicherheitspolitik¹⁷) und die nimmermüde Rhetorik der „Alternativlosigkeit“ bieten den Anlass für Überdruß. Die Vereinfachung der Weltsicht ist das eine Angebot, das die AfD macht, aber attraktiver noch ist das Spiel mit dem Sanktionsbedürfnis gegenüber den „Machthabern“, das die Rechtspopulisten befeuern.

„Armee der Deutschen“

Für die innere Ordnung der Bundeswehr kann die AfD-Orientierung auf eine postdemokratische Wehrordnung und eine deutsche Führungsrolle auf dem Kontinent nicht ohne Folgen bleiben. Gewiss, die AfDler bekennen sich zur „Parlamentsarmee“, zum Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und sogar zur Inneren Führung (die auf das „Führen mit Auftrag“ verschlankt wird). Aber eine genauere Textlektüre fördert weitergehende Vorstellungen zu Tage. Welche Soldaten braucht eine AfD-Bundeswehr und welche nicht?

Drei Leitvorstellungen stehen im Zentrum der „geistig-moralischen Reform“, die die AfD den Soldaten verordnen möchte. Der Bundeswehrsoldat soll „körperlich und mental“ „zum unerbittlichen Kampf im Gefecht“ ausgebildet

¹⁶ Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017, S. 177ff.

¹⁷ Zum Komplex vgl. Gunther Hellmann, Daniel Jacobi, Ursula Stark Urrestarazu (Hg.), „Früher, entschiedener und substanzieller“? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Sonderheft 6, 2015.

werden, er soll sich dabei auf Charakter, Tugenden und „deutsche Werte“ stützen und vom „Wehrwillen“ der Bevölkerung getragen werden. Diese Vorstellungswelt ist ganz den Maßstäben des militärischen Traditionalismus verpflichtet. Zudem kommen mit dem Stichwort „Unerbittlichkeit“ neue „Töne des Unbedingten“ (Peter Carstens) zu Gehör, die seit den Endkämpfen der Wehrmacht meist gemieden wurden.¹⁸ Propagiert wird eine aufs soldatische „Kerngeschäft“ reduzierte Professionalität, die die Qualitäten des Charakters allemal über die Kraft des Verstandes setzt. Folgerichtig stellt die AfD die akademische Ausbildung von Offizieren zur Disposition, immerhin eine Forderung, die auf den preußischen Militärreformer Scharnhorst zurückgeht und auf die Ausbildung einer zeitgemäßen, reflektierenden Denkungsart abzielt. Das Soldatenbild der AfD dreht sich hingegen um soldatische Tugenden wie Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Ohne die wird's sicher nicht gehen, aber in den komplexen Umweltbedingungen der Gegenwart braucht der „gute Soldat“ (Uwe Hartmann) ein spezifische Zutat: „Neben den Tugenden wie Gehorsam und Disziplin ... ist der gute Soldat derjenige, der die Klugheit als Leitugend für alle anderen anerkennt.“¹⁹

Dieses Defizit, so kann man vermuten, möchte die AfD durch „deutsche Werte“ kompensieren. Was sich dahinter verbirgt, bleibt nebulös. Allein der versteckte Hinweis, dass die militärische Ausbildung „werte- und kulturgebunden“ zu erfolgen habe, wirft ein fahles Licht auf das Vorhaben. Vielleicht ist das so zu verstehen: Als „Armee der Deutschen“ ist die Bundeswehr für „Ausländer“ verschlossen, aber wer sagt denn, dass Menschen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass, dem Status nach Staatsbürger, überhaupt für diese Kulturverbundenheit empfänglich und also „wehrtauglich“ sein können? Diese Lesart ist nicht aus der Luft gegriffen. Alexander Gauland hat seine Vorstellung von der Begegnung einer türkischstämmigen deutschen Staatsbürgerin – der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz – mit der „spezifisch deutschen Kultur“ als einen Akt des Exorzismus imaginiert: „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie

¹⁸ Peter Carstens, Eine Bundeswehr neuen Typs, wie die AfD die Streitkräfte zum Staat im Staate umbauen will, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 10.7.2019.

¹⁹ Uwe Hartmann, Der gute Soldat. Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute, Berlin 2018, S. 25; Klaus Naumann, Shaping a New Soldier? Military Professionalism in Complex Missions, in: Bernhard Chiari (Hg.), From Venus to Mars. Provincial Reconstruction Teams and the European Military Experience in Afghanistan, 2001-2014, Freiburg i.Br. 2014, S. 301-316.

hier nie wieder her, und wir werden sie ... in Anatolien entsorgen können.“²⁰ Verträgt die AfD-„Armee der Deutschen“ nur das völkische Wir, legitimiert durch den Ariernachweis?

Eine Stärkung von Korpsgeist und Kampfeswillen verspricht das AfD-Wehrprogramm durch eine im Wesentlichen selbstbestimmte Traditionsbildung in der Truppe. Mit anderen Worten, die ministerielle Dienstaufsicht soll in diesem Punkt reduziert werden. Den Themenkreis der erwünschten Traditionsbildung kann man sich aus den oben genannten Stichworten der „deutschen Werte“, soldatischen Tugenden und pflichtethischen Verlautbarungen zusammenreimen. Zudem ist der Traditionsbegriff im Wehrprogramm so allgemein gehalten, dass vieles darin Platz hat: „Diese Tradition ist geprägt von Erfolgen und Brüchen, von Falschem und Richtigen.“ Die Truppe wählt ihre Traditionsbezüge in „Einzelfallbetrachtung“, deren herausragendes Kennzeichen darin liegt, was nicht zu Sprache kommt: Das W-Wort wird peinlichst gemieden, zur Rolle der Wehrmacht findet sich kein Satz. Dem Stolz auf die „Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“, den Alexander Gauland einfordert,²¹ will man nichts in den Weg stellen. Umso merkwürdiger, dass die Eigentradition der Bundeswehr, auf die der neue Traditionserlass von 2017 großen Wert legt, keinerlei Aufmerksamkeit erfährt. Das alles atmet den Geist des ewigen Soldatentums und appelliert an die Stimmung, von „oben“ in Ruhe gelassen zu werden.

Eine energische Wende verlangen die Rechtspopulisten in der Haltung von Politik und Öffentlichkeit zum Soldaten. In einer „postheroischen Gesellschaft“ dürfte das nicht ganz einfach sein. Das haben auch andere politische Akteure erfahren. Das Gegenprogramm der AfD, das auf „Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten“ abstellt, ist zum einen nicht originell (öffentliche Gelöbnisse, Zapfenstreiche), zielt andererseits aber bewusst auf Konfliktthemen, die einen parteipolitischen Mehrwert versprechen (Paraden, Unterrichtspläne für die Schulen und die konsequente Strafverfolgung bei Angriffen und Anfeindungen von Soldaten). Will die AfD auf diese Weise ernsthaft die Isolierung aufbrechen, in der sie die Bundeswehr wäht? Soldaten werden im Programm zwar als Staatsbürger in Uniform etikettiert, die dem „deutschen Volk dienen“ und auf dem „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ stehen – aber de facto soll das Parlament an die Leine gelegt werden;

²⁰ Zit.n. Detering, Was heißt hier „Wir“?, S. 48.

²¹ Zit.n. Detering, S. 21.

der Einfluss der Politik wird beschnitten, die militärische Autonomie gestärkt, die Rechtbindungen gelockert²² – die Öffentlichkeit aber soll sich am Riemen reißen.

Offen für die Grauzone?

Das Wehrprogramm der AfD-Fraktion bedient eine nationalradikale Auffassung, aber es ist keine Handreichung für Militante. Ungeachtet des rechtskonservativen Profils, um das sich die Autoren bemühen, werden jedoch Gesinnungsprämien ausgestellt, die der, der zu lesen versteht, leicht einstreichen kann. Ein beispielhafter Fall ist die Behauptung, die deutsche Politik verübe durch Vernachlässigung der Wehrbereitschaft einen akuten „Verfassungsbruch“. Das wäre freilich ein Delikt, das keinen Kläger gefunden hat; auch seitens der AfD ist keine Klageerhebung vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgt. Das kann zweierlei bedeuten. Die Partei glaubt selbst nicht an ihre Behauptung, will aber damit rhetorisch punkten; oder sie will nahelegen, dass unter den geltenden maroden Systembedingungen keine Rechtsklage möglich ist. Beides läuft auf das Gleiche hinaus: Der einverständige Leser kann sich in seinem Ressentiment bestätigt sehen. Der übergesetzliche Notstand, der hier beschworen wird, rechtfertigt Widerstand. Darin mag keine Handlungsanweisung enthalten sein, aber die Delegitimierung des Verfassungsstaats schafft ein Klima der Selbstermächtigung, in der man auf eigene Faust tut, was getan werden muss – oder das Tun anderer toleriert.

Der Präsident des Militärischen Abschirmdienstes, Christof Gramm, hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Graubereiche in der Bundeswehr zunehmen und der Übergang von „Meinungsstärke, Radikalität und Extremismus immer unschärfer“ werde.²³ Es liegt bei der Bundeswehr, einer Ausweitung der Grauzonen innerhalb der Streitkräfte entgegenzuwirken und einer Schweigekultur des Wegschauens, Verharmlosens oder Leugnens zu begegnen. Dafür wird die erhöhte Aufmerksamkeit der Dienste freilich nicht ausreichen. Gefordert ist beispielsweise auch das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), seine regelmäßigen Bevölkerungsumfragen

²² Durch Einrichtung einer gesonderten Militärjustiz, aber auch durch die Aussetzung arbeitsrechtlicher Schutzregeln (die Polemik richtet sich vor allem gegen die Soldatenarbeitszeitverordnung).

²³ Florian Flade, Georg Mascolo, Ronen Steinke, Bundeswehr – Rechts und Ordnung, in: „Süddeutsche Zeitung“, 9.4.2019.

durch eine Befragung der Bundeswehrangehörigen zu ergänzen. Doch alles das ist auf Sand gebaut, wenn es nicht gelingt, der schleichenden Vertrauenskrise in der Bundeswehr durch eine entschlossene, langfristige und effektive Umsetzung der Ergebnisse des Projekts „Innere Führung – heute“ zu begegnen. Bisher liegt allerdings nicht einmal ein zugänglicher Abschlussbericht dieses Großvorhaben zur Änderung des „Mindsets“ der Truppe vor!²⁴

²⁴ Vgl. Klaus Naumann, Anspruch und Wirklichkeit: Innere Führung ist mehr als Menschenführung, in: Europäische Sicherheit, 7/2019, S. 13-16.

Bundeswehr and Alternative für Deutschland (AfD): Die „Soldatenpartei“?

*Donald Abenheim*¹

Introduction: Parliament, the Soldier and Nationalism

A German *Herbst* in the year 2019 enveloped the remarkable trinity of the Berlin parliament, the soldier, and the now current buzz-word of a so called *Soldatenpartei*—the latter had manifested itself in the summer of civil-military fisticuffs that echoed into the third season of the year. Or the sum of turbulent, recent years, one adds, that since 2014 have been marked by political tremors at home and abroad that have thrown custom about soldiers and politics along with so much else into turmoil. As a stalwart adherent to the principles of *Innere Führung*, the author of this study analyzes these events in the frame of German and trans-Atlantic democratic civil-military relations on the basis of what is a decade long professional affiliation with the Bundeswehr and German politics. The author offers his views with interest and concerns not the least because he has been a student of, as well as a teacher for, German soldiers as well as soldiers from many countries who aspire to reconcile the power of arms with the clauses of constitutions.

As the sun and warmth turned to murk, rain and cold, the riddle embodied in this term *Soldatenpartei* coined by figures in a nationalist party that champions the interests of soldiers has had to be answered by parliamentarians as the sovereign, by soldiers as a profession in an army in a democracy, and, most of all, by the citizens of this democracy who are imperfectly joined to military institutions and to government in general--as shown by events in this summer and fall of 2019. All three figures in this remarkable trinity (i.e. a. parliament, b. soldiers in general of whatever political leaning, and those ex soldiers now in partisan politics in opposition who claim to speak for all soldiers as nationalists) are enjoined to master the dilemma of freedom and security in a time of domestic and international crisis, especially as these values pertain to the peril to liberty from its defenders at arms.

¹ The opinions expressed here are solely those of the author, and represent neither the position of the US government, nor the US Defense Department and should not be construed as such.

This paper works on these themes via more or less four points: a.) a brief analysis of the term itself in the trinity of state, military and people; b. a qualitative summary of the AfD military policy paper of the summer of 2019, “Streitkraft Bundeswehr”; c.) an overview of the debate in German civil military relations this nationalist party has unfolded in 2019 in contemporary politics with reference to certain ex general and field grade officers’ statements; and finally, d.) some reflections on German civil military relations in broader perception with a glance to the power of nationalism and the soldier and the state in international perspective.

The Federal Republic of Germany celebrated thirty years of national unity in this fall of 2019 as well as seventy years of a form of German state, the Federal Republic of Germany that more or less had solved an issue of arms and constitutions. This problem from about 1618 until more or less 1949 had been a source of unending travail and conflict in central Europe habituated to almost constant and ever more destructive war and to a shifting international system between the Rhine and the Vistula in which the rights of citizens often took second place to the prerogatives of princes, generals, and totalitarian political soldiers.

On 7 November 2019 German Minister of Defense, Annette Kramp-Karrenbauer, gave a programmatic talk on defense policy and the posture of the military at the Bundeswehr University in the high tech suburbs of Munich.² She reminded the 500 young officer students that their Bundeswehr remains the army of the German parliament. This often read statement in whatever form of policy that emerges from parliament itself and from the chancellery and defense ministry takes as a given the silent fact of contrast that Prussian-German armies of King, Kaiser, Führer, and SED central committee/Warsaw Pact earlier ended in catastrophe for these soldiers, constitutional rights, and the peace of Europe. The Minister further referred to the global turbulence unsettling

² See: The speech is at: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/rede-der-ministerin-an-der-universitaet-der-bundeswehr-muenchen-146670>. On civil-military relations in Germany, see: Donald Abenheim and Carolyn Halladay, “Stability in Flux: Policy, Strategy, and Institutions in Germany,” Thomas Bruneau et al eds. *Routledge Handbook of Civil Military Relations* (Routledge, New York: 2012).

<https://www.routledgehandbooks.com/doi/10.4324/9780203105276.ch25>; Donald Abenheim, “Die Soldatische Tradition und zivil militärische Beziehungen: Wessen Erbe, welche Vergangenheit und Warum Soldaten?” in Donald Abenheim and Uwe Hartmann eds. *Bundeswehr und Tradition*, (Miles, Berlin: 2018). For the work of the parliamentary defense committee in detail, see <https://www.bundestag.de/verteidigung>.

German security policy more in the realm of the digital cosmos and the international system of neo dictators/nationalists/authoritarians in Moscow, Ankara, and Washington than within a space circumscribed by the borders of Bavaria and beyond which requires a re-ordering of national decision making in crisis; that is, a German national security council as a security centered inter agency process and also a kind of belated response to the improvised military aid to civil authority in the refugee crisis of 2015 as well as the criticism that has become generalized that security, defense, and military affairs are suffocated in process and bureaucracy that harms the making of effective policy.

Less prominent, but no less powerful, a presence in the lecture hall and beyond in the western Pomeranian, Brandenburg, and Saxon homes of these new, fresh officer students is the now darkening panorama of German domestic politics. This unremarked center of gravity is added to the Syrian chaos, cyber-aggression, great power struggle, and the uncertain assurance of German commercial security in a global market place riven by nationalism and protectionism.

If the Bundeswehr is the army of the German parliament, what is the role of a “*Soldatenpartei*”³ in a civil-military domestic and international politics that has not seen such a term in human memory, but rather only in newsreels and history books that themselves have degraded to clichés. This political claim to be political party of soldiers has lately popped up amid the rise of this at first splinter party in the past seven years to national prominence. This process has unfolded at the same that the military effectiveness of the German armed forces in the international system has once more become a theme of domestic and international political controversy and a question before the political parties in parliament who bear ultimate responsibility for national security and military effectiveness.

A week prior to the Munich talk, on 29 October 2019 the nationalist AfD party had won a significant victory in the state of Thuringia⁴ by resort to its radical

³ Florian Kain und Christian Scheucher, “Wegen der Bundeswehr-Krise: Wird die AfD die neue Soldaten-Partei?” *Bild Zeitung* 04.02.2019.

<https://www.bild.de/politik/2019/politik/afd-ex-minister-jung-warnt-vor-anziehungskraft-auf-soldaten-59947714.bild.html>. As an introduction to the AfD, see: David Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei* (Springer VS, Wiesbaden: 2015).

⁴ Mitteldeutscher Rundfunk eds. “Die aktuellen News zur Wahl 2019,” 27 October 2019 <https://www.mdr.de/thuringen/landtagswahl/index.html>.

right wing cohort (*Der Flügel*) that enabled it to secure a greater percentage of votes than Merkel's CDU. The nationalists in the province did so after the 9 October 2019 attempted mass murder at a synagogue in Halle/Saale⁵. Hence, while Kramp-Karrenbauer spoke to her young audience in November, the importance of the term an army of parliament when this idea is counterpoised to: "*die Soldatenpartei*." To be sure, this phrase did not appear in Kramp-Karrenbauer's talk in the Munich university. But the concept of a political party that would advance the interests of professional soldiers must have been in the minds of some of the five hundred young men and women in uniform in the hall who look forward to years of service at arms. They shall discover, if they have not already done so, that an army of parliament is something that must reassert its efficacy over and over again—because such a policy is never eternal nor even self-explanatory in the political world of soldiers either in Germany or elsewhere. This generalization especially operates in time of a deteriorating international system and a revival of blood and soil nationalism. To this phenomenon are added the ill effects of imperial and irregular warfare as they haunt the dispatching nation, and, finally, the return of the old curse of political murder and violence in national life amid political parties that flirt with authoritarianism or advocate its bald faced practice⁶.

The Manifesto of the Soldatenpartei: the Army, Fighting Power and the State

Central to the electoral innovation of the AfD has been the role of former Bundeswehr officers and NCOs in its ranks⁷, particularly as the party has evolved in national power and steadily seized on a radical right wing electorate in East Germany and also as it has purged from its ranks figures more moderately inclined and also drawn from the educated middle class. As the professors in the first echelon of the AfD have gone into eclipse since 2015, the field

⁵ Mitteldeutscher Rundfunk eds. "Angriff auf Synagoge in Halle – zwei Tote bei Schüssen auf Passanten," 9 October 2019.

<https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/halle/schuesse-hauptbahnhof-halle-100.html>.

⁶ Note xenophobe incidents in Chemnitz in August 2018, the Luebecke murder in Kassel in June 2019, and the synagogue assault in Halle October 2019.

⁷ Frank Jansen, et al. "Da ist bei vielen Beamten etwas in Schiefelage geraten": Rechte Tendenzen bei Polizei und Bundeswehr" *Tagespiegel* 26 June 2019;

<https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-tendenzen-bei-polizei-und-bundeswehr-da-ist-bei-vielen-beamten-etwas-in-schieflage-geraten/24487944.html>.

grade officers and NCOs have emerged with their claim to represent the abused members of the security sector who receive neither public esteem nor sufficient budget to achieve a mission that is ever more in contention at home and abroad. Since more or less 1990 but especially since 2014 the Bundeswehr as part of the German government has engaged in the classic zigzag maneuvers parodied in old songs about troops marched into one field and out of the same field the next moment in a to and fro that casts doubt on the sanity of those in command. The Bundeswehr and its soldiers have especially been made to contend with the altered geopolitics of Europe and beyond. The authors of this partisan politics to champion the soldier⁸, who had only recently taken their seats in Parliament in a lightning campaign that brought them at first provincial notoriety after 2013 and then national power as a loud opposition in 2017, were drawn from the ranks of ex-soldiers or serving soldiers. They had grown dissident with the process of disarmament or adaptation of the German armed forces⁹ in the decades since national unity what had been more or less a reduction in force of the military to accommodate both the national mood of military skepticism as well as the exigencies of diplomacy, national reconstruction, missions of security building within collective security in the 1990s, and counter terror campaigns since 11 September 2001.

Notable among such figures is the spokesman for the AfD on defense matters, former colonel of the general staff, Ruediger Lucassen.¹⁰ So long as one is not especially left wing or a pacifist---thereby inherently opposed to the existence of a German military---this parliamentarian's call for the Ministry of Defense better to exemplify a reasonable organization, transparent process and accountable senior leaders in mufti and uniform comprise demands that are reasonable on the face of it. Such a generalization is true for conservative vot-

⁸ For instance, see the web pages of such figures as the defense spokesman of the AfD in parliament, an ex colonel of the general staff, Rüdiger Lucassen, <https://ruediger-lucassen.de/bundeswehr/>; or the Berlin AfD local chief, also ex general staff colonel, Georg Pazderski <https://www.parlament-berlin.de/de/Abgeordnete/Pazderski-Georg>.

⁹ For the general issues of the Bundeswehr in the past generation, see: Uwe Hartmann, et al eds. *Jahrbuch Innere Führung 2009. Die Rückkehr des Soldatischen* (Miles, Berlin, 2009); Wilfried von Bredow, *Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär* (Springer VS, Wiesbaden: 2015; Martin Sebaldt, *Nicht abwehrbereit: Die Kardinalprobleme der deutschen Streitkräfte* (Miles, Berlin, 2017) Ulf von Krause, *Die Bundeswehr als Instrument deutscher Aussenpolitik* (Springer VB, Wiesbaden: 2013).

¹⁰ <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/L/521724-521724>; also see: Lucassens Internetauftritt <https://ruediger-lucassen.de/> Also see the AfD Defense working group in parliament web site: <https://www.afdbundestag.de/arbeitskreise/verteidigung>.

ers from whom this party aspires to speak. Such voters apparently yearn for law and order in state and society that have leapt its trunnions and believe that the CDU/CSU has turned its back on them. They apparently believe that Merkel's repeated great coalitions with socialists or the flirting with Greens all in turn have abandoned the ideals of the Adenauer and Kohl epochs. In detail, certain of these AfD demands for greater resources and prestige for the soldier, when lodged with more established parties in the opposition, are also a legitimate parliamentary criticism of Merkel's grand coalition and its military policy in the past two decades despite the welcome trend towards rearmament since about 2015-2016. The cabinets since 2005 have assigned defense policy and the reconstruction of German military power at best a secondary goal, when compared to questions of social welfare, civil society, ecological reform, and Germany's globalized commercial imperative as part of European integration.

Such a damnation of an indifference to national defense and the prestige of the soldier in a pluralist society oriented to prosperity and moral superiority symbolizes really a very old critique.¹¹ This view has widely been held within the circle of career officers and sympathetic civilians in defense/security sector¹² that for decades more or less languished on the periphery of national attention. Since 2014-2015, however, this criticism of lack of military status and efficient weapons has loomed in domestic politics. The political role of the power of German arms has become an ever-greater challenge for the successive Merkel cabinets and the grand coalition government. The latter institution has also become a troubling feature of the Berlin Republic in the 21st century and provided a partisan opening in civil military relations in Berlin that the AfD has been adept at filling with much noise.

This phenomenon of renationalization in the defense sector signifies a function of the changing international system of states, and the erosion of peace and prosperity upon which the high ideal of civil power of the Berlin Republic came to rest in a happier time. This lost epoch has been suffocated by radicalized domestic politics and by spreading strife in many domains of conflict

¹¹ An example from the early 1990s, amid the reduction in force and the new missions epoch of said era is: Hans Victor Hoffman, ed. *Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1992* (Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Waldbröl: 1993).

¹² For a contemporary discussion of military professionalism in Germany, see: Uwe Hartmann, *Der gute Soldat: Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute* (Miles, Berlin: 2018).

across the globe. This ideal of statecraft stripped of marital trappings is celebrated, and its opposite---as found in such military parades as in Paris and Moscow, or on the Greater Middle Eastern battlefields where US aspirations of sole remaining super power are suffocating in war exhaustion and domestic political rancor in 2019---are scorned. But the AfD has quite consciously broken with this idea of civil power, and, one can say, it is dragging the establishment parties along with it as peace and security in and around Europe are going up in smoke.

Grumbling among German officers, veterans, defense civilians and others in the ever-smaller Bundeswehr about the diminished role of the army in the state since the 1990s has generally fallen on deaf ears¹³. In a steady process from 1990 onward there unfolded the reduction in force of the Bundeswehr in train of German unity and an altered security perspective signified at best a fringe phenomenon of public policy. This shrinkage and painful re-orientation to security building missions reached a climax in the final cut backs of 2010 with yet another reduction in force of the Bundeswehr and the abolition of conscription.

All the more noteworthy then that Lucassen added to his luster as a public figure in his successful transition from the carmine red facings of the general staff to eleven years in private industry, that is, to the defense industry---an entity that enjoys little of its former glory as in the years 1880-1945. Nor does the arsenal of German armaments have a small fraction of the political power of the defense industry in the US, the UK, and especially in France, but also in Putin's Russia. This feat or professional reinvention is something that a fraction of general staff officers have done, but such figures have seldom gone into politics in the new model style, and almost never in the ranks of a nationalist party as the AfD.

Lucassen demands a strong Bundeswehr in order to counteract the decades of neglect, especially that of the Merkel cabinets since 2005. And then especially such neglect and mismanagement of the armed forces as the AfD asserts to have unfolded during the tenure of Ursula von der Leyen in the Bendlerblock/Hardthöhe of the years 2013-2019¹⁴. The latter figure as Defense Minister be-

¹³ Heiko Biehl et al. eds *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger* (Springer VS, Wiesbaden: 2015); Meike Wanner, *Das Ansehen der Bundeswehr: Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung* (ZMSBw, Potsdam: 2019).

¹⁴ AfD Fraktion, Bundestag, ed. "Lucassen: Fünfter Wehrbericht seit Amtsantritt von der Leyen dokumentiert systematisches Versagen der Ministerin," 30 January 2019;

came the target of constant AfD uproar once the party entered parliament in Berlin in 2017. No sooner had von der Leyen advanced to head of the European Commission in July 2019, then this nationalist opprobrium quickly shifted to Annette Kramp-Karrenbauer once her predecessor shifted to the heady precincts of Brussels European Quarter¹⁵.

The ex-colonel-new-broom-in-parliament further damns the decades of reductions in force, budget cuts, dissolution of troop units, and the little loved multi national security building/anti-terror missions of opaque strategic result far from Europe. Above all in a claim that especially resonates in a society and culture that prizes the excellence of machines and anything fashioned by human effort from metal, he excoriates the neglect of weapons and materiel that have ruined the fighting power of the German military and damaged its once high standing in alliance cohesion. He also demands the reinforcement of command and morale that comes from the backing of society and parliament that gives the soldier..."the secure feeling that he or she exercises a special calling,"¹⁶ One method to achieve this goal is to undo the capital error of the Merkel cabinet in 2010 and restore to its traditional prominence the institution of military conscription at the heart of the German army.

This rupture of the soldier and society has deprived the Bundeswehr of its anchor in German society and damaged the nation's capacity to defend itself (*Wehrfähigkeit*). In this vein, he calls for a strong corps of reserves as in former times, which, however, would be organized like the US National Guard. In addition to normal mobilization roles and missions, such a force would, above all, be used --contrary to custom--as an overwhelming military force in support of civil authority or as a kind of disposition troops in civil emergencies. One needs to add that this military support to civil authority scenario as being a favorite among radical right wing parties in Central Europe who want to militarize the police for the grand slam of a state of emergency---especially the defense of Germany's borders against a repeat of 2015 or a more dire scenario of "hybrid warfare," and generalized conflict.

<https://www.afdbundestag.de/lucassen-fuenfter-wehrbericht-seit-amtsantritt-von-der-leyen-dokumentiert-systematisches-versagen-der-ministerin/>

¹⁵ AfD Fraktion, Bundestag eds. "Gauland: Auslandseinsätze der Bundeswehr dürfen kein Selbstzweck sein," 8 November 2019 <https://www.afdbundestag.de/gauland-auslandseinsatze-der-bundeswehr-duerfen-kein-selbstzweck-sein/>

¹⁶ See Lucassen webpage at: <https://ruediger-lucassen.de/>

This demand for a disposition reserve corps for the domestic role well mimics the paramilitary trend ongoing elsewhere in central and eastern Europe of so called “illiberal democracies,” in imitation of the ever more constabulary roles and missions of armed forces in Austria, Hungary; and, it hardly needs mentioning, in the US of the Trump presidency with the dispatch of troops to the border with Mexico and the construction of his much ballyhooed fortifications in Texas, New Mexico, Arizona, and California---to say nothing of how Putin’s Russia has also reorganized and rearmed its domestic security militia forces along with the quite effective rearmament of its general purpose, special warfare and nuclear echelons across the board.

In addition to Lucassen, there are five other parliamentarians in the AfD defense working group who are first rank members in the parliamentary defense committee¹⁷: these persons include the colonel of reserves Gerold Otten¹⁸, Reserve Navy Lieutenant Berengar Elsner von Gronow¹⁹, Master Sergeant Jens Kestner²⁰, as well as Chief Petty Officer Jan Nolte²¹. There are a dozen or so others from the AfD in the second rank of the committee. One notes, in contrast to such other parties as the SPD, the Greens, or the FDP that the AfD places professional or long service ex-soldiers and ex-sailors at the vanguard of their parliamentary role especially in defense affairs and misses no chance to quote their military c.v. in loud tones. But these ex-soldiers in the AfD hardly refrain from outspoken commentary on such a variety of issues far from the lot of the combatant as internal security, values in society and matters of race and “identity,” as well, the latter term being a buzz word for blood and soil nationalism in many instances.

That is, ex-soldiers get a prominent political role in which their military expertise is made to serve partisan political ends, especially in the posture of a parliamentary opposition. Such a practice of military expertise in the legislative in a critical posture to a cabinet or the majority rule is by no means extraordinary

¹⁷ Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuss website.

<https://www.bundestag.de/verteidigung>

¹⁸ See: AfD Deutscher Bundestag, Gerold Otten,

<https://www.afdbundestag.de/person/gerold-otten/>

¹⁹ Ibid. Berengar Elsner von Gronow;

<https://www.afdbundestag.de/person/berengar-elsner-von-gronow/>

²⁰ Ibid. Jens Kestner, <https://www.afdbundestag.de/person/jens-kestner/>

²¹ Ibid. Jan Nolte, <https://www.afdbundestag.de/person/jan-nolte/>

when compared to other democracies, say, in the UK²² or US²³. But such practice marks a departure from the civil military record of the Bonn and even Berlin republics²⁴, where in the decades since the end of the cold war, senior officers have been, with a handful of exceptions, hardly notable public figures. Bundeswehr active duty officers and NCOs regularly serve in such parliamentary, legislative and state legislative roles²⁵ or in the leadership of the establishment political parties under the ideal of the citizen in uniform and have done so to the credit of their profession and the efficacy of German political culture for decades. In this aspect, the AfD adheres to custom, but also departs from it at the same time. This phenomenon deserves particular attention especially in any analysis of the party's major policy statement on civil military relations and the role of the soldier in the state.

With its ambition since about 2015 to be the political home of the neglected and dishonored German soldier (to say nothing of the understrength and overworked police and security sector/internal security official), these AfD military authors finally published in July 2019 a position paper (*Streitkraft Bundeswehr*) on the Bundeswehr and defense policy²⁶. In the opening lines of this noteworthy document, the parliamentary members focused on a theme that contrast very strongly with the priorities of the international system of states, domestic politics, and military power as found in the opening pages of the 2016 White Paper²⁷. The AfD authors placed military organization at the head

²² Hew Strachan, *Politics of the British Army*, (Oxford UP, Oxford/New York: 1997).

²³ Richard Kohn ed., *The United States Military Under the Constitution of the United States, 1789-1989* (NYU UP, New York: 1991).

²⁴ Rudolf Schlaffer, et al., *Die Bundeswehr 1955-2015: Sicherheitspolitik und Streit: Analysen, Bilder und Übersichten* (Rombach, Freiburg: 2015) Also see Abenheim and Halladay, *Stability in Flux*, in note 2 above.

²⁵ On political guidelines for soldiers in service, see: the website of the Bundeswehrverband on this theme: <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/bundestagswahl-2017/rund-um-die-wahlen/beitrag/news/welche-regeln-gelten-im-wahlkampf-fuer-soldaten/> also see: the parliament soldier's law of 1956, Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz - SG) <https://www.gesetze-im-internet.de/sg/BJNR001140956.html>

²⁶ AfD Arbeitskreis Verteidigung eds. *Streitkraft Bundeswehr* (Berlin, 2019). The document was published on 26 June 2019 or passed to the press, <https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/06/Endfassung-SK-Bundeswehr-26.06.pdf>

²⁷ Compare the opening pages of the 2016 White Paper, BMVg. Eds. *Weißbuch 2016: Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, (BMVg, Berlin: 2016), pp. 15-27. In fact, the AfD

of the column of policy priorities when they stated "...that *armed forces* embody the vital claim of a state for national sovereignty and territorial integrity. Armed forces are further an instrument to protect a country, its assets and its citizens from external attack"²⁸. The preamble of the study continues with the famous *deutsche Mittellage*, to the effect that "the geographic place and political weight of the Federal Republic of Germany demand a modern and combat ready military that is capable of resisting all forms of conventional threat." This demand for a restoration of the German armed forces as the means to enable the Federal Republic to assume a leading strategic role in Europe but also in NATO²⁹---a kind of echo of the hyperventilating debate about the NATO 2% of defense GDP---embodied a response to domestic politics. But this statement also operates in the international system of alliances and international security and defense organizations turned upside down by the great power conflict of the second decade of the 21st century and the alliance Article III of the Washington Treaty burden sharing rhetoric gone quite wild in the US administration since 2017.

Since the size and strength of the armed forces stands so central to this document, one best keep in mind just how many German soldiers exist in the Germany of autumn, 2019. Since the quantitative measure of the German military power in the present is usually rendered solely as the part of GDP taken up by a defense budget relative to other NATO allies and defense policy firebrands in Washington DC based pro Trump think tanks, the actual data is helpful. In the October 2019 statistical digest on the Ministry website, the Bundeswehr³⁰ included in its uniform ranks some 53, 602 career soldiers, joined with some 121,644 term service soldiers, as well as the somewhat modest number of eight thousand volunteers---a far cry from the tens of thousands of draftees in former times. There are about 82, 000 defense civilians as part of the armed forces in their often neglected civil military institutional totality.

In the view of the AfD, the sum of these numbers is much too little for national defense in a mid to large scale war in Europe--although this term is not

paper of 2019 is in certain respects more comparable to the *Konzeption Bundeswehr* document of the year 2018, see: BMVg eds., *Die Konzeption der Bundeswehr*, (BMVg, Berlin: 2018).
<https://www.bmvg.de/resource/blob/26544/9ceddf6df2f48ca87aa0e3ce2826348d/20180731-konzeption-der-bundeswehr-data.pdf>.

²⁸ *Streitkraft Bundeswehr*, p. 9.

²⁹ *Ibid*, p. 28.

³⁰ <https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/streitkraefte/grundlagen/staerke/>.

expressly used, but clearly implied with a number of indirect references in various ways. With their focus on the army and the soldier as the most central issue of policy, the authors of the paper further demand that the armed force should rapidly be strengthened to 230,000 soldiers which, in turn, should be augmented with a so called reserve corps of 50,000 troops. This overall strength must be reached by a return to conscription. As mentioned, this reserve knock off of the US National Guard, to say nothing of past practice in the Prussian German army going back to the 18th century, should be used as border guards (i.e. border guards in an EU of the Schengen regime and more or less open borders). This practice jibes with the response of the security sector in a renationalizing central Europe in the shadow of the 2015 refugee crisis and the centrality of this event for all thought and deeds relative to war and peace.

The AfD military experts then swerve wide of civil-military custom and tradition in their concept of supreme command and due process of law. The brains of this new model army should be an independent general staff, a thing that the paper does not examine in detail. In the second instance, the constitutional and civil military practice of the FRG since 1955 should be upended by the return to a system of independent military justice in uniform, i.e. the system that prevailed from the dynastic era through the Wehrmacht in the Third Reich. This demand would by implication reverse the effective integration of military discipline into civilian rule of law as an answer to the murderous military judges of the Wehrmacht and their trigger-happy behavior especially in the last months of the war³¹. One has to note, of course, that the demand for a new, refurbished general staff (presumably on the model of Moltke the Elder and even of Seeckt, but surely not of Keitel and Jodl) departs sharply from the institutions of high command in the Bundeswehr since 1955 which have embodied a civil-military attempt to correct the problems of the past in which a military elite has wrestled with the problems of the international system and mass politics with sometimes catastrophic results. Moreover, and more or less unknown to most civilians outside the echelons of command, an independent general staff in the classical sense adjoins very poorly with the actual multinational echelons of command as they exist today³², and have evolved in the past

³¹ „Kriegsrichter: Die Mörder sind über uns“ *Der Spiegel* 2 September 1959, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42622485.html> Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmachtjustiz 1933–1945*. (Schöningh, Paderborn: 2005).

³² BMVg eds., *Die Konzeption der Bundeswehr*, pp. 7-60.

generation. Added to this fact, in contrast to the classic Bundeswehr of the year 1989-1990, where surely little organic, independent national command capability existed in a freestanding posture on the Hardthöhe³³, the Bundeswehr of today has fairly independent command entities³⁴ which fulfill many of the functions of a classic general staff.

Here one has to say that this demand by the neo Moltkes or neo Seeckts manifests an old canard from the Nationale Partei Deutschlands which can be found in their military policy statements from the middle 1960s and even up until the recent past³⁵. Such a demand has never solicited much an echo among establishmentarian parties nor among those Bundeswehr general staff trained officers whose service in the senior echelons of NATO and the EU as well as other international organizations in their number or among the diplomatic representations of the FRG abroad has been noteworthy for its high quality and strategic effectiveness, all complaints about lack of combat readiness since 2014 aside.

The same lineage in the depths of radical right wing and or fringe statements on army in the state adheres to the equally vital question of the civil-military posture of military justice in the Federal German regime of legal due process. The revival of military judges on the old and infamous model at the cost of human rights was also a demand of the NPD in the 1960s³⁶, a thing that was already a subject of protest in civil society from the 1950s through the 1970s. The AfD paper manifests the general desire, and it is a very old yearning, to reverse the role of civilians in the German defense ministry and the Bundeswehr over all. This canard from the 1950s and 1960s has only been up-gunned since the 2010 reform of the Ministry which knocked down the role of general staff officers a further notch, and has opened more and more critical and rewarding positions in the Ministry and elsewhere to civil servants. These defense civil-

³³ For the classic order of command in the cold war, see: BMVg eds. *White Paper 1985: The Situation and the Development of the Federal Armed Forces*, (BMVg, Bonn: 1985) pp. 163-184.

³⁴ For the levels of ministerial, strategic and operational command in the year 2019, see: <https://www.bmvg.de/de/ministerium/organisation>.

³⁵ Zukunft braucht Erinnerung, eds. *Die NPD in den 60er Jahren*, <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-npd-in-den-1960ern-geschichte-und-ideologie/>.

³⁶ N.a. "Braune Feldgräue," *Der Spiegel*, 8 January 1968, pp. 29.

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45465458.html>. For NPD military policy in 2019, see: <https://npd.de/themen/verteidigung/>.

ians remain the butt of the scorn of the professional soldier not only in Germany, but in this author's country as well.

Hence little surprise that central to the AfD demands, and not generally to be found in the papers of this kind from other political parties, shines the goal of *battlefield superiority* and generally the centrality of warfare and the combat zone to the logic of this policy statement³⁷. Since most casual observers of political life in Germany all too quickly believe that Germans are inveterate pacifists, this kind of a policy demand is bound to bring such persons up short. This kind of language is also a departure from custom, since even policy statements that can be said to focus on the principle of *Kampf/kraft* are generally buffered by phrases and words that are fairly non martial.

Especially in the matter of modern armament and equipment in depth and breadth for an army that will play a major role in the defense of Europe, a revived AfD style Bundeswehr should orient its size and organization to the so called "likely main opponent." No nation is mentioned in particular, but the implication is Russia. Nevertheless, in view of the progressive alienation of Ankara from the transatlantic alliance in the years 2015-2019 as well as the islamophobia that is elsewhere in the party's fiber, one could also wildly assume that such forces would stand against a Erdogan's Turkey in some replay of 1683 and the second siege of Vienna in postmodern form---but this latter idea is speculation derived from context.

Alliance affairs get pride of place in the document³⁸, and it is something of a surprise, or not, because of the open affiliation of the AfD with Russian policy in various forms. All the same, the document puts forward the centrality of NATO to German security, a kind of tradition and conservatism. This policy statement stands contrary to much action by individual AfD politicians³⁹ with an open affinity for the Putin regime in the Kremlin, and other statements of

³⁷ In addition to the *Streitkraft Bundeswehr* paper, see the respective legislation introduced by the AfD and other opposition parties in the year 2019 to place pressure on the grand coalition government and especially on the CDU run BMVG, see: legislation on the Bundestag Verteidigungsausschuss website, <https://www.bundestag.de/verteidigung?url=L3ByZXNzZS9oaWVvNjYxMzkyLTY2MTM5Mg==&mod=mod539932>

³⁸ *Streitkraft Bundeswehr* pp. 28-29.

³⁹ Inquiries into the bonds between the AfD and Putin's Russia are: Marlene Laurelle et al. *Colonisation or Homegrown Collaboration: Connections between the German Far Right and Russia* (Political Capital, Washington DC: 2019); Mitchell A. Orenstein, *The Lands In Between: Russia vs. the West and the New Politics of Hybrid War* (Oxford UP, New York: 2019).

policy are quite critical of NATO and of the US in particular. The AfD authors demand that this reinforced and rearmed Bundeswehr should enable “Germany to assume a leading military role in Europe⁴⁰.” As if this rather breathtaking policy at odds with Habermas’ civil power were not enough to shock the denizens of the hipster bars in Berlin Mitte and Kreuzberg to spit in their lattes and mojitos, the AfD military working group then takes the blade to a strong and venerable taboo in political culture as to the role of the soldier in support of domestic civil authority in roles and missions other than the classic state of defense of the cold war or security building of the past generation.

The AfD soldier paper proposes to junk this civil military constraint on a military role in domestic, internal crisis. The military working group used the sledgehammer phrase that the “blockade effect of the Basic Law” should be amended to enable the Bundeswehr to have a role in domestic crises⁴¹. In this aspect, one keeps in mind that the central political or strategic event in much of the politics of the AfD has been the impact of mass migration from crisis zones and poverty⁴², which, in turn, manifests the goal of globalized elites to obliterate traditional European society and culture, (i.e. the recycled Nazi racial theories now redecorated as the so called replacement theory).

To fulfill this end, the army should aid in the promotion of a “will to defense” not only among soldiers; then again, among the civilian population via the school system; but also through a military industrial cooperation in universities. Anyone familiar with the bumpy reception in schools generally accorded in many parts of Germany to Bundeswehr *Jugendoffiziere* will recognize the level of ambition of these demands. The list of smashed icons of German civil military relations in this manifesto has further echoes of the past reaching back into the unhappy record of the 19th century but also of the year 1919-1933 with this kicker to the effect that,

“The German Basic Law assigns to the yearly budget the determination about the end strength and weapons and materiel of the armed forces. The yearly budget swings in Parliament cannot be allowed to compromise the combat readiness and with it, the capability of Federal Republic to defend itself. *The*

⁴⁰ *Streitkraft Bundeswehr* p. 29.

⁴¹ *Ibid*, pp. 30-35.

⁴² For instance, see the policy paper from south west Germany, AfD Baden Wuerttemberg eds. “Konzept zum Umgang mit Schutzsuchenden,” n.d.

<https://afd-fraktion-bw.de/aktuell/505/AfD-fraktion+stellt+Konzept+zum+Umgang+mit+schutzsuchenden+Fl%C3%BChtlingen+vor+%E2%80%9AFit4Return%E2%80%98>

*Basic Law must be amended in such a form that excludes at all times any threat to the combat effectiveness of the Bundeswehr*⁴³.”

These lines are at once symbolic of the tactical and operational levels of war shoving aside defense decision making in its accepted civil military form. This idea also embodies the procurement of military materiel chafing at the domestic politics of budgets and the guns or butter issues in which, quite often, domestic politics prefers social welfare to military combat power.

But these passages are also from another, darker time, the period of Seeckt and Gessler in the epoch from 1921 until 1926, or of Tirpitz and those in the Reichstag of the imperial period who vainly tried to use the power of the purse in the legislative as elsewhere in Western Europe to no good effect. These ideas also echo such tracts as *Vom Sinn des Soldatenseins*⁴⁴ in the DDR in which combat power of the socialist type within military science in the Warsaw Pact stood at the center of military ethos. Such a statement from a political party that also prides itself on its conservatism and embodiment of middle class virtue in German political culture grandly kicks the props out from the decades of successful parliamentary control of the armed forces. These measures for better or worse have been central to the efficacy of democracy in Germany and to the relative success of the Bundeswehr as a feature of German government for quite some time. Such civil-military practices based on civilian oversight and a division of constitutional powers, one hardly needs add, are central to NATO, as well.

Staff officers habituated to the operational and tactical level of military service and operations in its narrow dimension can well be dissatisfied with this perceived lack of combat effectiveness. Such officers and civilians who imagine that they, too, are officers quite generally are perpetually dissatisfied with the level of forces, if one is at home in the record of these things in the past and present. No one can seriously deny that the security regime from 1990 until 2014 led for various reasons unremarked in this paper to a reduction in force and to a loss of the capacity to deter, to fight and to win on a continental European battlefield in its customary sense. In a way, the insistence in this paper--written by men with service in the 1980s—who recall a big, powerful German

⁴³ *Streitkraft Bundeswehr*, pp. 36-42.

⁴⁴ Autorengruppe, *Vom Sinn des Soldatenseins. Ein Ratgeber für den Soldaten* (Deutscher Militärverlag, Berlin (Ost): 1987).

army is akin to the nostalgia for the DM, i.e. a nostalgia for the Bundeswehr as it had matured in the decades from its difficult foundation in the 1950s.

But this reification of combat effectiveness as the highest end in itself cuts seriously against the grain of what the parliament and military have done with the Bundeswehr or its predecessor of an FRG contribution to the EVG since about 1951. Naturally an army must be able to fight, and the political means (i.e. legislation, budget, procurement, and the general formulation of policy via civilian oversight in the executive and legislative) has never been exceptionally tidy in the minds of those officers for whom the principles of war or the eternal truths of the battlefield are somehow abstracted into the realm of the ideal.

One does understate the thing to suggest that such martial wording about the role of soldiers in national life wreathed in the garlands of military glory and battlefield determination had not appeared in the policy papers of the establishment parties in the decades since the end of the cold war; or if it did, such passages were more to have been found in the hate-the-Bundeswehr propaganda of the NVA which could be found in the vitrines of the military museum in Dresden, but surely not in contemporary statements by leading parties. The most recent white papers on defense of the years 1994, 2006, and 2016 gave pride of place in the opening pages to the complex, but no less utterly essential security architecture and defense strategy that impinges on German statecraft, and the posture of the armed forces usually is located well in the core of the documents, but neither in the kind of position nor in the Wochenschau bombast as chosen by the AfD defense experts. Much of military theory, of course, is concerned with the nature of command, and a great deal of command in the past and present rests in the hands of generals, men and women with gold stars on their shoulder boards and the present day version of the Larische Stickerei on their collars. Field exercises and campaigns generally begin as summer turns to fall. This generalization applies to this paper as Clausewitz reminds his readers then and now about the role of chance, the character and intellect of those in command and those who fight, and the always central role of enmity and hatred.

A Remarkable Trinity of Men with Gold Stars: Zudrop, Wundrak and Wittmann – German Generals debate their Profession

The prospect of the *Soldatenpartei* in the summer of 2019 showed itself beyond the pages of the party policy paper in the halls of parliament in the wider circle of soldiers in service and in civil society where character and intellect, as well as chance, enmity and hatred can easily be found. The focus shifted to the armed forces educational establishment and to regional politics. The debate lurched into the political realm of ex-soldiers in open debate about their profession relative to constitutions and a professional code of arms in a society skeptical about the centrality of combat power as the highest end of policy. In former times German soldiers unfolded a lively debate about the political aspect of their calling amid civilians who are either pro military or, more likely, contra military or simply indifferent⁴⁵. This capacity for public debate, as breathtaking as it might be for the uninitiated from outside the ranks of the Bundeswehr⁴⁶, is a case study of the question at hand. In another more enlightened time decades ago, such deliberation was a central feature of *Innere Führung*, as well as the integration of German soldiers into the texture of democracy in the FRG of the classical period. In the summer months of 2019 in which the claim of the AfD to speak for the disenfranchised German soldier emerged in tangible form in parliament and elsewhere, this political process led to a compelling public exchange among three German flag officers, two of whom are known to this author and a third who further exemplified the idea of a nationalistically inclined German senior officer in politics, albeit rather briefly.

This exchange of blows erupted at the end of June 2019 in a series of events that were or were not connected firstly to the general phenomenon of the fading Merkel grand coalition and the adjustment within the CDU leadership (i.e. Annette Kramp Karrenbauer, Friedrich Merz and others) to the twilight of the chancellorship, whose most recent cabinet was the product of great travail.

⁴⁵ Donald Abenheim, *Bundeswehr und Tradition*, (Oldenbourg, München: 1989) pp. 165-213; Donald Abenheim and Uwe Hartmann, *Einführung in die Tradition der Bundeswehr* (Miles, Berlin: 2019) pp. 40-136.

⁴⁶ The author has taught graduate civil military relations seminars to an international group of students in the US and Europe since the 1980s for whom features of Federal German civil military practice are at times a shock when compared either to the US or to other nations. See Center for Civil Military Relations/Institute for Security Governance at the Naval Postgraduate School, Monterey, California, <https://my.nps.edu/web/ccmr>.

This process unfolded amid the musical chairs of these new figures at the head in the customary struggles of leadership and notoriety. Kramp Karrenbauer had emerged dominant and Merz fell to second place. Finally, one can speculate that as the struggle for power in the CDU operated, copies of the AfD defense manifesto had made their way into the hands of the chattering classes and those who pay attention to the politics of soldiers and police.

These factors prompted one of the shining lights of the CDU in its more right of center posture, Friedrich Merz---a protégée of the grand old figure of the party Wolfgang Schäuble---to question in an interview with *Bild am Sonntag* the state of civil military relations and party politics. The headline read: “Do soldiers and police feel themselves only to be understood by the AfD?⁴⁷” Merz spoke of a “loss of trust” among soldiers and police towards the Christian Democrats and their Bavarian brethren. Namely, “we are losing part of the Bundeswehr to the AfD. We are losing parts of the police to the AfD⁴⁸.” By dint of his own conversations with those in uniform, Merz “knew how many of these persons feel abandoned by their superiors.”⁴⁹ The comment embodied a not at all veiled swipe at von der Leyen and the Minister of the Interior, the CSU figure, Horst Seehofer, whom Merz was attempting to outmaneuver on the right—a practice that Sebastian Kurz in Austria had done with good effect in the year prior vis a vis the radical right wing FPÖ until the latter party self-destructed with a big bang originating on the Island of Ibiza.

This article in the *Bild Zeitung* landed squarely in the headlines of the other newspapers and television as well as social media. Within a couple of days in later June, the authors of *Junge Freiheit*, a newspaper of a very different type than *Bild*, sent up key statements of the AfD military paper supported by martial calls for military power and German national pride.⁵⁰ The AfD paper on

⁴⁷ Franz Solms-Laubach et al. “Fühlen sich wirklich immer mehr Soldaten und Polizisten nur noch von der AfD verstanden?” *Bild Zeitung*, 23 June 2019 <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/friedrich-merz-cdu-warum-sagen-sie-nicht-dass-sie-sich-kanzler-zutrauen-62799766>.

⁴⁸ Franz Solms-Laubach et al. “Fühlen sich...,” *Bild* 23 June 2019.

⁴⁹ *ibid.*

⁵⁰ N.a. “Verteidigungspolitik: AfD stellt Forderungskatalog für Bundeswehrreform vor,” *Junge Freiheit* 27 June 2019 <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2019/afd-stellt-forderungskatalog-fuer-bundeswehrreform-vor>.

the face of battle, itself, then hit the press in general after 26 June⁵¹. The contents of this document have been excerpted above, and do not require much further elucidation, since the issue at hand is how this manifesto then ricocheted especially among senior officers. The imperative of combat power as the pivot of civil military relations echoed like the impact of a barrage.

This impact certainly rebounded, first in a place where such debate has long belonged: on the heights above the Rhine, Mosel, and at the edge of the Westwald at the Zentrum Innere Fuehrung in Koblenz. This locale symbolizes where so much of the issues of the soldier, state, society, tradition, and mission have been hashed out since the place went into business impossibly long ago in 1956. The day after the *Bild* article, according to the complaint then made by the AfD senior defense parliamentarian Lucassen in his letter to the defense minister of August of 2019⁵², the commander of the Zentrum Innere Führung, MG Rainer Zudrop, had violated the tenets of the soldier's code to adhere to be apolitical and should be suspended from further service.

On the 24th of June, the commander had called together his staff for a professional development session⁵³ in which Zudrop made reference to the Merz article. He offered that his comments embodied his own personal opinion as to how the headlines had irritated him. For his own part, he could not himself vote for the AfD, despite the fact that the nationalist party had been properly elected into national parliament by open and fair elections. The reason for his personal negative opinion rested in the extreme right wing statements of the so-called "Fluegel," i.e. the Bjoern Hoecke extremist group, whose dog whistle

N.a. "Bundeswehr-Strategiepapier: AfD fordert Wehrpflicht und Konzentration auf die Nato," *Die Zeit*, 27 June 2019 <https://www.zeit.de/news/2019-06/27/afd-fordert-wehrpflicht-und-konzentration-auf-die-nato-190627-99-818197>.

⁵¹ See note 49.

⁵² See Lucassen site on Twitter,

https://twitter.com/mdb_lucassen/status/1162272346826108928?lang=en; Markus Wehner, "Kompanie stillgestanden, die Augen rechts," *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 16 August 2019 <https://www.faz.net/aktuell/politik/darf-ein-bundeswehroffizier-vor-der-wahl-der-afd-warnen-16336914.html>.

⁵³ n.a. "Bundeswehr: AfD verlangt Absetzung von Bundeswehr-Offizier," *Die Zeit* 15 August 2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-08/bundeswehr-generalmajor-afd-suspendierung-forderung>, n.a. "Eingabe an Wehrbeauftragten wegen Generalmajor Zudrop. Bundeswehr-Dienststelle weist Suspendierungs-Forderung der AfD zurück," *Der Spiegel* 16 August 2019, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-afd-fordert-suspendierung-von-generalmajor-a-1282168.html>.

tactic of taboo smashing and then denial of doing so relative to neo Nazi buzz words had become a fixture of the political landscape. Zudrop recommended to his listeners that they engage in a critical exchange with the elements of the political program of the AfD despite the claims in party texts to uphold *Innere Führung* and to celebrate the principle of the *Staatsbuerger in Uniform*. Zudrop's statement implied, it seems, also a critique of the combat power paper. In doing so, certain of his listeners took quick umbrage to his comments, a fact that then was to emerge in public a few weeks later and which is interpreted once the march of time through July unfolded in the pages that follow in this study. Not without coincidence, the same day on which the AfD finished the draft of their political manifesto, 26 June 2019, the Bundeswehr Chief of Defense, General Eberhard Zorn⁵⁴ published a letter to commanders on the theme of extremism. He warned that commanders had to be particularly alert to the manner in which extremism and especially hatred of Jews has camouflaged itself in social media for a new epoch of intolerance and violence. Zorn reminded all that the highest priority rested on the maintenance of the soldier's oath to the constitution and the swift recognition of these extremist tendencies especially among young troops.

The days that followed in swift succession saw on 3 July 2019 the sudden announcement that Defense Minister Dr. Ursula von der Leyen, the AfD's favorite scapegoat, would presently leave the Ministry of Defense to become President of the European Commission. Here was a Merkel coup de main that manifests her ongoing power to lead as a significant feature of her long chancellorship. The move also signified her ongoing adherence to her corps of leading women in the highest echelons of the CDU. These persons are subjected to an unrelenting barrage of misogynist criticism especially from the radical right, despite the chancellor having stepped down from the leadership of the CDU and announcing the end of her parliamentary role with the culmination of her chancellorship in 2021. After a hiatus of several days in which various names from the CDU (Jens Spahn) and CSU (Joachim Herrmann) were tossed around, on 16 July 2019 Merkel chose Annette Kramp-Karrenbauer (who had at first stated she had no interest in the office), the new head of the CDU, the former Minister President of Saarland, and a figure who had had a career in

⁵⁴ Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, "Rechtsextremismus nach Staatssekretaer Hoofe," 26 June 2019, document consulted by the author.

public life not unlike von der Leyen to replace the former in the Bandlerblock⁵⁵.

This move then unleashed a tweet storm in social media as well as lectern pounding in parliament by the AfD spokesman in the defense committee Lucassen⁵⁶, who commented at the time of Kramp-Karrenbauer's swearing in on 24 July 2019 that the CDU had merely used the defense ministry for a decade and a half as a "quarry," to extract treasure in order to assure their hold on power. Christian Democrats, in Lucassen's view merely see the defense ministry as a "trainee position" in which former provincial political figures and especially family ministers cynically take advantage of this challenging ministerial portfolio as a stepping-stone to the chancellorship⁵⁷. This blast in the Bundestag had been preceded from the banks of the Rhine, however, where the AfD chief figure in the diet at Mainz, the retired Lieutenant Colonel and the AfD chief of the parliamentary Lt Col (ret) Uwe Junge shot past the guidelines of democratic civil military custom. In his social media barrage, he demanded that there should unfold a "revolt of the generals" in protest against Kamp-Karrenbauer, because, she was poorly qualified--the canard used against von der Leyen. On social media Junge proclaimed "If this is the best personage from the old parties for one of the most important offices of our nation, then it says a lot about the condition of our country! When will the generals revolt?"⁵⁸

The use of the word "revolt" in a political culture raised on the 20th of July 1944, to say nothing of the pantheon of the pre-1945 heroes of the Bundeswehr, prompted those who little admired Junge's flair with language to reply "in a banana republic, which we will probably have with an AfD government,

⁵⁵ N.a. "Berlin spielt verrückt AKK wird Verteidigungsministerin - nicht Spahn," *Focus* 17 July 2019 https://www.focus.de/politik/doch-nicht-spahn-angeblich-wird-kramp-karrenbauer-neue-verteidigungsministerin_id_10932666.html.

⁵⁶ ee debate in parliament on the occasion of the swearing in of Annette Kramp Karrenbauer on 24 July 2019, "Plenar Protokoll 19/109 Bundestag Stenographischer Bericht, 109 Sitzung, Berlin, Mittwoch, 24 Juli 2019," pp. 13501-13524. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19109.pdf>.

⁵⁷ *ibid*, p. 13507

⁵⁸ See Uwe Junge's statement https://twitter.com/Uwe_Junge_MdL; Lorenz Hemicker, "Shitstorm des Tages : Ein 'Aufstand der Generale' als Rohrkrepierer," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17 July 2019 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-uwe-junge-gegen-die-neue-verteidigungsministerin-akk-16289612.html>.

military putsches would likely be the order of the day.”⁵⁹ A leading social democratic parliamentarian in Mainz, Martin Haller, asked whether Junge was advocating a coup by soldiers, in which case, if a person made this statement as a member of the Bundeswehr, they would have maximally distanced themselves from the values and norms which troops must live by each day and in turn defend⁶⁰.

In late July the tempest about the AfD among figures with stars of gold and silver shifted from Koblenz and Mainz to Hannover⁶¹. There the local AfD party faction announced to the surprise of many in Lower Saxony and beyond that the former head of the air force operational command, Lieutenant General Joachim Wundrak, would run for the office of mayor of Hannover. The ex-general had long been an adherent of the Helmut Schmidt wing of the SPD until 2008, the leftward swing of this party compelled him to join the CDU, which he apparently left in disappointment in the year 2014, that is, before the onset of the refugee crisis. The AfD colleagues made much of Wundrak’s excellent service, not the least in overseas security building missions and in the command of air transport relief operations far and wide.

Wundrak told his admirers in the party that he saw his role chiefly in the re-establishment of “internal security,” which included putting an end to the neglect and abuse of municipal space, as well as affordable housing for families with children, together with a sensible budget policy⁶². The Hannoverian AfD especially praised the general’s senior leadership roles in the Ministry of Defense, buttressed by his service in security building missions in Europe and beyond.

This AfD admirer of Wundrak poorly realized a fact that should be ascertained here in an analysis of democratic civil military relations in Germany or elsewhere, say, in this author’s native United States. Namely, that such praise in the

⁵⁹ N.a. “AfD-Politiker Uwe Junge fordert ‘Aufstand der Generäle’ wegen AKK, “ *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 17 July 2019 <https://www.waz.de/politik/landespolitik/>.

⁶⁰ N.a. „AfD: Uwe Junge sorgt mit Tweet für Wirbel – Putschaufruf?“ *Berliner Morgenpost*, 17 July 2019.

<https://www.morgenpost.de/politik/article226511695/Wegen-AKK-AfD-Politiker-fordert-Aufstand-der-Generaele.html>.

⁶¹ N.a. Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak wird OB Kandidat der AfD,” *Hannoversche Allgemeine* 25 July 2019. <https://www.haz.de/Hannover/Oberbuergermeister-Wahl-in-Hannover-AfD-benennt-Joachim-Wundrak-als-Kandidaten>.

⁶² *ibid.*

setting of provincial politics pivoting on the term “internal security,” betrayed the civil military fusion worked by irregular warfare on democratic civil military relations; that is, soldiers from counter insurgency combat inevitably return home to take a role in domestic politics which seldom benefits certain constitutional principles as the cases of Algeria in the 1950s and Northern Ireland in the 1970s so ably illustrate.

Within days of the Wundrak candidacy, a rejoinder came in the form of an open letter by another ex-general in the editorial columns of leading newspapers. The author derived from the ranks of retired generals, Brigadier General (ret) Dr. Klaus Wittmann.⁶³ The former general is a fellow at the Aspen Institute, former head of curriculum at the Hamburg Command and Staff Academy and the author of key documents in the transition of NATO from its cold war posture to its 1990s adaptation. With advanced graduate education in the humanities to boot, Wittmann identified with the classic tenets *Innere Führung*. His expertise in defense policy and the tenets of the soldier’s profession are seldom found in serving and retired officers or German citizens of any kind.

Wittmann’s letter took to task such a senior retired general officer making common cause with the AfD and, in the second instance, Wittmann deconstructed key statements in the *Streitkraft Bundeswehr* document as others in the press had been less able to do with any authority. He posed the question in public in relation to Wundrak’s statement that he had kept his AfD membership secret for part of his service at the highest echelons of the German air force because he feared “reprisals,” which Wittmann wondered of what kind would such measures take, especially for a three star general other than the forfeiture of the grand tattoo upon retirement?

Just as Lucassen⁶⁴ demanded that Zudrop be suspended from service for his professional development session in Koblenz as a violation of the *Soldatengesetz*,

⁶³ Dr. Klaus Wittmann, Berlin, „Offener Brief an den Hoffnungsträger der AfD, Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak,” 9 August 2019, document consulted by the author. See also: Lorenz Hemicker, „Bundeswehr-General teilt gegen AfD-Politiker Wundrak aus,” *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13 August 2019.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-general-teilt-gegen-afd-politiker-wundrak-aus-16331255.html> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-general-teilt-gegen-afd-politiker-wundrak-aus-16331255.html>

⁶⁴ N.a. “Streit der Offiziere: AfD fordert aktiven Bundeswehr-General zu suspendieren,” *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15 August 2019.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-fordert-aktiven-bundeswehr-general-zu-suspendieren-16335074.html>

the legal guidelines for the soldier's apolitical service, Wittmann reminded Wundrak that, according to this parliamentary Soldier's Law dictates of a.) being apolitical as well as b.) exemplary in bearing as concerned being recalled to active duty, the ex general had better mind his business as concerns his own political views in public⁶⁵.

Wittmann's letter summed up the outstanding issues connected with the concept of a *Soldatenpartei* and embodied a concise, skeptical reading of the AfD combat power manifesto. To be sure the fighting power of the Bundeswehr stood more or less nowhere in the municipal political agenda of the AfD in Hannover, but Wittmann then posed polemical questions to Wundrak and his comrades that went well beyond the ex-general's bland statements on public safety and good housing for families. Did Wundrak also endorse, for instance, the AfD demands for exclusive social privileges for soldiers in state and society? Wittmann commented that this demand recalled a debate of a half-century earlier when conservative German Army officers, who likely had an NPD connection, wrote an internal memo (the so called Schnez Study) that demanded the army reform a society entranced by the counter culture of 1968. Did the mayoral candidate also support the re-introduction of conscription as well as the demand for the use of soldier in a domestic role that broke with constitutional custom? Did Wundrak also endorse the so called "German leading military role in Europe," while dumping the common security and defense policy of the EU; but at the same time opting for a policy of détente with Russia via NATO without any mention of the fate of Crimea and the sovereignty of Ukraine in general? Did the general really want a Bundeswehr that could fight for twenty days of combat and win on its own all the while led by an "independent general staff?" Or did Wundrak also want to junk the 2018 tradition's document⁶⁶ that had appeared the year prior via a statement to the effect that each soldier could decide for themselves what is worthy of a valid heritage via the context of the time. That is, would he use the code words or dog's whistle more or less to celebrate the legacy of the Wehrmacht with a blind eye to National Socialism as exemplified by party chairman Gauland in his more outspoken moments about "bird shit and the German past?" Or did he want to

⁶⁵ Wittman letter, see note 62, p. 1-2.

⁶⁶ BMVg eds. „Die Tradition der Bundeswehr: Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege,” 28 March 2018.

<https://www.bmvg.de/resource/blob/23234/6a93123be919584d48e16c45a5d52c10/20180328-die-tradition-der-bundeswehr-data.pdf>.

scrap the parliamentary commissioner, as well; for that matter, Wittman asked rhetorically, did the general want to junk along with a system of military justice also the structure of defense civilians in a return to the *Wehrmachtsbeamten*? Per saldo, did the candidate for the Lord Mayor of Hannover essentially turf out the constitutional amendments and defense legislation of the 1950s upon which the Bundeswehr was constructed? Wittmann dismissed the promise of a figure like Wundrak truly to restore conservative values, because of the impact of the radical right wing on the character of the party that put the lie to the claim of a pillar of conservative and middle class values.

For the next several weeks of high summer, defense oriented figures in the AfD went on the attack in the arena of civil military relations. In the wake of von der Leyen's departure from the Bendlerblock in the Tiergarten for Berlaymont in Brussels and in reaction to the Zudrop incident at Koblenz in June, Lucassen sent an angry letter in early August⁶⁷ denouncing the incident of the Commander of the Zentrum Innere Führung to the new defense minister, to the Parliamentary Defense Commissioner, and to the defense committee of which he was a prominent member. Claiming that he was acting as a result by a protest of a party member who had been present in the Koblenz meeting in June, this letter accused Zudrop of a violation of the political neutrality clauses of the Soldier's Law⁶⁸ (a core document of *Innere Führung* enacted in the defense legislative reforms of the mid 1950s) with the assertion that general's partisan comments to his staff violated the apolitical imperative and set a bad example of command to troops. For this offense the BMVg should suspend him from further service. Lucassen's letter of damnation to the higher authorities⁶⁹ was penned in the best style of pettifogging military discipline as found in Hans Helmut Kirst's *08/15 in der Heimat*, but such a phenomenon in 2019 is foreign to a public with no knowledge of life at arms.

But then as swiftly as it began in the heat of July and August, the attack petered out as this seasonal debate among generals became lost in the darkness of fall;

⁶⁷ N.a. "Streit der Offiziere: AfD fordert aktiven Bundeswehr-General zu suspendieren," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15 August 2019.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-fordert-aktiven-bundeswehr-general-zu-suspendieren-16335074.html>

⁶⁸ The Soldier's Law is: Soldatengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 4. August 2019 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist. <https://www.gesetze-im-internet.de/sg/SG.pdf>.

⁶⁹ See note. 66.

the interplay of character, intellect, chance, enmity and hatred, as Clausewitz recalls, reached and passed a culmination point of some kind because of the frictions in civil military relations and society in general. The AfD declaration of soldierly principles went missing in the general public outcry about the impact of global warming and the ground truths of social welfare for an aging and fussy population that has or has not profited from globalization. The prospect of a recession amid the onset of the US-Chinese trade war and its knock on effects in a deteriorating system of global trade and security as well as the capital that the AfD might extract from the disenfranchised owner of a laid up Euro 5 diesel vehicle bulked more than the prospect of new armored battalions on the firing tables at Bergen-Hohne wrapped in the Panzerlied. No theme in the civic square could withstand the children's crusade against fossil fuels, diesel engines, and greenhouse gases, to say nothing of the social media onslaught on enlightened and age of reason constitutional checks and balances and a political culture of sanity in debate that was going down a digital hell hole worthy of Brueghel's paintings.

Lucassen's August foray to the Parliamentary Commissioner to denounce Zudrop at odds with Soldier's Law got no traction in the MOD in the weeks that followed. Telling enough about combat power and civil military fusion, the voters in Hannover in October 2019 put a swift and embarrassing end to the air force's general's aspirations to a career connected with internal security in the Lower Saxon metropole. He only got 5% of the vote on October 2019, well below what his younger AfD comrades were doing in such places as Thuringia and Saxony. The citizens on the Leine denied Wundrak the career of Gerhard Schröder or the favorite scape goat of the AfD in defense matters, Ursula von der Leyen. The golden stars have less shine there than they do, say, in Moscow or Washington, and this fact endures despite the demand in the combat power manifesto for a return to former soldierly imperatives.

Conclusion: Why not a Soldier's Party?

With the foregoing in mind, why should not a German political party in the 21st century grow into the home for soldiers, police, and security officials who have become disillusioned with what they deem to be the obtuse policy of the Merkel government?⁷⁰ Do not the German democratic civil-military relations

⁷⁰ See: AfD Fraktion, Bundestag, ed. "Lucassen: Fünfter Wehrbericht seit Amtsantritt von der Leyen dokumentiert systematisches Versagen der Ministerin", 30 January 2019;

of the present require such an innovation, where the German soldier has blundered into the role of laughing stock of certain sectors of the international press, to say nothing of the burden sharing ranting of the incumbent in the White House? Why should not a nationalist party revive the prestige of the German soldier and make his or her fighting power a central tenet of policy to assure national survival especially when the audience of such a demand is young men and women, some of whom who have served at arms, and who receive indifference and scorn at home whereas others with whom they have served, say, in the NATO ISAF in Afghanistan or with EU missions in West Africa are showered with honors? The answer at one level is simple that a political party that upholds the heritage and practice of constitutional principles and the record of democratic civil military relations surely offers a home to soldiers in their role as citizens in uniform. But the answer in the year 2019 is not this simple, unfortunately. In fact, this answer is anything but simple, and the answer is to be found in many quarters of the past and present as these forces manifest themselves in the political role of German soldiers. These quarters are those of: a.) civil-military fusion, b.) the toxic re-appearance of political violence as a feature of domestic politics and c.) the anti-liberal (i.e. illiberal) trend in central European politics and the security sector.

As pertains to civil military fusion, one phenomenon of combat by armed forces of a democracy in battlefields far from home that is of Europeans fighting in Africa or Asia is an exaggerated military tactical dogma in domestic politics⁷¹. That is, the nature of such conflict debases civilian authority in the direction of military effort to the pole of tactical exigency at all times, with the attendant blow back of irregular war in domestic politics. This fact has been scarcely acknowledged in the party landscape of today's Berlin Republic other than in highly abstract form in the wake of the refugee crisis, but the phenomenon of civil military fusion is manifest firstly in the politicized and partisan use of military virtue and honor as a feature of domestic politics, i.e. the claim the military professionalism surpasses over civil virtues in the working of government in the face of a turbulent society. In the second instance, there looms

<https://www.afdbundestag.de/lucassen-fuenfter-wehrbericht-seit-amtsantritt-von-der-leyen-dokumentiert-systematisches-versagen-der-ministerin/>.

⁷¹ On civil-military fusion in counter-insurgency, see: Hew Strachan, *Politics of the British Army*, (Oxford UP, Oxford/New York: 1997); Douglas Porch, *Counterinsurgency: Exposing the Myths of the New Way of War* (Cambridge UP, Cambridge: 2013); Andrew Bacevich, *America's War for the Greater Middle East: A Military History* (Random House, New York: 2016).

the party platform plank of a so called German “national guard⁷²,” which would also bust constitutional and legal norms governing military support to civil authority in crisis. Such a constabulary role/paramilitary potential in domestic politics plunges the blade into an old wound of German domestic life, but also breaks taboos about constitutional limits on the Bundeswehr since its creation. It also exercises memories of the debate of a half century ago on the so called Emergency Laws in the early consolidation of the Bundeswehr in the revolt of the 1960s. The example of how the Austrian radical right wing of Herbert Kickl’s FPÖ has politically abused the security sector, to include the armed forces, in the refugee crisis since 2015 is noteworthy in this regard, but also receives little comment in the German press or among expert analysis of defense affairs amid a crisis of democratic statecraft.

The above is scarcely a theoretical abstraction, but the result of decades of intense contact with this author’s students and colleagues. This author’s students tend to be young men and women whose political world has been bracketed by the 11 September 2001 terrorist attacks and the caesura of the 2008 world financial crisis and, since 2014, the return of great power conflict, mass migration, the digital rupture of society and politics, the revival of a kind of nationalism thought to be extinct in the western European democracies, to say nothing of the maritime democracies. The attitudes of such persons to the constitutional role of soldiers in domestic politics and the emphasis on a role and mission for soldiers that is subordinate to democratic civilian control have been degraded by decades of counter insurgency combat far from home. This process is the postmodern syndrome of the “lost column,” whereby colonial soldiers see themselves as abandoned by the metropole and thus radicalized in political affairs. Nor can such soldiers, as a rule, immunize themselves from the ever more extreme impact of domestic politics which abandons the norms of civility and shared purpose and collapses into the rancor and vitriol as seen in the parliamentary conflicts in either pre 1914 Central Europe, but especially in the inter war period which saw democracy expunged by totalitarianism in the period 1919-1939.

The validity of a political party as a home for soldiers is not exhausted in the question of civil military fusion as a dominant feature of contemporary civil military relations among the democracies that have waged war against jihadists and terrorists for nearly two decades and its blow back amid renationalization

⁷² AfD eds. *Streitkraft Deutschland* pp. 32-35.

and a reordering of the domestic and international political order. Here is the second truth that forms an answer to the ambition of the AfD to mobilize the political power of soldiers in government. This second truth is much more tangible than the arcane writings of defense experts: political violence from a radical right wing or neo Nazi substrate which does or does not intrude into the administration of government and the security sector. Space has precluded an examination of the phenomenon of dissident right wing terrorists and their presence in the security sector, but the appearance of this problem in Germany is cause for concern.

The AfD in general offers the citizens of Germany, Europe and beyond a view of politics that embodies contradictions, which those in this party who sincerely mean to adhere to the German Basic Law have as their own enlightened self-interest to resolve. These contradictions are comprised of the meaning of a conservative party within the frame of the Basic Law and the parliamentary practice relative to the soldier in the FRG since about 1950 versus a series of ambivalent or even hostile statements of military policy that have rattled around in the German right wing fringe from the very beginning of the FRG; that is, statements of policy that nourish a wrongheaded nostalgia for the dynastic and estate based military order and which turn a blind eye to the success of democratic civil military relations in the FRG. These contradictions are manifest when one pulls away from certain policy statements to see the state of political culture generally.

That is, if, indeed, this party truly wishes to address the needs of soldiers in German domestic politics, then the legislative work of the party should cleave to sober effort to the benefit of defense matters. This work should be measured against the other leading democracies with which Germans wish to calculate their statecraft. To the extent that this serious and reasoned legislation and oppositional partisanship for the legitimate interests of military affairs also compels the established parties to do more for national defense, the work of the AfD is not without merit, albeit the style and form of certain of its partisans in the legislature is over the line of decorum. These histrionics do little to improve the lot of soldiers in the end. In fact, there is surely a place for ex-soldiers as partisans to have a say in the life of parliament and elsewhere to advance the legislative agenda of the military as an interest group in a democracy. The new minister's effort to enhance the interests of her soldiers and their high command in public debate can surely be said to derive itself in part from the agitation of the AfD soldier's lobby, even in indirect fashion.

The contradictions, however, remain and they become predominant when one looks carefully at the deterioration of the leading democracies not only in Germany, but also elsewhere against the generalized prospect of integral nationalism engendering political violence. One has to keep in mind that *Innere Fuehrung* in its best sense addresses the cosmos of civil military relations in Germany, especially in its pluralistic aspect--as painful as this reality often is for the soldier who sees the primacy of the battlefield as the lode star of military professionalism and little else. For instance, the AfD combat power paper reduces *Innere Fuehrung* chiefly to *Auftragstaktik*, which is, indeed, part of *Innere Fuehrung*, but surely not its totality. This statement is an old error with an overemphasis on the tactical level that even vexed Scharnhorst and Clausewitz in their day. The question of a soldier's party highlights what is another old dilemma, namely the role of the citizen as a soldier and the degree to which a citizen in uniform defends democracy and also makes use of its freedoms. The advent of the AfD paper and the duel of the gold stars in the summer of 2019 have compelled soldiers to reflect about their profession. If, however, the corps of parliamentarians, defense civilians, and generals other than Zudrop, Wundrak, and Wittmann respond to this process with the resentful silence which has been so promiscuous in the last twenty years, this muteness can easily be characterized by observers of the soldierly profession in Germany as quiet assent to the AfD. Zudrop is right, then, that in and around the Bundeswehr there should be a general debate about what the AfD proposes in the name of German soldiers and fighting power. The AfD position on security and defense policy, as well as their conception of the heritage and customs of the German soldier in the past and present, all the implications of these issues for German democratic civil military relations point towards civil-military fusion and the tyranny of legends and myths amid a period of significant upheaval in the EU and the transatlantic Alliance. Sad to say, however, that the neglect of these themes in favor of efficiency and effectiveness in austerity over the past twenty years have gutted the level of civic education in the Bundeswehr and, in turn, harmed combat power.

In the final analysis, General Wittmann's critique of General Wundrak's brief foray into politics in Lower Saxony appears to this author to have the greatest validity for the issue of a nationalist Soldatenpartei and contemporary Central Europe. The constitutional mission of the Bundeswehr for national defense has enduring merit, but one cannot reduce this postulate simply to the centrality of armed forces in the state and the imperative solely of combat power as

the highest political end. Needless to say, German politics in the last generation has assigned non-military goals a higher value in the life of parliament and downgraded military power. This policy made sense in international and domestic terms for a while, but this chapter of untrammled civil power has now come to a resounding end, a fact lost on most Germans. The AfD is correct that military organizations, fighting power and armaments have reasserted themselves in Europe and around Europe to a degree that overturns the comfortable common places of civil power after 1989. At the same time, the rupture of the character and intellect of certain political and politicized general officers in the limelight in, say, the United States of the last decade (David Petraeus, Stanley McChrystal, H.R. McMaster, James Mattis, and John Kelly) render the AfD emphasis on officers in politics a cautionary tale for those Germans enamored of combat power as superior to civic virtue. The public humiliation of the ex-officers Uwe Junge und Georg Pazderski by the radical right wing of the AfD at the December 2019 party congress signifies an echo of the foregoing. The upswing of political murder as well as the shadow existence of right wing radicals in the ranks of the security sector place a double requirement on anyone of whatever political stripe to uphold key constitutional and civil military principles that have availed the FRG quite a bit. A weakening of this democratic civil military heritage will result, in the end, in little combat power and much misery and darkness in all seasons of years to come.

V Dokumentation

Innere Führung und deutsches Soldatentum im 21. Jahrhundert

Peter Tauber

Teil der eigenen Geschichte der Bundeswehr ist die Innere Führung. Mit ihr wollten die Gründerväter der Bundeswehr eine neue Form der militärischen „Führungskultur“ etablieren. Die Innere Führung stand dabei immer vor der Herausforderung, gesellschaftliche Veränderungen zu adaptieren, wie zum Beispiel die Öffnung der Streitkräfte für Frauen, und zugleich unter Beweis zu stellen, dass sie in einer schrumpfenden oder wachsenden, in der Wehrpflicht wie der Freiwilligenarmee, im Einsatz und der Landesverteidigung „funktioniert“. Zweifel daran gab es immer wieder. Gleichwohl hat sie sich in wechselvollen Zeiten immer wieder bewährt. Wie kommt das eigentlich? Worauf gründet sich die Innere Führung? Es lohnt angesichts des 60. Jubiläums des Beirats für Fragen der Inneren Führung bei der Bundesministerin der Verteidigung ein Blick auf die Gedankenwelt der Begründer der Inneren Führung und ihre immaterielle Grundlage. Dabei treten wichtige Erkenntnisse zutage und es zeigt sich, dass die Ideen der Inneren Führung auch im 21. Jahrhundert tragen können, weil sie auf zeitlosen Werten deutschen Soldatentums gründen.

„Militärisches Führertum beruht nicht auf rationalem Kalkül, spezialisiertem Fachwissen und technischer Routine, sondern auf hoher Geistigkeit, vereint mit Charakter und Seelenstärke.“

Dieser Satz – wenngleich älter, er stammt von Clausewitz – beschreibt, wie ich finde, sehr gut, was das Ziel der Inneren Führung bis heute ist. Das Ziel ist „ein freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat“.

Die wenigsten Menschen sind das von sich aus. Wir sind geprägt durch Erfahrung, durch Erziehung, durch Bildung und Ausbildung. Das macht uns als Menschen neben unserem eigenen Charakter, unserer Individualität aus. Im Soldaten den Einzelnen zu sehen und zu fragen, in welchem Umfeld er sein vor allem geistiges Rüstzeug erwirbt, das war und ist der wesentliche Gedanke der Inneren Führung. So soll nicht nur der militärische Führer befähigt werden, sondern im Denken aller Soldatinnen und Soldaten Normen und Werte verankert werden, die es ermöglichen den Auftrag zu erfüllen und im Kampf zu bestehen, denn darum geht es am Ende auch in der Inneren Führung.

Verteidigungsminister Hans Apel hat das zusammengefasst, was den Soldaten der Bundeswehr ausmachen muss: „Soldatische Pflichterfüllung und militärische Tüchtigkeit sind nicht zu trennen von den politischen Zielen, denen sie dienen.“ Um es in eine aktuelle Debatte zu übersetzen: Wer Reichsbürger ist, der kann eben nicht Soldat der Bundeswehr sein. Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, versinnbildlicht durch die deutschen Farben, ist zwingend geboten und Grundvoraussetzung für treues Dienen.

Doch wie kann man einer Armee – aufgebaut auf Befehl und Gehorsam als unerlässliches Prinzip militärischen Handelns – vermitteln, dass sie Demokratie, Aufklärung, Freiheit und dem Recht verpflichtet ist? Das funktioniert nur, wenn diese Werte für den Soldaten und die Soldatin erfahrbar werden. Im Dienst.

Was sich heute als Herausforderung herausstellt, das war in seinen Anfängen nahezu unerhört und völlig neu. Vor 60 Jahren galt es, eine Armee in der Demokratie und eine Armee der Demokratie aufzubauen. Historische Vorbilder gab es keine. Die Bundeswehr ist bis heute die einzige Armee weltweit, die sich auf einer Negativtradition gründet, nämlich nicht so sein zu wollen wie die Wehrmacht. Wie schwierig dieser Anfang war, zeigt sich unter anderem darin, dass in der Planung lange von einer „neuen Wehrmacht“ die Rede war. Später war die Wahl der Sprache ein wichtiger Aspekt der Inneren Führung. Und bis heute ist sie Gegenstand von Diskussionen und bisweilen auch humorvoller Betrachtungen.

Ich halte es für einen wichtigen Punkt Innerer Führung, Dinge klar zu benennen. Es ist richtig, dass wir wieder von „Gefallenen“ sprechen, weil so die Gesellschaft versteht, dass die Umstände des Todes von Soldaten gewaltsam sind. Ob es uns gelingt, die notwendige gesellschaftliche Debatte zu erreichen, wenn wir über PESCO, VJTF23 oder FCAS sprechen, darf man getrost bezweifeln. Baudissin widmete der Sprache besonders viel Aufmerksamkeit. Wir sollten das heute aus unserer Sicht ebenfalls wieder stärker tun.

Doch noch einmal zurück zu den Umständen, aus denen heraus die Innere Führung gedanklich entstand. Die Bundeswehr war keine Kopie, keine Restauration. Etwas „grundlegend Neues“ sollte geschaffen werden. Doch was war die Motivation über die organisatorische Neuaufstellung einer Armee hinaus über das innere Gefüge, die Haltung, das Miteinander von Soldaten neu nachzudenken?

Wolf von Baudissin hat den Grund klar beschrieben: „Wir haben ernsthaft und redlich umzudenken und uns bewusst zu machen, dass der Soldat in allererster

Linie für die Erhaltung des Friedens eintreten soll; denn im Zeitalter des absoluten Krieges mit seinen eigengesetzlichen, alles vernichtenden Kräften gibt es kein politisches Ziel, welches mit kriegerischen Mitteln angestrebt werden darf und kann – außer der Verteidigung gegen einen das Leben und die Freiheit zerstörenden Angriff.“

Doch war das wirklich so unerhört neu? Oder auf welchen Werten und Ideen gründete, welcher Ideen beriefen sich er und die geistigen Väter der Inneren Führung?

Wie gesagt: Die Konzeption der Inneren Führung schuf den Typ des modernen Soldaten, der „freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich“, sein sollte. Dieser Anspruch ist zeitlos.

Doch was bedeutet das heute? Der moderne Soldat handelt nicht isoliert und losgelöst in einem „bezugsfreien Raum“. Sein Bezugsrahmen ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das Grundgesetz und die geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland. Er ist nicht nur der deutschen Nation verpflichtet, sondern auch der Staatsform, die sich die Deutschen 1949 gegeben haben: der Republik.

Die Innere Führung schuf also ein berufsethisches Ideal des verantwortlichen Soldaten, der sein Handeln an den Normen unseres Rechtsstaates orientiert. Er ist also nicht nur seinem Vorgesetzten verantwortlich, sondern es gibt eine Verantwortung die sich am Ende immer an den Maßstäben des Grundgesetzes und der darin niedergelegten Grundrechte messen lassen muss.

Davon ist klar zu unterscheiden der Soldat, der sich allein auf das militärische Handwerk konzentriert. Das ist nicht der Anspruch, den wir heute an die Frauen und Männer in Uniform stellen. Dieser ist höher. Der ehemalige Generalinspekteur Schneiderhahn hat es zugespitzt so formuliert: „Ein professioneller, hoch motiviert kämpfender Soldat ohne Bindung an unsere Werteordnung ist letztlich nichts anderes als ein Söldner.“

Wir verlangen also viel von unseren Soldatinnen und Soldaten, denn diese Bindung an unsere Werteordnung kann nicht befohlen werden. Man muss sie sich selbst erarbeiten oder anerkennen.

Hier gilt es daran zu erinnern: Die Innere Führung sollte nie ein bevormundendes Regelwerk sein. Es geht in der Tat um Selbsterziehung! Und das verlangt viel von den Soldatinnen und Soldaten. Manch einer möchte aufzeigen und widersprechen: Wie jetzt? Die Werteordnung ist für den Soldaten bindend, aber er muss sich selbst entsprechend erziehen? Eine klare Antwort: Ja! Frei-

lich muss der Dienstherr ihm dazu die Möglichkeit geben durch historische, politische und ethische Bildung oder auch die Pflege von Tradition.

Doch gilt das auch für das militärische Handwerk? Ausdrücklich ja! Noch einmal Baudissin: Das Ideal ist nicht der „hart erzogene“, sondern der „sich selbst hart erziehende“ Soldat. Die Innere Führung ist also nicht nur etwas für die gepflegte politische Diskussion auf Augenhöhe zwischen Hauptgefreitem und Stabsoffizier. Sie soll Werte und Normen vermitteln, die dem Soldaten die notwendige Härte und Kampfbereitschaft vermitteln und erlernen lassen, die er braucht, um den Kampf und das Gefecht nicht nur zu bestehen, sondern zu gewinnen.

Wer sich tiefer mit der Ideengeschichte der Inneren Führung beschäftigt, der wird feststellen: Die Väter der Inneren Führung – allen voran Baudissin – griffen auf Werte zurück, die weit vor den unseligen, unheilvollen Jahren des Nationalsozialismus gegründet sind.

Die ethische Fundierung des Soldatenberufs ist bei Baudissin christlich-protestantisch und preußisch begründet. Das ist nicht unproblematisch, bedenkt man, dass unsere Gesellschaft längst multireligiös ist und das historische Preußen uns ja meist eher verklärt oder diffamiert und selten so konkret begegnet wie in dem lesenswerten Buch über Preußen von Christopher Clark.

Wäre dieses Fundament also nicht Anlass genug, die Innere Führung kritisch zu hinterfragen? Baudissin war in Tat geprägt durch das christliche Menschenbild und ein Preußentum, das er so definierte: „Preußen, so schwer und unter so viel Verzicht erkämpft, ließ [...] eine spezielle Zuchtform entstehen [...]. Ihr besonderer Adel besteht darin, dass sie die Unterordnung unter das Ganze mit innerer Freiheit und Selbstverantwortlichkeit des Menschen verbindet und somit jeden Dienst in die höhere Ebene überzeugter Freiwilligkeit und damit unbegrenzter Opferwilligkeit erhebt.“

Genau dieses Ideal begegnet uns bis heute in der Inneren Führung. Und „überzeugte Freiwilligkeit“ als Motiv des Dienens ist ein wunderbarer Begriff. Wir finden genau diese Werte übrigens bei den Männern des 20. Juli, allen voran Henning von Tresckow, wieder. Er hat das damals in seinen Worten anlässlich der Konfirmation seiner Söhne wie folgt formuliert: „Wahres Preußentum heißt Synthese zwischen Bindung und Freiheit, zwischen selbstverständlicher Unterordnung und richtig verstandenem Herrentum, zwischen Stolz auf das Eigene und Verständnis für Anderes, zwischen Härte und Mitleid.“ Den Ausgleich, das richtige Maß und die Mitte zu suchen, das erkennt man in diesen Worten. Auch darum geht es eben in der Inneren Führung. Nicht jedem

wird bewusst sein, wie sehr die alten Preußen in ihrem Denken also noch heute unsere Streitkräfte prägen – und zwar im positiven Sinne.

Doch wie ist das mit dem Christlichen bei Baudissin? Auch dazu gibt es ein, wie ich finde, unerhört starkes Zitat von ihm, das ich vor dem Hintergrund vieler gesellschaftlicher Debatten und einem Erstarken der politischen Ränder für außergewöhnlich aktuell halte. Er erinnert die Soldaten daran: „Menschlichkeit ist nicht teilbar. Soll sie nur noch bestimmten Gruppen vorbehalten bleiben, so wird sie ganz und gar verloren gehen. Der Soldat, der keine Achtung vor dem Mitmenschen hat, – und auch der Feind ist sein Mitmensch – ist weder als Vorgesetzter, noch als Kamerad oder als Mitbürger erträglich.“

Was für eine Kritik, was für ein hoher Anspruch ist das über die Grenzen der Streitkräfte hinaus? Der Wutbürger, der PEGIDA-Demonstrant als unerträglicher Mitbürger. Baudissin verlangt ein Bekenntnis, er verlangt das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ohne Wenn und Aber. Und der Soldat soll für diese Werte nicht nur innerhalb der Bundeswehr, sondern in der gesellschaftlichen Debatte das Wort ergreifen. Die Innere Führung als Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr Schule der Nation sein kann? Auf jeden Fall will Baudissin den mündigen Offizier, der zu seiner Meinung steht und diese einbringt, wenn er fordert: „Der Soldat und insbesondere der Offizier wird nur dann innerhalb und außerhalb der Bundeswehr die notwendige Autorität erlangen, wenn er auch dann zur Wahrheit steht, wenn sie etwas kostet.“

Es ist wichtig, noch einmal klarzustellen: Die Innere Führung ist kein exklusiv christliches Konzept. Aber sie übersetzt christliche Grundgedanken in säkulare Werte. Niemand muss also preußisch denken und Christ sein, um Grundgedanken der Inneren Führung zu verstehen und im Dienstalltag zu praktizieren. Aber wir sollten uns, wenn wir immer wieder über Tradition diskutieren, doch der Wurzeln unseres Denkens bewusst sein.

Wie steht es nun heute um das „innere Preußentum“, wie es Baudissin selbst genannt hat? Um die Innere Führung? Kritik an der Inneren Führung ist nichts Neues. Es gab sie in der Frühphase – verschmäht von alten Offizieren als „inneres Gewürge“, während des Kalten Krieges, und auch heute macht sich manch einer leichtfertig über die Innere Führung lustig, wenn junge Offiziere beispielsweise achselzuckend von „Opas Ideen“ reden.

Kritik, selbst wenn sie zugespitzt oder polemisch daherkommt, ist nicht zwingend schlecht! Die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit soldatischen Dienens ist schließlich ein elementarer Wesenszug

der Inneren Führung. In welcher Armee der Welt können Mannschaften und Generale miteinander auf Augenhöhe Grundfragen diskutieren, ohne dass daraus Nachteile für die Untergebenen resultieren?

Ich sehe ein anderes Problem: Negative Ereignisse wie Rechtsextremismus oder sexuelle Übergriffe werden mit dem Versagen der Inneren Führung gleichgesetzt, während Positives nicht mit ihr in Verbindung gebracht wird. Ich erlebe allerdings solche positiven Beispiele täglich; zuletzt in Litauen beim Besuch unserer Soldaten dort.

Allerdings muss man immer wieder deutlich machen: Innere Führung ist mehr als ein bloßer Ansatz zur Menschenführung, sondern beschreibt die Identität eines verantwortungsbewussten und konstruktiv-kritischen Soldaten im 21. Jahrhundert. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind heute Verteidiger des Vaterlandes und „Peace-Aktivisten mit Gewaltausübungspotenzial“, wie es Angelika Dörfler-Dierken in ihrer Schrift zu den „Ethischen Grundlagen der Inneren Führung“ formuliert. Übrigens sehr lesenswert.

Innere Führung ist deshalb kein Selbstzweck. So will all unser Tun sich am Ende daran messen lassen, ob es dazu beiträgt, kampfbereite Streitkräfte vorzuhalten. Dessen war sich Baudissin bewusst. Seine Schlussfolgerung: „Der Soldat wird erst dann ein Höchstmaß an abwehrbereiter Kriegstüchtigkeit entwickeln [...], wenn er sich aus staatsbürgerlicher Einsicht unterordnet und der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich fühlt. Dies lässt sich nur dadurch erreichen, dass der Einzelne während des Dienstes das erlebt, was er notfalls verteidigen muss.“

Was ergibt sich aus dem Gesagten für die Innere Führung im 21. Jahrhundert? Die Innere Führung sieht den Soldaten nicht als Material, sondern als Menschen, schreibt Angelika Dörfler-Dierken.

Bei allen Herausforderungen des Dienstes darf die Achtung und Förderung von Menschenwürde und Menschenrechten nicht aus dem Blick geraten. Soldaten sind keine Figuren auf dem Reißbrett.

Dabei soll die Innere Führung totalitäre Tendenzen überwinden helfen. Es geht eben nicht um die Auflösung von Disziplin. Gerade deshalb soll nicht das gesamte Soldatenleben durch Befehl und Gehorsam geregelt werden. Damit geht eine geistige Haltung einher, die Unterschiede und Spannungen aushält und nicht eliminiert.

Die Innere Führung hat daher die „vernünftige Einsicht“ zum Ziel. Es geht darum, die Identifikation mit der Tätigkeit zu ermöglichen, die nur durch

Sinnhaftigkeit entsteht. Darüber steht das Primat des Gewissens. Der Bundeswehrsoldat „gehört nicht um des Gehorsams willen, sondern aus Gewissenhaftigkeit und Verantwortung; er dient nicht um des Dienens willen, sondern aus Mitverantwortung [...]“

Das Gewissen ist dabei zentral. Schon Luther hat in seiner Schrift „Ob Krieger auch in seligem Stande sein können“ formuliert: „Gutes Gewissen gibt Kampfkraft.“ Da begegnet uns das christliche Element erneut, denn schon Luther verlangt dem Soldaten ab, selbst zu bewerten, ob sein Kriegsdienst rechtmäßig ist. Die Innere Führung soll ihn genau dazu in die Lage versetzen. Wehrkraft entsteht dann, wenn der Soldat nicht nur gut ausgebildet ist, nicht nur Kameradschaft erlebt, sondern die Werte, die er verteidigen soll, in der Kaserne, im Dienstalltag und darüber hinaus in Beziehung zur Gesellschaft erlebbar sind. Soldaten der Demokratie, die Einigkeit und Recht und Freiheit verpflichtet sind, benötigen mehr denn je einen inneren Kompass und ein sicheres ethisches Urteilsvermögen.

Keine Frage: Die Innere Führung steht immer wieder vor neuen Herausforderungen. Es geht nicht darum, ihre Erfolge und Highlights zu beschreiben. Hier gilt das Moltkewort: „Wenn man eine ruhmvolle Tat zu erzählen hat, so braucht man nicht zu sagen, dass sie ruhmvoll gewesen ist. Die einfache Darstellung des Verlaufs enthält das Lob.“ Die nüchterne Beschreibung der Geschichte und das Bewusstmachen der ideengeschichtlichen Wurzeln der Inneren Führung können uns helfen, die richtigen Fragen und Antworten für eine Zukunft zu geben, in der die Innere Führung ihren Platz im Gefüge der Streitkräfte behält. Das muss unser Anspruch sein.

Dr. Klaus Wittmann, Brigadegeneral a.D.

Offener Brief an den neuen Hoffnungsträger der AfD, Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak,

9. August 2019

Sehr geehrter Herr General Wundrak,

als einer Ihrer Kameraden aus früheren Bundeswehrzeiten bin ich recht befremdet über Ihr Engagement für die AfD, beschränke mich aber nicht auf das „Kopfschütteln“, das, so der SPIEGEL, „unter Generälen der Bundeswehr herrscht“. Ich gebe Ihnen vielmehr folgendes zum Nachdenken auf den Weg (wobei ich mich, der Ordnung halber sei es gesagt, auf die Presseberichterstattung beziehe):

1. „Repressalien“

Sie waren schon während Ihrer aktiven Dienstzeit AfD-Mitglied, haben dies aber bis zu Ihrem Ausscheiden geheimgehalten als „eher stilles Mitglied“ – aus Sorge vor Repressalien, wie berichtet wird. Da frage ich, der ich als aktiver und pensionierter Offizier und General immer, auch öffentlich und in Publikationen, meine Überzeugungen und Einsichten vertreten habe, mich und auch Sie, vor welchen „Repressalien“ ein Dreisternegeneral denn Angst haben muss. Da kann es doch eigentlich nur die Befürchtung gegeben haben, den Großen Zapfenstreich an der Seite der Ministerin in Gefahr zu bringen. Den Großen Zapfenstreich, die Ehrung unseres Staates auch für ausscheidende hohe Generale – des Staates, dessen Bundeskanzlerin Sie gleich danach als „antideutsch“ verunglimpft haben. Das finde ich (wohl gemeinsam mit vielen anderen Soldaten) ebenso wie Ihre „Sorge vor Repressalien“ unwürdig.

2. Soldatengesetz

An zwei Bestimmungen des Soldatengesetzes ist zu erinnern:

§ 10 (Pflichten des Vorgesetzten): (3). Offiziere und Unteroffiziere haben innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen als Vorgesetzte zu erhalten.

§ 17 (Verhalten im und außer Dienst): (3) Ein Offizier oder Unteroffizier muss auch nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst der Achtung und dem

Vertrauen gerecht werden, die für seine Wiederverwendung in seinem Dienstgrad erforderlich sind.

Wie Ihr AfD-Kamerad Oberst a.D. Lucassen Ministerin Kramp-Karrenbauer nach deren Vereidigung und Regierungserklärung entgegengetreten ist, entspricht sicher nicht diesen Bestimmungen. Gelten die Regeln für ehemalige Soldaten nicht mehr, wenn sie ein politisches Amt innehaben? Wie stehen Sie dazu? Werden Sie es dem Genannten gleichtun, nun mit der Autorität des „Dreisterners“? Da bin ich sehr gespannt.

3. Die AfD-Thesen zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr

Bisher habe ich nur ziemlich banale allgemeinpolitische Äußerungen von Ihnen gelesen und Ihre Nominierung zum Oberbürgermeisterkandidaten in Hannover zur Kenntnis genommen. Was aber mich und sicher auch andere Soldaten sehr stark interessiert, ist die Frage, welche Haltung Sie jetzt zur deutschen Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr einnehmen, die Sie nach meiner Beobachtung in vielen Jahrzehnten systemkonform unterstützt haben. Aus dem „Strategiepapier“ Ihrer neuen Partei („Streitkraft Bundeswehr“) vom Juli 2019 ergeben sich zahlreiche Fragen. Denn neben viel Selbstverständlichem und auch von anderen erkannten Notwendigkeiten zur Behebung der Bundeswehr-Defizite aus den „hoffnungsfrohen Jahrzehnten“ sind auch äußerst problematische, teilweise sehr rückwärtsgewandte Forderungen enthalten. Ich wäre neugierig zu wissen, ob Sie (beispielsweise) unterstützen

- das Verlangen nach gesellschaftlicher Privilegierung der Bundeswehr und „gegenseitigem Treuebund“ (mit dem Anklang an die seinerzeitige „Schneezstudie“, die für die Behebung der Bundeswehrprobleme eine „Reform der Gesellschaft an Haupt und Gliedern“ forderte);
- die unrealistische Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht, für deren Beibehaltung ich zwar selbst publizistisch bis zu Ihrer Abschaffung (auf dem Papier „Aussetzung“) 2010 eingetreten bin, mit der es aber leider endgültig vorbei ist;
- eine Änderung der grundgesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern („Die Sperrwirkung des Grundgesetzes ist anzupassen.“) und das vorgesehene „Reservekorps“ u.a. zur Unterstützung der Bundespolizei (mit größerem Umfang als diese);

- den geforderten deutschen Anspruch auf eine militärische Führungsrolle in Europa bei gleichzeitiger Ablehnung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der europäischen Union;
- die Forderung nach einer aktiven Entspannungspolitik der NATO gegenüber der Russischen Föderation (die ich auch stark befürworte, aber nicht in der AfD-Lesart, ohne irgendeinen Hinweis beispielsweise auf Krim und OstUkraine);
- die Vorstellung, die deutsche Armee müsse in die Lage versetzt werden, das deutsche Staatsgebiet 20 Tage lang „autonom“ zu verteidigen, wofür ein deutscher Generalstab zu bilden sei;
- die damit einhergehende Formulierung „Befähigung und ... Motivation ... zum unerbittlichen Kampf im Gefecht“;
- die äußerst problematische Aussage: „Traditionswürdigkeit beruht stets auf einer Einzelfallbetrachtung. Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten.“ Und dazu der Anspruch, die militärische Seite solle weitgehend selbst entscheiden, in welcher Militärtradition sie die Bundeswehr sieht;
- die Maxime „Parallele Meldewege sind unzulässig“ (gegen die Institution des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gerichtet?);
- Die Forderung nach dem Aufbau einer deutschen Militärjustiz und nach Aufhebung der Trennung von Truppe und ziviler Verwaltung;
- Das allgemeine Postulat „Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben“ für die Bundeswehr.

Sollten Sie sich mit all dem identifizieren, müssten Sie ja in atemberaubender Geschwindigkeit vieles von dem über Bord geworfen haben, wofür Sie bis vor kurzem standen. Ich hoffe, die meisten Staatsbürger in Uniform durchschauen, welche Art von Bundeswehr die AfD sich wünscht, und machen die Hoffnung der AfD zunichte, viele Soldaten anzuziehen mit Ihnen als Gallionsfigur (die Metapher ist inspiriert durch das „Willkommen an Bord, Herr General!“ des Oberstleutnant a.D. Junge, AfD Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, der wegen der Berufung von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Verteidigungsministerin einen „Aufstand der Generale“ gefordert hatte.)

4. Geschichtsbild

In aller Offenheit: Ein Offizier, gar General, der die skandalöse Äußerung des AfD-Vorsitzenden Gauland zur Relativierung der NS-Verbrechen, „Hitler und die Nazis [seien] nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“, „nicht schlimm“ findet, hat wohl im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst und Jahrzehnte politischer Bildung in der Bundeswehr – für die er als Vorgesetzter ja verantwortlich war – verschlafen. Er sollte sein Engagement in dieser Partei überdenken, solange noch Zeit ist, den guten Ruf zu retten. Haben Sie sich denn wirklich vor Augen gehalten, mit wem Sie jetzt verbündet sind? Wer auch in Ihrem Namen auftritt und spricht? Die Fülle unsäglicher Äußerungen zur deutschen Geschichte, zur Gedenkkultur, zu Fremden, zur völlig tendenziös dargestellten Kriminalstatistik und zu vielen anderen Themen? Die zahllosen eindeutig extremistischen Aussagen? Das Ressentiment gegenüber unserem staatlichen „System“?

Und sollten Sie die Absicht hegen, durch Ihr Hinzutreten die AfD zu einer akzeptablen konservativen Kraft zu machen, so halte ich das angesichts der Tendenzen im gegenwärtigen innerparteilichen Richtungsstreit für eine Illusion.

Sie können diesen Brief gern auch als Angebot zur streitigen Auseinandersetzung auffassen, denn Ausgrenzung von Menschen, die aus Unzufriedenheit über dies oder das der AfD zulaufen, halte ich auch nicht für richtig.

Mit (noch) kameradschaftlichen Grüßen,

Dr. Klaus Wittmann, Brigadegeneral a.D., Berlin

VI Rezensionen

**Peischel Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2018.
Strategie neu denken. Miles-Verlag (Berlin) 2019**

Claus von Rosen

Der Bericht zur dritten Wiener Strategie-Konferenz von 2018 – man sollte vielleicht besser sagen: der Arbeits-Bericht – liegt vor. Auf 560 Seiten werden die Vorträge und Panel-Ergebnisse ausführlich dokumentiert und damit der Diskurs wie bei den beiden Vorläufer-Konferenzen 2016 und 2017 im MILES-Verlag fortgesetzt. Daraus entsteht inzwischen ein Lehrwerk zu „Strategie-Denken“, wie es dem Schöpfer und geistigen Motor des neuen Formates, Brigadier Wolfgang Peischel, von Anfang an vor Augen stand. Die Wiener Strategie-Konferenz ist einen gewaltigen Schritt auf dem Weg vorangekommen, dem nicht wegzudiskutierenden „gegenwärtigen Strategiedefizit in Politik, Diplomatie, hoheitlicher Verwaltung, Sicherheitsexekutive, im Militär und in der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung entgegenzuwirken“ (S. 19). Etwas versteckt in der Anmoderation zum Panel „Strategie als Element der Militärowissenschaft“ sagt Korkisch (S. 300-317) in schonungsloser Offenheit, wie es in Westeuropa um das Thema Strategie-Denken steht. Und Matlary (S. 405) sagt, „politische Eliten hätten den Kalten Krieg und die Weltkriege vergessen und zeigten wenig Interesse an Sicherheits- und Verteidigungserfordernissen ... Militärische Macht würde nur in humanitären Interventionen zu einem ‚guten Zweck‘ ausgeübt – womit Europa aufgrund des Unwillens und der Unfähigkeit, glaubhafte Abschreckung auszuüben, zum Spielball der Akteure wird, die sehr wohl strategiefähig sind und ihre Kraftpotentiale kontinuierlich ausbauen.“ Es geht also in diesem Dokumentationsband darum, dass staatliche Sicherheit eines Denkens bedarf, das über staatliche wie auch teil-strategische Grenzen hinaus geht und nach wissenschaftlichem Diskurs verlangt. Damit wird auch eine noch zu schaffende wissenschaftliche Strategielehre mit einer entsprechenden besonderen akademischen Didaktik und Methodik der Strategielehre verbunden sein, die sich notwendig von allgemein geübten Methoden der Erwachsenenbildung abheben müssen.

Für Peischel folgt – selbst wenn das Format der Wiener Strategie-Konferenz vom deutschen Sprachraum und vom Militär-Aspekt ausgeht –, dass daraus ein hochrangig international besetztes Strategieentwicklungs- und Diskussionsforum sich bilden muss (S. 21). Dazu bedarf es

- der Suche nach dem inhaltlichem Fundament für eine zu schaffende wissenschaftliche Strategie-Lehre u.z. nicht nur für den militärischen Bereich,
- der Erfassung und Analyse des gegenwärtigen Strategie-Defizits,
- der Lehre (zunächst in den Streitkräften) mit entsprechender Didaktik und Methodik,
- einer Grundlage für den weitergehenden dialektischen Diskurs der gegensätzlichen Thesen und Strategie-Felder
- und der universitären Anerkennung eines akademischen Lehrstuhls „Strategie-Denken“.

Dieser Umfang der Strategie-Konferenz wird möglicherweise manchen verwundern. Die spürbare, ja offensichtliche Aufbruchstimmung in der Konferenz steht aber allenthalben für Bedarf und Fragen und Suchen nach Antworten „zum Strategie-Denken“.

Vier Begriffe im heutigen Strategie-Denken als Leitfaden

Wer eine lenkende Gedanken-Hand zu der Dokumentation der Konferenz sucht, kann sich natürlich an die formale Aufteilung nach ausführlichen Vortragsthemen und weiterführenden Aufsätzen sowie speziellen Diskussionsforen in den Panels halten. Ein anderer ordnender Ansatz wäre die vorgegebene Begriffs-Quadriga „Narrative, Hybridität/Hybride Kriege, Resilienz und Cybor“ mit der Leitfrage, ob dies nicht nur alter Wein in neuen Schläuchen sei oder umgekehrt. Gefragt ist, ob diese vier Begriffe als Theorie-Fragmente gelten oder als konkrete Aspekte für das Denken und Arbeiten in Strategie zu verstehen sind. Peischel macht in der Einleitung zur Konferenz einen feinen Unterschied zwischen Narrativ einerseits und den drei anderen Begriffen bis hin zu der Frage, ob das Verwoben-Sein der drei anderen Begriffe nicht selbst ein Narrativ darstelle. (ders. S. 95f) Die Ausdrücke werden z.Z. gern als Bezeichnung für die Komplexität, wie Hartmann feststellt (S. 238), und für die Ungewissheit als „Kernproblem jeder Strategiebildung“ für das „unknown unknown“ benutzt. Dabei wird auch generelle Skepsis ihnen gegenüber als bloße „Modeerscheinung“ vorgehalten (s. Libiseller, S. 340-342). Deren „permanente Produktion“ wirke sich eher negativ aus, da sie „die Aufmerksamkeit auf die taktische Ebene [lenken] und ... breitere strategische und politische Fragen aus[blenden], denen sich die Strategischen Studien dadurch überraschend wenig zuwenden.“ (S. 341; s.a. dieselbe S. 502-506)

Dem Suchenden werden beide Ansätze nur z.T. helfen. Denn im Panel „Strategische Kultur“ in der zweiten Hälfte der Dokumentation, das mit dem Aspekt der Geostrategie zusammengefasst ist, werden Grundüberlegungen und Klärungen der vier Begriffe angestellt, wie sie mancher Leser eher im vorderen Teil der Dokumentation vermuten dürfte. Das hängt aber damit zusammen, dass diese Begriffsneubildungen in allen Panels und Vorträgen aus unterschiedlichsten Sichtweisen geprüft und damit quasi rundum definiert werden. Das mag verwirren. Aber ein einheitlicher Gebrauch und Nutzen so eines ‚Terminus‘ auf den verschiedenen Ebenen des Strategie-Denkens ist nicht gegeben, auch wenn es sich insgesamt um das ganzheitliche Gebiet Strategie handelt. Nach Birk zeigt sich die Bedeutung und Prognosekapazität derartiger Begriffe in der Strategie-Theorie nur in der Vielheit der Bezüge/Ebenen zwischen Weltbild, Weltordnung und Weltverständnis bis zum individuellen Bild und Verständnis dessen, was der Einzelne, ob Politiker oder Soldat, für sich braucht – ob als Welt-Unordnung oder als Welt im Aufbruch. (Birk S. 188) Daher wird die begriffliche Quadriga in den sehr verschiedenen Beiträgen je nach Fachrichtung recht unterschiedlich betrachtet. Dies wird aber im Laufe der Dokumentation zum eigentlichen Gewinn für die Konferenz beitragen.

Cybor (und Asymmetrie) wird als ein Handlungsfeld für Strategie-Denken gesehen, sei es als Ziel oder Zweck, sei es als Mittel zur strategischen Behandlung auch in einer Offset-Strategie des Nieder- oder Kaputt-Rüstens bzw. als der zu beeinflussende ja „leidende“ Teil des strategischen Prozesses. Dieses Feld wird die künftigen Konferenzen sicher weiter beschäftigen.

Hybridi(zi)tät ist Ausdruck für ein Zusammen von militärisch-kriegerischen Wegen, Mitteln und Methoden mit anderen vergleichbaren, aber nicht originär militärischen Formen etc., wobei wohl deren Bindung besonders politisch-strategisch unter dem militärischen Blickwinkel von statten geht. (s.a. im Panel Strategie und Geschichte S. 48, sowie Patek S. 429-438) Hybride Kriege werden dabei als eine neue oder als Teil einer Doktrin zu sehen sein. Dabei warnt Peischel vor einer „Marginalisierung“ der militärischen Kompetenz, davor, „dass die breite Palette an nicht-militärischen Instrumenten Sicherheit auch ohne wirkungsvolle Streitkräfte garantieren könnte“. (ders. S. 106) Dies wäre dann – aus Sicht von Strategie – als ein Narrativ und zwar als Irrglaube zu bezeichnen.

Hybride Risikopotentiale sind zwar offensichtlich vorhanden, aber bisher nicht ausreichend untersucht, geschweige denn, dass daraus Strategie-entsprechende Ableitungen entwickelt worden wären (s.a. Gegner S. 230ff). Gegner fordert

daher einen europäischen und NATO-Ansatz zur Vorsorge gegenüber hybriden Risiken. Das dafür abzusteckende Umfeld müsste eigentlich erschrecken, denn die hybriden Gefahren und Risiken müssen umfänglich erst im strengen Sinne wissenschaftlich aufgearbeitet werden, bevor daraus Strategien entwickelt werden können.

Resilienz wird meist als Resilienz-Sicherung statisch gedacht und ist dadurch (ebenfalls) ein Narrativ. (s.a. Bach Nyemann, Ringmose und Sörensen S. 439-450) Stattdessen fordert Peischel (ders. S. 112) dazu auf, Funktionsprinzipien gesamtheitlich strategischen Denkens zu entwickeln und damit zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung einer dynamischen Resilienz beizutragen. Golan spricht ganz konkret von der „Nationalen Resilienz“ Israels (S. 134ff.) und skizziert das anhand von sechs Kriterien, bevor er zum eigentlichen Punkt kommt, „das starke Gefühl für Verpflichtung, für Unabhängigkeit auf eine Art, die sie aktiv sein lässt“ und das nicht nur zu Gunsten der eigenen Familie. Er nennt das das Über-Drüber-Prinzip: „Respektiere den Normalbürger“.

Resilienz als wesentliches Strategie-Kriterium wird von Shueftan (S. 190-201) am Beispiel von Israel heute in beeindruckender Klarheit durchdekliniert bis zur „realistischen Auswahlmöglichkeit“ zwischen Schadensbegrenzung versus definitiver Lösung, was im Falle Israels zur Resilienz führt (S. 197). Er kontrastiert diese Analyse mit einer entsprechenden für Europa. Wenn das nicht bloß ein wohlfeiles Schwarz-Weiß-Bild ist, kann dies zeigen, was unter staatlicher-politischer Resilienz in ihrer ganzen Bandbreite zu verstehen ist.

Abenheim zitiert Thomas Friedman, der kenne „viele stattliche junge Männer und Frauen mit sehr viel Kampferfahrungen, die tolle Merkmale von Resilienz erkennen lassen, und welche mit den Tugenden Intellekt und Charakter ausgestattet sind, um mit den neuen Konfliktformen umzugehen, die eigentlich ohnehin nur Updates von bereits früher existierenden Konfliktformen sind.“ (S. 171) Demgegenüber schlägt er vor, dass die Bürger in den westlichen Demokratien „die Tugenden des Bürgertums wiederzuentdecken und diese mit der Berufung des Soldaten zu verbinden“ haben (ebd.). Das passt zu dem Gedanken „Nationale Resilienz“ von Golan (S. 134ff.).

Narrativ: die Gedanken zu diesem Aspekt als politisch attraktive Denkfigur, die handlungsanleitende politische, gesellschaftliche und soziale Maximen zur Verfügung stellt, sind bereits weit durchdacht. (s. Birk, S. 172-189 sowie Lapins, S. 418-428) Im Kern geht es dabei um „kulturelle Selbstbespiegelungen“ (S. 173) oder anders gesagt: „Narrative beschreiben ..., wie die für den jeweiligen Teilbereich zuständigen Akteure und Eliten die Rolle des eigenen Bereiches sehen

und daraus abgeleitet eine Ressourcenverteilung für die Erreichung oder Durchsetzung eigener Ziele priorisieren.“ (S. 177). Damit deuten sich Probleme für die praktischen Fragen beim Strategie-Denken an: „Ein wesentlicher Punkt ist ..., dass die historische Wahrheit – diese gibt es natürlich nie endgültig – in der Regel nicht identisch ist mit dem jeweiligen Narrativ. Narrative beruhen sehr stark auf Perzeptionen sowie konstruierten Selbst- und Fremdbildern.“ (S. 182). Birk bearbeitet dabei ganz praktisch eine Vielfalt von gleichzeitig wirksamen, sich gegenseitig stützenden oder überlappenden Narrativen – z.B. am sogenannten Beispiel des „präferierten russischen Opfer-Narrativs“ (S. 184f) – heraus. Gugerel (S. 331) verweist entsprechend auf ein speziell jüdisches Religions-Narrativ mit Hoffnungspotential und Zukunft, das sich auf Niederlagen, Deportation und Versklavung als Zeichen der globalen Stärke des einen Gottes bezieht. Damit wird der Begriff Narrativ viel weiter gefasst, als im Modus des eher schlichten Wunschdenkens möglich: „Jeder folgt (unausgesprochen) seinem selbst gebildeten, eigenen Leitbild.“ (S. 173)

Für Strategie-Denken ist demnach die Frage zu stellen Wozu braucht man Narrative? – Als starre Ideologie? Zur Herstellung von Sicherheit und Beruhigung? Zur Vorbereitung auf Veränderung? Zur Verschleierung von Absichten? Oder gar zur Verschleierung von Versagen? (S. 176) So negativ gesehen, sollte dieser Topos schleunigst aus dem Vokabular von Strategie-Denken gestrichen werden. Narrative sind aber als „Grautöne“ (wie Etschmann, S. 251 sagt) oder als „unknown unknown“ (wie Hartmann, S. 238 feststellt) zu den „Unabwägbarkeiten“, der „minütlichen Veränderbarkeit“ (Etschmann, S. 250) bzw. der „Komplexität“ von Strategie schlechthin zu zählen. Sie bieten „weiche Zugänge zu harten Fakten“ (Birk, S. 237ff.). Und von der Funktion her gesehen, sagt Birk: Narrative beschreiben, „wie die für den jeweiligen Teilbereich zuständigen Akteure oder Eliten die Rolle des eigenen Bereiches sehen und daraus abgeleitet eine Ressourcenverteilung für die Einrichtung oder Durchsetzung eigener Ziele priorisieren.“ (S. 177) Das sind dann im politischen Raum z.B. in Form von nationalen, gesellschaftlichen oder religiösen Bildern als weltanschauliche Denkfiguren, mit denen Politikfähigkeit erreicht werden kann.

Beim Strategie-Denken können Narrative entweder bewusst zur Lenkung oder zur Täuschung anderer genutzt werden oder eher unbewusst bleiben, d.h. auch dass Gefahr besteht, sie zu vernachlässigen. Sie beeinflussen die Ergebnisse des Strategie-Prozesses. Sie treffen das „Kernproblem jeder Strategiebildung“ und fordern das Grundverständnis von dem heraus, was es mit Strategie und besonders mit Strategie-Denken auf sich hat und wie dies zu entwickeln (lernen)

ist. Dafür bedarf es einer Art Verstehen, das „über das reine Faktenwissen, über juristische, wirtschaftliche und politische Analysen hinaus“ geht. (Kneissl, S. 78)

Die vier so beschriebenen Begriffe im Umfeld von Strategie bilden den Leitfa- den für alle international und interdisziplinär und dennoch mit klarem themati- schen Schwerpunkt besetzten Panels gleichermaßen.

Die Frage nach der Begrifflichkeit selber stand besonders im Mittelpunkt des geisteswissenschaftlich ausgerichteten Panels „Religion, Werte und Interkultur- alität“ (S. 318f.). Dies ist insofern für die weitere Betrachtung zur Strategie sinnvoll, da die Findung der Begriffe und deren Bedeutung für Strategie ein geisteswissenschaftliches Moment ist, auch wenn in der Anwendung, d.h. beim Strategie-Denken andere Wissenschafts-Orientierungen je nach Anwendungsbereich vorherrschen können. „Die Antwort liegt in dem, was hinter ihrer Be- deutung steckt.“ (Schuh, S. 319) In diesem Zusammenhang ist auch der Beitrag von Pankratz zur Strategischen Kultur zu sehen. (S. 336-342) Sowohl der meth- odisch-analytische Zugang als auch eine bestimmte „Grundeinstellung zu den anderen Akteuren und zu sich selbst“ aus dem sozial-politologischen culture-Ansatz führen je nach den verschiedenen Nationen zu eigenen handlungs- leitenden Narrativen. Ohne Zweifel wird dieser Analyseansatz weiter in die kommende Auseinandersetzung zum Strategie-Denken vertieft werden müs- sen, besonders da Pankratz abschließend das „Akteurspezifische“ betont, wenn er sagt: „Unterschiedliche Akteure haben unterschiedliche Kulturen, wodurch ihr Verhalten in bestimmten Situationen beeinflusst wird.“ (S. 342)

In den Panels Militärwissenschaft (S. 300-317), Strategie-Beratung (S. 343-360) und Strategische Kommunikation (S. 361-378) wird praxisnah zwischen „Bera- tungspraktikern“ verschiedener Nationalitäten die Rolle der vier leitenden Be- griffe mit ihren Wirkmustern in der Informations- und Medienarbeit diskutiert. Der wissenschaftliche Diskurs umfasst alle Politikfelder, Militär, Sicherheits- exekutive, hoheitliche Verwaltung und privatwirtschaftliches Unternehmertum – und vielleicht ist diese Aufzählung nicht mal umfassend genug, um die gesell- schaftlich-staatsrelevanten Felder zu fassen und zu begreifen. Denn wo überall Gefahren für die Weiterentwicklung aufbrechen können, wird deutlich am Thema Hybridität, das nicht nur im militärischen Sektor in Form von Hybri- den Kriegen zu vermuten ist. Hier wird zudem deutlich, dass das Militärische im Bereich von Strategie-Denken eine gewisse Leitlinie, eine Art Steuerinstanz für den Lehrgegenstand „Strategie-Denken“ in anderen Handlungsfeldern zu- mindest noch für einige Zeit übernehmen kann, bis allgemein Strategie-

Denken auch in anderen Fachbereichen in der Lehre und Forschung etabliert sein wird. (S. 300-317) Für angehende „Politikberater“ ist manches zu lernen, bis hin zum „Informationskrieg“. Jeschonnek hatte einfühend (S. 366-370) besonders den Umgang mit derartigen Begrifflichkeiten im Umfeld von Strategie – in welchen Bereichen auch immer – mahnd angesprochen: „Um die manipulative Gefährdungen und Fehldeutungen, die den Beruflichkeiten Narrativ, Cybor, Hybridität und Resilienz innewohnen, entgegenzutreten, ist eine Auseinandersetzung mit ihnen unerlässlich.“ Sie seien nämlich im Strategie-Feld nicht nur Instrumente, Mittel oder Medien, sondern immer auch und zugleich Gegenstand, Gefahrenpunkt und eigen-wirkmächtiges Element im Rahmen von Strategie-Denken.

Zum ersten Mal war ein Panel Wirtschaft, Energie und Ressourcen gebildet worden. (S. 264ff) Die Vergleichbarkeit der Organisation von Militär und Wirtschaft ist evident, dennoch gibt es nach Holler (S. 267) bisher nur in Frankreich eine spezielle Ausbildung für Führungsverfahren und Informationsgewinnung in einem Wirtschaftskrieg (S. 267) und für die Weiterentwicklung der eigenen Wirtschaft. Dieses Panel mit seinen ausführlichen Einzelbeiträgen (Stadler, S. 451-455), verbunden mit dem Thema Geistige Landesverteidigung (Korkisch, S. 456-473), sowie Mantovani (S. 474-479). Pöcher (S. 481-491) und Froehlich, verbunden mit den Themen Weltraum- und Cybor-Sicherheit (S. 492-501), eignet sich als ein Schwerpunktthema für die Thematik Raum und Zeit im Strategie-Denken. So regt Mantovani eine interdisziplinäre Methodik und die Kombination verschiedener Analyse-Dimensionen an wie Geschichte, Politik, Militär, Ökonomie, Kultur und Natur. „Hierfür würde der Begriff Strategie allerdings vollauf genügen, und zwar verstanden als die Summe der nach außen gerichteten Ziele, Mittel und Methoden einer Nation“ (S. 480) – dies ist aber noch zu ergänzen durch „und nach innen.“

Das Panel zu Natur- und Technik-Wissenschaften zeigt die rasante Entwicklung dieser Fachbereiche in den letzten 150 Jahren, besonders aber seit dem 2. Weltkrieg. Dies ist am interdisziplinären Dialog und Diskurs mit der heterogenen Öffentlichkeit abzulesen. Hinterstoisser (S. 282-284) konstatiert einen nachhinkend-vorrausschauenden Ansatz zur Erfassung von Problemen, international, interdisziplinär wie fachübergreifend. Das bedeutet, es wird statt Disziplin-orientiert zu arbeiten eine Problem-Orientierung unter Einbindung auch anderer Wissenschaften zu fordern sein. Damit ist der Weg für die Strategie-Entwicklung für diese Fächer offen.

Das Panel zu Strategie und Medizin, Biologie, Biotechnologie und Biogenetik und Synthetische Genetik mag aus humaner Sicht auf den ersten Blick befremdend wirken. Hier zeigt sich aber im Zusammenhang mit Biowaffen ein neues Einfallstor nach dem Motto: „Alles, was technisch möglich ist, wird irgendwann und irgendwo auch einmal realisiert.“ Ob das Risiko in möglichen Fehlern von Entwicklungen im medizinischen Bereich liegt oder im Missbrauch oder gar gezielt als Waffe z.B. bei Bioterrorismus, das alles ist nicht mehr bloße Fiktion (Knoepffler S. 292-295). Strategien zur Verhinderung von solchen Entwicklungen oder zur Bekämpfung dürften in nicht ferner Zukunft im Mittelpunkt von Strategie-Fragen und -Denken stehen. Wunschdenken wird dabei nicht hilfreich sein.

Konkreter wurde es bei der Behandlung von strategischen Handlungsfeldern, besonders der politisch-militärischen; das ergibt sich in diesem Format fast von alleine, selbst wenn es nicht im Programm vorgegeben war. Daran zeigt sich der unmittelbare und aktuelle Praxisbezug von einzelnen Themen, von Panels, wie besonders dem zu Geostrategie und maritimen Aspekten, und damit der Konferenz schlechthin – so theoretisch vielleicht das eine oder andere Thema bzw. Panel erscheinen mag. Über allem steht das Problem der „gefühlten Sicherheit“. Gefühl heißt z.B. im Energiesektor, dass allein durch Stromausfall die Anfälligkeit einer Gesellschaft erheblich ist. Damit braucht über das „ob“ gezielter Verwundbarkeit einer Gesellschaft durch Krieg nicht mehr nachgedacht zu werden. Vielmehr müsse der Strategische Grundsatz gelten, „dass die Resilienz kritischer Infrastruktur bei jedem Bauvorhaben von Beginn an mit zu denken (mit zu planen) ist.“ (Bogensperger, S 268) Daran zeigt sich, dass Wachsamkeit gegenüber neuen Interessen oder Gefahren oder auch nur deren Verschiebungen und Änderungen als leitender Aspekt zum Strategie-Denken gehört.

Das spiegelt auch die Analyse der damaligen österreichischen Außenministerin Karin Kneissl zur politischen und besonders außenpolitischen Situation (S. 75-81) wider, wie auch Matlarys Reflexionen zur Strategischen Situation 2014 in Europa/NATO unter der Fragestellung: Kann Europa angesichts des Russischen Revisionismus‘ strategisch handeln? (S. 43-4) Dazu zählen auch die Militär-Strategischen Betrachtungen zur erweiterten Nordflanke der NATO im Ostseeraum mit veränderten Abhängigkeiten und Schwachstellen nach dem Ende des alten kalten Krieges von Neretnieks (S. 83ff) sowie von Andersson (S. 118ff) oder die derzeitige NATO-Strategie in ihrer offensichtlichen Hilflosigkeit gegenüber Russland seit der Krim-Annexion 2014 von Peischel (S.

107ff). Ebenso sind Belozeros auftrüffelnd bemerkenswerte Ausführungen über die Rückkehr der Geopolitik in die internationalen Beziehungen im strategischen Denken Russlands dazu zu zählen: „Globale Auseinandersetzungen verschwinden nicht aus den internationalen Beziehungen, dieser Ausgang ist unmöglich. Internationale Beziehungen bleiben in ihrem ‚Naturzustand‘ des ewigen Kampfes.“ (S. 151) Und Khandare (S. 152-158) betrachtet Chinas „Vision“ und dessen Politik-Entwicklung als Herausforderungen an Politik und Strategie.

Die Geostrategische Sicht sowie der maritime Aspekt und das Thema Cybor beleuchten die sicherheitspolitischen Risiken nach dem Wegfall von räumlicher Distanz und einer Umorientierung in puncto Interessensphären. Dabei geht es um Ausmaß und Art der staatlichen Verwundbarkeit und der daran geknüpften wirtschaftlichen Ressourcen. Hier ist besonders der Kurzvortrag von Gegner (S. 230-236) über die hybriden Bedrohungen im maritimen Bereich zu erwähnen. Seine Forderung nach einer multinationalen, abgestimmten Meeresüberwachung zur Absicherung im maritimen Bereich (S. 235f.) lässt irgendwie ein globales Bild nach der Art: Big brother is watching you! entstehen. Und das Thema Cybor soll bei der nächsten Strategie-Konferenz einen Schwerpunkt abgeben.

Der Praxisbezug kann aber auch in einer historischen Betrachtung liegen: Dabei geht es nicht um das Wiederbeleben alter Schlachtengemälde, wie Durschmied (S. 125ff) in dem köstlichen und zugleich lehrreichen Beitrag zeigt mit dem Thema: Wie Zufall und Dummheit Weltgeschichte schreiben – Von der Steinkeule zu Star Wars: Wieviel Unerwartetes im Krieg ist das Entscheidende.

Schließlich stellt auch die (Aus-)Bildung zu Strategie-Denken ein eigenes, meist weniger beachtetes Feld der Praxis aus verschiedener Sicht dar, die es auch getrennt zu behandeln gilt: 1. Die Ausbildung zum Strategie-Denken auf der wissenschaftlich-akademischen Ebene der Theorie; 2. auf der Ebene der Gestaltung und Anwendung von Strategien in der alltäglichen Praxis und 3. als Möglichkeit (bis Unmöglichkeit) auf Fragen zu gesellschaftspolitisch Defizitärem wie Unterkühlung oder auch Vernachlässigung als Einfallstor für neue Herausforderungen und damit Gefahren eingestellt zu sein. Nicht nur die Begriffe und Ziele sind dabei sehr verschieden, auch die Möglichkeiten der Vermittlung unterscheiden sich grundsätzlich nach den Ebenen. Die Art des Herangehens an Aufgabenstellungen im Strategie-Denken ist daher für strategische Denker Teil der Schule. „Sie sollen dazu führen, nicht zu sehr in der operationellen

Tiefe verhaftet zu sein. Es erweist sich dabei manchmal als hilfreich, sich horizontal auf der Fläche der Abstraktion zu bewegen.“ (Schuh, S. 335) Dass diese Art der Bildung und Ausbildung selber als „Strategische Ressource“ gesehen, genutzt, missbraucht oder aber auch strategisch bewertet werden kann, wird weiter zu betrachten sein.

In seiner Conclusio (S. 392-417) hat Peischel die Diskussionsergebnisse anhand der einleitenden Gedanken zum Konferenzthema sowie der während der Diskussionen weiterentwickelten Fragen zusammengetragen. Die Begriffsquadriga hat zur Fortentwicklung des Formates viel beigetragen. Nicht nur, dass über die darin enthaltenen alten Weisheiten jetzt intensiver nachgedacht wird, auch andere – neue oder fast vergessene stellen sich. Z.B. ist die Bedeutung von Wille im Zusammenhang mit Strategie deutlicher geworden. Ist Strategie-Denken nur ohne win-win möglich? Wie ist die Gerassimow-Doktrin als „re-kursive Strategie“ zu bewerten? Und das Thema Cybor-Raum hat sich sehr wahrscheinlich als Thema für weitere Konferenzen fest etabliert. Wünschenswert wäre auch die Einbindung weiterer Handlungs-Felder im nationalen wie internationalen Bereich, zusätzlich zu dem Politischen oder Militärischen, in denen Strategie-Denken ebenfalls erforderlich wird oder schon ist.

Konferenz-didaktisch zeigt sich, dass eine vorgegebene Konferenz-Ordnung mit Vorträgen und Panels allein für die Sache Strategie-Denken nicht sinnvoll wäre. Vielmehr hat sich der gleichzeitige, multi-aspektionelle und multidimensionale Ansatz von Strategie-Denken auf drei Behandlungsebenen sehr bewährt:

- Die Begriffliche Quadriga als Muster-Vorgaben oder Leitfaden für die Konferenz.
- Die interdisziplinäre Ausrichtung mit Fachgebietsschwerpunkten in den Panels und
- die Behandlung von konkreten strategischen Feldern bzw. Situationen aus (berufs)praktischer Sicht.

In der Vielheit der Beiträge mit ihren Ergänzungen wie Überschneidungen liegt der Mehrwert dieses Formates der Wiener Strategie-Konferenz. All dies macht nicht nur sehr nachdenklich, sondern verdeutlicht vor allem die Notwendigkeit dieser Betrachtungen als Ansatzpunkte für (weiteres) Strategie-Denken.

Die vorliegenden drei Dokumentations-Bände von 2016, 2017 und nun auch 2018 markieren einen Aufbruch in dem bisher weitgehend vernachlässigten Feld der Strategie, sei es in der Praxis von Politik, Diplomatie oder hoheitlicher

Verwaltung, sei es in der Sicherheitsexekutive oder im Militär wie auch in der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung, und nicht zuletzt auch als Thema von Forschung und Lehre in den entsprechenden wissenschaftlichen Disziplinen. Man darf auf die Weiterentwicklung dieses Formates gespannt sein.

Donald Abenheim und Uwe Hartmann: Einführung in die Tradition der Bundeswehr. Das soldatische Erbe in dem besten Deutschland, das es je gab, Miles-Verlag, Berlin 2019.

Dagmar Bussiek

„Die Bilanz nach siebzig Jahren? Dieses Deutschland ist das beste, das es je gab: liberal, demokratisch, krisenfest und stabil.“

Dieses Zitat des ZEIT-Herausgebers Josef Joffe haben Donald Abenheim und Uwe Hartmann ihrer „Einführung in die Tradition der Bundeswehr“ vorangestellt. Klar und deutlich gibt es die Linie ihrer eigenen Argumentation vor: Das Plädoyer für einen grundlegenden Perspektivenwechsel im Hinblick auf den Umgang der Deutschen mit ihrer (jüngeren) Geschichte im Allgemeinen und der Bundeswehr mit ihrer Tradition im Besonderen durchzieht das Buch wie ein roter Faden. Wie die beiden Autoren ausführen, bewerten viele Deutsche auch fast 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihr Land insgesamt noch immer als ein „schwieriges Vaterland“ (S. 16 u.a.). Die Erinnerung an den Holocaust spielt dabei die zentrale Rolle, das Wissen um die verhängnisvollen Folgen des preußisch-deutschen Militarismus wie auch die Erfahrung militärischer Niederlagen kommen erschwerend hinzu. Demgegenüber betonen Abenheim und Hartmann, dass zur deutschen Identität im 21. Jahrhundert durchaus auch der Stolz gehören dürfe – „der Stolz auf das nach 1945 Erreichte“ (S. 17), wie sie formulieren: „Deutschland ist es gelungen, aus den Schattenseiten seiner Vergangenheit das Gute abzuleiten und sein politisches, gesellschaftliches und militärisches Handeln daran zu orientieren. Darauf kann auch unser Verständnis von Tradition und Patriotismus aufbauen.“ (S. 211)

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren ausführlich mit ihrem Verständnis von und dem angemessenen Umgang mit ihrer Tradition beschäftigt. Der Unterzeichnung der neuen „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“ am 28. März 2018 in Hannover durch die damalige Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen war eine relativ kurze, aber intensiv geführte Debatte vorausgegangen, an der im Rahmen mehrerer Workshops auch Vertreter der Zivilgesellschaft teilnahmen. Den Auslöser für die unter den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen längst überfällige Überarbeitung des so genannten „Traditionserlasses“ – der Vorgänger stammte von 1982 – stellen eine Reihe von Affären innerhalb der Bundeswehr dar, die in der Öffentlichkeit Aufsehen erregten. Zu nennen sind hier die vermeintli-

chen Rituale in Pfullendorf und der Skandal um Oberleutnant Franco A., der sich als syrischer Flüchtling anerkennen ließ und möglicherweise rechtsterroristische Aktionen plante – Vorfälle, die im Jahre 2017 eine Durchsuchung sämtlicher Kasernen nach „Wehrmachtsdevotionalien“ zur Folge hatten. Mit dem Ort der Unterzeichnung setzte die Ministerin ein Zeichen: Der feierliche Akt in der niedersächsischen Landeshauptstadt erfolgte anlässlich der Umbenennung der bisherigen „Emmrich-Cambrai-Kaserne“ in „Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne“. Die früher nach dem preußischen General der Infanterie Otto von Emmrich (1848-1915) und der Schlacht von Cambrai (1917) benannte Liegenschaft erinnert seitdem an den Bundeswehrsoldaten Tobias Lagenstein, der 2011 mit 31 Jahren bei einem Anschlag in Afghanistan getötet wurde. Symbolhaft wurde so zum Ausdruck gebracht werden, dass die so genannte bundeswehreigene Geschichte künftig stärker als bisher im Mittelpunkt von Traditionsbildung und Traditionspflege stehen wird – ein Anliegen, das von dem Autoren-Duo Abenheim / Hartmann in vollem Umfang geteilt und argumentationsstark unterstrichen wird.

„Tradition ist harte Arbeit“ (S. 12), stellen die beiden Verfasser in ihrer Einleitung fest. Sie selbst haben sich die Mühe gemacht, das Thema aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Im ersten der vier großen Abschnitte ihres Buches gehen sie der „Gretchenfrage“ (S. 17) nach dem Sinn soldatischer Traditionen nach und zeigen praktische Beispiele für ihre Notwendigkeit und Wichtigkeit auf. Es folgen historische Betrachtungen über die drei Traditionserlasse von 1965, 1982 und 2018, ihre Inhalte, Entwicklungslinien, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Dass dabei immer wieder die Rolle der Wehrmacht im Zentrum von Auseinandersetzungen und sogar Streit stand, steht außer Frage. Im dritten Abschnitt, der von Neueinsteigern in die Thematik möglicherweise vor dem zweiten gelesen werden sollte, geht es um begriffliche Klarheit, um die Definitionen von Schlüsselbegriffen wie Geschichte, Geschichtswissenschaft, Brauchtum, Symbole und – natürlich – Tradition. Der vierte und letzte Abschnitt ist ein Plädoyer für den oben skizzierten und von den Autoren gewünschten Perspektivenwechsel, für eine Besinnung auf die „Erfolgsgeschichte der Bundeswehr und ihrer Führungsphilosophie, der Inneren Führung.“ (S. 17) Der Anhang bietet dem Leser die Möglichkeit, die drei Traditionserlasse im Wortlaut nachzulesen.

Es sind nicht in erster Linie Kasernennamen oder Abzeichen an Uniformen, die im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes stehen; es geht vielmehr um die

Werte und Vorbilder des Soldaten im Kontext der jeweiligen (sicherheits-) politischen und gesellschaftlichen Hintergründe einer Epoche. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der praktischen Umsetzung des aktuellen Erlasses durch die gegenwärtigen und künftigen Chefs und Kommandeure in den Streitkräften sowie durch die zivilen Dienststellenleiter. Sie sind die „primäre Zielgruppe“ (S. 13) der beiden Autoren, die sich darüber hinaus für den Dialog von Militär, Politik und Gesellschaft stark machen und Denkanstöße für alle Angehörigen der Bundeswehr und für interessierte Bürger der Bundesrepublik Deutschland liefern wollen. Man darf sagen, dass ihnen dieses Vorhaben in vollem Umfang gelungen ist: Insbesondere im letzten Abschnitt des Buches werden Thesen und Forderungen formuliert, die Anregung zu mannigfaltigen Diskussionen bieten. Wenn sich Abenheim und Hartmann beispielsweise dafür stark machen, „die Aufbauleistung der Bundeswehroffiziere mit Reichswehr- und Wehrmachtserfahrung“ bzw. „deren Lebenswerk vor politisch interessierter Diffamierung zu schützen“ (S. 212), dürfte der Aufschrei aus dem linken politischen Spektrum nicht ausbleiben. Umgekehrt darf kritisch gefragt werden, warum zwar „Liedertexte rechtsradikaler Bands“ (S. 211) angeführt werden, wenn es um die Gefahren für unsere Demokratie geht, nicht jedoch die häufig ebenfalls gewaltverherrlichenden und den Rechtsstaat in Frage stellenden Liedertexte einiger linksradikaler Bands; erinnert sei an den umstrittenen Auftritt der Gruppe „Feine Sahne Fischfilet“ nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen von Chemnitz am Schauplatz des kurz zuvor erfolgten tödlichen Messerangriffs auf einen Deutschen im Sommer 2018. Dies sind nur zwei Beispiele für etliche Kontroversen, die sich an den Ausführungen von Abenheim / Hartmann entzünden könnten. Eine kluge und mit gegenseitigem Respekt geführte Kontroverse ist jedoch das Beste, was einer lebendigen Demokratie passieren kann. Schon allein aus diesem Grund sei dem Buch von Donald Abenheim und Uwe Hartmann weite Verbreitung gewünscht – innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.

Autoren

Abenheim, Donald, Prof. Dr. Associate Professor, Department of National Security Affairs, Naval Postgraduate School in Monterey/CA.

Beckmann, Klaus, Prof. Dr., Volkswirt, Präsident der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

Bohnert, Marvel, Oberstleutnant i.G., Dipl.-Päd., M.A., ist Leiter Social Media im Bundesministerium der Verteidigung. Er ist u.a. mitverantwortlich für die Webserien von BundeswehrExclusive.

Buchner, Peter, Fregattenkapitän, Dozent Politische Bildung am Zentrum Innere Führung, Koblenz.

Bussiek, Dagmar, Prof. Dr., außerplanmäßige Professorin an der Leuphana Universität Lüneburg, Gastdozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg und Fellow am Baudissin-Dokumentationszentrum der FüAkBw.

Dörfler-Dierken, Angelika, Prof. Dr. theol., Wissenschaftliche Direktorin und Projektleiterin für Innere Führung – Ethik – Militärseelsorge am ZMSBw in Potsdam.

Freundenberg, Dirk, Dr., Oberstleutnant d.R., Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz.

Graf, Timo, Dr. phil., wiss. Ang., Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.

Hartmann, Uwe, Dr. phil, Oberst i.G., Visiting Lecturer an der Naval Postgraduate School in Monterey/CA.

Kraus, Rafaela, Prof. Dr., Vizepräsidentin für Entrepreneurship und den Hochschulbereich für Angewandte Wissenschaften und Professorin an der Fakultät für Betriebswirtschaft der Universität der Bundeswehr in München.

Lütsch, Kai, Dr. phil., Oberstleutnant i.G., Referent im BMVg.

Marabrens, Sönke, Oberst i.G. und Leiter wissenschaftliche Programme am German Institute for Defense and Strategic Studies in Hamburg.

Naumann, Klaus, Dr., bis 2017 Militärhistoriker am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mitglied im 15. Beirat für Fragen der Inneren Führung des Verteidigungsministeriums.

- Pütz, Lena*, Regierungsdirektorin, B.A., ist Beamtin der Bundeswehr und Teamleiterin Social Media, Online-Moderatorin sowie Channel Managerin im Bundesamt für Personalmanagement.
- Rosen, Claus von*, Prof. Dr., Oberstleutnant a.D., Leiter des Baudissin Dokumentation Zentrum bei der Führungsakademie der Bundeswehr, Lehrbeauftragter für Wehr-Pädagogik am Estonian National Defence College in Tartu.
- Schreiber, Björn*, Kapitänleutnant der Reserve, Führungskraft im Öffentlichen Dienst. Er engagiert sich ehrenamtlich für EinsatzVeteraninnen und EinsatzVeteranen.
- Sebaldt, Martin*, Prof. Dr., Oberst d.R., Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft (Schwerpunkt Westeuropa) der Universität Regensburg.
- Seyda, Michael*, Oberstleutnant i.G., Dozent Planung/Rüstung/Logistik (Luftwaffe) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.
- Schubert, Hartwig von*, Dr. theol., Evangelischer Militärdekan a.D., Senior Research Fellow am German Institute for Defence and Strategic Studies, Hamburg.
- Warburg, Jens*, Dr., Publizist und Sozialwissenschaftler.
- Wolfrum, Andreas*, Dr. phil, Fregattenkapitän d.R., militärisch: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw) in Potsdam, zivil: Seminarleiter Politik und Gesellschaft in Bamberg
- Wullers, Dominik*, stellvertretender Vorsitzender des Vereins Deutscher.Soldat., eines Zusammenschlusses von Soldatinnen und Soldaten mit Migrationsgeschichte, die die Bundeswehr und das Symbol des deutschen Soldaten als Beispiele für gelungene Integration nutzen.

Personenregister

- A**benheim, D. 15, 48, 101, 328, 371, 379-80
- Arnold, R. 260
- B**artels, H.P. 17-18, 110-1
- Baudissin, W. 12, 24, 311-2, 315, Graf v. 328, 336, 357, 359-61
- Bender, J. 43
- Berkhan, K.W. 17, 108
- Biehle, A. 109
- Bourdieu, P. 19, 127-9, 134
- Budde, H.O. 132
- Burihabwa, N. 251
- C**lark, Chr. 359
- Clausewitz, C. v. 24, 64, 74, 78, 101, 148, 180, 198, 210, 268-9, 285, 356
- D**örfler-Dierken, A. 26, 361
- E**llwein, Th. 182, 187
- F**oertsch, H. 328
- Friedrich II. 103
- G**erassimov, V. 289
- Göler, D. 80
- Gramm, Chr. 46
- Guttenberg, Karl-Th. zu 148, 353
- H**agen, U. v. 133
- Hartmann, U. 22, 28-9, 44
- Heye, H. 17, 105
- J**ung, F.-J. 252
- Junge, U. 69-70, 79, 365
- K**ant, I. 202, 209-10
- Klador, M. 311
- Königshaus, H. 110
- Kramp-Karrenbauer, A. 51, 55, 68-9, 154, 160, 364-5
- Kümmel, G. 19, 233
- Kurz, S. 66
- L**eyen, U. v. d. 21, 25, 54-5, 66, 68-9, 73, 252-4, 158, 242, 249-50, 263, 348, 350, 353, 379
- Lévy-Strauss, Cl. 129-30
- Lucassen, R. 52, 54, 56, 69
- Luther, M. 362
- M**aiziere, Th. 80, 148-9, 160, 243, 346-7
- Maiziere, U. 118, 124, 220
- Marienfeld, Cl. 109
- Merkel, A. 51, 53, 55, 65, 68, 74
- Merz, Fr. 65-7
- Mommsen, H. 40
- Münch, P. 178
- Münkler, H. 42
- N**aumann, K. 13-4, 267

Özoguz, A.	44	Timmermann-	137
Paret, P.	11	Levannas, A.	
Pazderski, G.	79	Tresckow, H.	359
		v.	
Ramms, E.	178	Vad, E.	178
Robbe, R.	109-10		
Satre, J.P.	129	Weber, M.	337, 339-40
Schäuble, W.	66	Weißhaupt, A.	272-3
Scharnhorst,		Wittmann, K.	13, 16, 62-73, 78
G. v.		Wundrak, J.	13, 16, 65, 70, 72-74, 363
Schmidt, H.	70, 116, 181		
Seehofer, H.	66	Zudrop, R.	16, 68, 71, 73, 78
Stauffenberg,	38, 112		
W. Graf v.			
Tauber, P.	13, 259, 356		

Sachregister

Abschreckung	152, 266, 368	Charakterstärke	118, 180, 185, 210
Afghanistan	12, 75, 91, 132, 137, 152, 224, 237-9, 266, 272, 360, 368, 380	Christentum	192-93
Auftragstaktik	12, 16, 78, 268-9, 285, 289	Comprehensive	119
Aufwuchsorganisation	165	Approach	
Ausrüstung	22, 35, 38-9, 110, 150, 154, 170, 179, 249, 319, 352	Counterinsurgency	75, 175
Bevölkerung	16, 44, 46, 80-89, 91-95, 97-9, 139, 141, 173, 221, 225, 235, 250, 255, 266-7, 315, 317, 339	Desinformation	315
Bildung		Digitalisierung	10, 13, 28-9, 267-70, 278, 300, 307
- ethische B.	23-4, 29, 184, 189, 199, 201, 264, 273, 359	Diversität	13, 27-8, 118, 227, 231, 247, 279, 291, 307
- historische B.	18, 111	Empathie	306
- politische B.	30-1, 111, 199, 254, 274, 295, 297, 307, 309, 310-1, 315, 323	Entspannungspolitik	365
Bündnisverteidigung	21, 42, 89-90, 92, 163	Erziehung	11, 25, 186-7, 207, 211, 217, 268, 295, 331, 356, 358
Bürgerkrieg		Ethik	118, 274, 337
- permanenter B.	266-7, 315	Fähigkeitsprofil	153, 160, 175
Charakter	14, 19, 44, 91, 118, 185, 209-10, 306, 330, 356, 371	Fake News	266, 273, 308, 314
		Frieden	18, 20, 105, 142, 144, 164, 166, 172, 178, 191, 220, 227, 238, 242, 261, 266, 270, 358
		Führen mit Auftrag	43, 121
		Führungskultur	29, 32, 263-65, 354, 356
		Fürsorge	188, 220, 222, 349-51

Geduld	27, 124, 141, 246	Kampf	14, 41, 43, 80, 89, 133, 135, 137, 199, 217, 230, 266, 314, 356, 359, 365, 376
Gefecht	42, 123, 137, 198, 241, 260, 267, 285, 288-9	Kampfgemeinschaft	251, 258, 260, 336
Gefechtsfeld (pol.)	29, 264, 267, 271, 274, 291	Kampfeinsatz	16, 80-1, 88-90, 92, 137
Gefechtsführung (digital)	29	Kampfkraft	61, 103, 201, 252, 261, 265, 292, 362
Gemeinschaft	28, 168, 202, 205, 210-11, 215, 217-20, 212, 261, 306-7, 331, 361	Kampftruppe	16, 41, 80, 87, 165, 292
- heroische G.	19, 252	Kommunikation	22, 94, 163, 190, 226, 260, 284, 296-7, 299, 303, 305-6, 307-12, 315, 317, 321, 324
Gesamtverteidigung	162, 275, 288	-sethik	274
Gesellschaft		-strategie	168-9, 373
- postheroische G.	15, 45	Komplexität	11, 19, 21, 42, 117, 123, 125, 179, 183, 193, 310, 369
Heimatschutz	22, 40, 88, 160, 165, 172	Konfliktbild	124
Identifikation	25, 144, 166, 212-13, 361	Krieg	
Identität	27, 212, 251, 253, 256, 260-1, 306, 329, 331, 349-50, 361, 379	- hybrider K.	142
Ideologie	114, 197, 372	Kriegsbild	22, 28-9, 118, 183, 186, 264-8, 270, 287, 311, 330
Informationskrieg	374	Kultur	
Infrastruktur	149, 155, 163, 172, 175-6, 191, 258	- strategische K.	16, 81-82, 84, 92, 95, 372
- kritische I.	266, 290, 375	Leitbild	18-9, 43, 133,
Integration	26-8, 31, 44, 53, 59, 65, 93, 107-8, 112, 133, 224, 244, 248, 252-53, 255, 259-60, 269, 284, 323, 334, 352		

	138, 211-2, 265, 352, 372	Selbsterziehung	187, 358
digitale M.	264, 301, 303, 316	Selbstverständnis	12, 14, 18-9, 29, 35, 102-5, 107, 115, 132-3, 138, 185, 205, 219, 221, 250, 252, 264-5, 267, 331-2, 352, 354
soziale M.	29, 31, 184, 273-4, 297-300, 307, 309, 314-7	Schneiz-Studie	38, 108, 336, 364
Medienkompetenz	302, 315-6	Strategie der Reserve	21-2, 160, 174, 177
Menschenbild	228, 269, 359	Strategiefähigkeit	10, 13, 179, 185
Menschenrecht	102, 222, 360	Strategiedefizit	22, 175, 368
Menschenwürde	30, 222, 231, 242, 307, 361		
Militärseelsorge	23, 189-92, 199, 201, 221	Traditionserlass	14, 31-2, 45, 154, 206, 331, 333, 354, 380
		Traditionspflege	206, 331, 379- 80
Nationale Volksar- mee (NVA)	6, 108-9	Traditionsverständnis	217, 346, 353, 379
Parlamentsarmee	174, 351	Verfassungspatriotismus	25, 194, 213
Personalersatz	164		
Primat der Politik	37, 222, 339	Wehrmacht	44, 59, 72, 270, 357, 380-1
Printmedien	30, 274, 287, 300	Wehrpflicht	42, 148-9, 166- 7, 174, 246, 255
Propaganda	64, 266	Weißbuch	15-6, 21-2, 88, 116, 147, 152, 160-1, 165-6, 175-6, 179
Religion	24, 188-90, 193, 196, 199, 251-2, 307, 372-3		
Reservist	9, 160, 163-4, 166-72	Zivilgesellschaft	18, 20, 116, 133-5, 184
Reservistendienst	160, 167		
Reservistenarbeit	21, 168-9		
Reservistenverband	162, 168-9, 321, 350		
Resilienz	179, 266, 273, 371		
Selbstbild	179		

Carola Hartmann Miles-Verlag

Militär und Gesellschaft

Hans-Christian Beck, Christian Singer (Hrsg.), *Entscheiden – Führen – Verantworten. Soldatsein im 21. Jahrhundert*, Berlin 2011.

Angelika Dörfler-Dierken, *Führung in der Bundeswehr*, Berlin 2013.

Wolf Graf von Baudissin, *Grundwert Frieden in Politik – Strategie – Führung von Streitkräften*, hrsg. von Claus von Rosen, Berlin 2014.

Marcel Bohnert, Lukas J. Reitstetter (Hrsg.), *Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr*, Berlin 2014.

Angelika Dörfler-Dierken, Robert Kramer, *Innere Führung in Zahlen. Streitkräftebefragung 2013*, Berlin 2014.

Phil C. Langer, Gerhard Kümmel (Hrsg.), „Wir sind Bundeswehr.“ *Wie viel Vielfalt benötigen/vertragen die Streitkräfte?*, Berlin 2015.

Alois Bach, Walter Sauer (Hrsg.), *Schützen.Retten.Kämpfen. Dienen für Deutschland*, Berlin 2016.

Marcel Bohnert, Björn Schreiber (Hrsg.), *Die unsichtbaren Veteranen. Kriegsheimkehrer in der deutschen Gesellschaft*, Berlin 2016.

Angelika Dörfler-Dierken (Hrsg.), *Hinschauen! Geschlecht, Rechtspopulismus, Rituale: Systemische Probleme oder individuelles Fehlverhalten?*, Berlin 2019.

Erinnerungen und Tradition

Eberhard Birk, Winfried Heinemann, Sven Lange (Hrsg.), *Tradition für die Bundeswehr. Neue Aspekte einer alten Debatte*, Berlin 2012.

Blue Braun, *Erinnerungen an die Marine 1956–1996*, Berlin 2012.

Klaus Grot, *So war's, damals. Dienstchronik eines Pionieroffiziers im Kalten Krieg 1954–1991*, Berlin 2014.

Gustav Lünenborg, *Bürger und Soldat. Innere Führung hautnah 1956–1993, 1993–2015*, Berlin 2015.

Adolf Brüggemann, *Als Offizier der Bundeswehr im Auswärtigen Dienst. Meine Erinnerungen als Militärattaché in Seoul (Republik Korea) 1978–83 und in Prag (Tschechoslowakei/Tschechien) 1988–1993*, Berlin 2015.

Rainer Buske, *Eine Reise ins Innere der Bundeswehr. Wundersame Geschichten aus einer anderen Welt*, Berlin 2016.

Heinz Laube, *Duell am Himmel*, Berlin 2016.

Viktor Toyka, *Dienst in Zeiten des Wandels. Erinnerungen aus 40 Jahren Dienst als Marineoffizier 1966-2000*, Berlin 2017.

Joachim Welz, *Vom Kontingentsheer zum Reichsheer: Militärkonventionen als Motor der Wehrverfassung*, Berlin 2018.

Donald Abenheim, Uwe Hartmann (Hrsg.), *Tradition in der Bundeswehr. Zum Erbe des deutschen Soldaten und zur Umsetzung des neuen Traditionserlasses*, Berlin 2018.

Hans-Eckhard Tribess (Hrsg.), *Im Leben unterwegs – für den Frieden. Festschrift für Wolfgang Altenburg zum 90. Geburtstag am 22. Juni 2018*, Berlin 2019.

Donald Abenheim, Uwe Hartmann, *Einführung in die Tradition der Bundeswehr. Das soldatische Erbe in dem besten Deutschland, das es je gab*, Berlin 2019.

Eberhard Birk, Heiner Möllers (Hrsg.), *Die Luftwaffe und ihre Traditionen*, Berlin 2019.

Kurt Graf v. Schweinitz, *Notizen im Transit von Krieg und Frieden*, Berlin 2020.

Hans-Günter Behrendt (Hrsg.), *Erinnerungsorte der Bundeswehr – Personen, Ereignisse und Institutionen der soldatischen Traditionspflege*, Berlin 2020.

Jahrbuch Innere Führung

Uwe Hartmann, Claus von Rosen, Christian Walther (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2009. Die Rückkehr des Soldatischen*, Eschede 2009.

Helmut R. Hammerich, Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2010. Die Grenzen des Militärischen*, Berlin 2010.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen, Christian Walther (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2011. Ethik als geistige Rüstung für Soldaten*, Berlin 2011.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen, Christian Walther (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2012. Der Soldatenberuf zwischen gesellschaftlicher Integration und suis generis-Ansprüchen*, Berlin 2012.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2013. Wissenschaften und ihre Relevanz für die Bundeswehr als Armee im Einsatz*, Berlin 2013.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2014. Drohnen, Roboter und Cyborgs – Der Soldat im Angesicht neuer Militärtechnologien*, Berlin 2014.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2015. Neue Denkwege angesichts der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Krisen, Konflikte und Kriege*, Berlin 2015.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2016. Innere Führung als kritische Instanz*, Berlin 2016.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2017. Die Wiederkehr der Verteidigung in Europa und die Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2017.

Uwe Hartmann, Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2018. Innere Führung zwischen Aufbruch, Abbau und Abschaffung: Neues denken, Mitgestaltung fördern, Alternativen wagen*, Berlin 2018.

Standpunkte und Orientierungen

Daniel Giese, *Militärische Führung im Internetzeitalter*, Berlin 2014.

Dirk Freudenberg, *Auftragstaktik und Innere Führung. Feststellungen und Anmerkungen zur Frage nach Bedeutung und Verhältnis des inneren Gefüges und der Auftragstaktik unter den Bedingungen des Einsatzes der Deutschen Bundeswehr*, Berlin 2014.

Uwe Hartmann (Hrsg.), *Lernen von Afghanistan. Innovative Mittel und Wege für Auslandseinsätze*, Berlin 2015.

Fouzieh Melanie Alamir, *Vernetzte Sicherheit – Quo Vadis?*, Berlin 2015.

Hartwig von Schubert, *Integrative Militäretik. Ethische Urteilsbildung in der militärischen Führung*, Berlin 2015.

Uwe Hartmann, *Hybrider Krieg als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden. Zur Relevanz der Inneren Führung in Politik, Gesellschaft und Streitkräften*, Berlin 2015.

Klaus Beckmann, *Treue. Bürgermut. Ungehorsam. Anstöße zur Führungskultur und zum beruflichen Selbstverständnis in der Bundeswehr*, Berlin 2015.

Florian Beerenkämper, Marcel Bohnert, Anja Buresch, Sandra Matuszewski, *Der innerafghanische Friedens- und Aussöhnungsprozess*, Berlin 2016.

Martin Sebaldt, *Nicht abwehrbereit. Die Kardinalprobleme der deutschen Streitkräfte, der Offenbarungseid des Weißbuchs und die Wege aus der Gefahr*, Berlin 2017.

Christian J. Grothaus, *Der „hybride Krieg“ vor dem Hintergrund der kollektiven Gedächtnisse Estlands, Lettlands und Litauens*, Berlin 2017.

Uwe Hartmann, *Der gute Soldat. Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute*, Berlin 2018.

Christian Bauer, Marcel Bohnert, Jan Pahl, *Vitalis Innere Führung! Zum Status Quo der Führungskultur in den deutschen Streitkräften*, Berlin 2018.

Helmut Jermer, *Innere Führung kompakt – Eine Zusammenschau als Lehr- und Lernhilfe*, Berlin 2019.

Wiener Strategie-Konferenz

Wolfgang Peischel (Hrsg.), *Wiener Strategie-Konferenz 2015. Strategie neu denken*, Berlin 2016.

Wolfgang Peischel (Hrsg.), *Wiener Strategie-Konferenz 2016. Strategie neu denken*, Berlin 2017.

Wolfgang Peischel (Hrsg.), *Wiener Strategie-Konferenz 2017. Strategie neu denken*, Berlin 2018.

Militärgeschichte

Eberhard Kliem, Kathrin Orth, „Wir wurden wie blödsinnig vom Feind beschossen“: *Menschen und Schiffe in der Skagerrakschlacht 1916*, Berlin 2016.

Eberhard Birk, „Auf Euch ruht das Heil meines theuern Württemberg!“: *Das Gefecht bei Tauberbischofsheim am 24. Juli 1866 im Spiegel der württembergischen Heeresgeschichte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 2016.

Hans Frank, Norbert Rath, *Kommodore Rudolf Petersen. Führer der Schnellboote 1942–1945. Ein Leben in Licht und Schatten unteilbarer Verantwortung*, Berlin 2016.

Eckhard Lisec, *Der Völkermord an den Armeniern im 1. Weltkrieg – Deutsche Offiziere beteiligt?*, Berlin 2017.

Ingo Pfeiffer, *Heinz Neukirchen. Marinekarriere an wechselnden Fronten*, Berlin 2017.

Siegfried Lautsch, *Grundzüge des operativen Denkens in der NATO. Ein zeitgeschichtlicher Rückblick auf die 1980er Jahre*, Berlin 2018.

Joachim Welz, *Erfolgsgeschichte oder Trauma – die Übernahme von Armeen. Lehren aus der Übernahme des österreichischen Bundesheeres in die Wehrmacht 1938 und der Reste der NVA in die Bundeswehr 1990*, Berlin 2018.

Georg Neuhaus, *Am Anfang war ein Speer. Eine Chronographie der Kriegs- und Militärtechnologien*, Berlin 2018.

Hans Delbrück / Peter Paret, *Krieg, Geschichte, Theorie. Zwei Studien über Clausewitz*, herausgegeben von Peter Paret, Berlin 2018.

Jobst Reller, *Die Anfänge der evangelischen Militärseelsorge*, Berlin 2019.

www.miles-verlag.jimdo.com